

NETZWERK  
WISSENSCHAFT



# WISSENSCHAFT IN VERANTWORTUNG

Angela Borgwardt



FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG

## Hinweis:

Für den optimalen Onlinegebrauch wurde diese Version der Publikation mit **Hyperlinks** ausgestattet.

Sämtliche im Text vorkommenden URLs sind direkt verlinkt. **Sie sind entsprechend gekennzeichnet.**

# Wissenschaft in Verantwortung

Angela Borgwardt

**Schriftenreihe des  
Netzwerk Wissenschaft**

# INHALT

<b>Martin Pfafferott:</b>	
Vorwort	05
<b>Hans-Christian Pape:</b>	
Was bedeutet Wissenschaft in Verantwortung heute?	07
<b>Angela Borgwardt :</b>	
Verantwortung der Wissenschaft – Impulse	20
– Welche Verantwortung hat Wissenschaft für gesellschaftlichen Fortschritt?	20
– Wie kann Wissenschaft in die ganze Gesellschaft wirken?	25
– Wie kann die gemeinwohlorientierte Wissenschaftskommunikation gestärkt werden?	32
– Wird verantwortungsvolle Wissenschaft durch Ökonomisierung unter Druck gesetzt?	39
– Wie könnte ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen des Wissenschaftssystems aussehen?	45
– Welche Verantwortung haben Hochschulen als Orte politischer Debatten?	49
– Welche politische Rolle haben Hochschulen?	50
Gemeinsame Verantwortung von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft	53
– Wissenschaft und Politik im Dialog	53
– Bedeutung der Wissenschaftskommunikation	61
– Ökonomisches Handeln im Wissenschaftssystem	70
– Politische Debatte und Demokratiebildung an Hochschulen	74
– Verantwortung der Wissenschaft für Politik und Gesellschaft	80
Wesentliche Erkenntnisse	83
– Wissenschaft und Gesellschaft	83
– Wissenschaftssystem	85
– Finanzierung von Wissenschaft	87
– Wissenschaft und Politik	88
Impressum	91

# VORWORT

Am Anfang von Wissenschaft stehen Fragen. Wissen wird *geschaffen*, weil es fehlt, weil Menschen angetrieben werden, Unbekanntes zu erkunden, Unklares zu klären und dann zu erklären. Sie treibt Neugier an, wenn sie in den Himmel blicken und einen Hauch dessen sehen, was in seiner Tiefe nur zu erahnen ist. Sie treibt aber auch schlichte Not an, wenn die Bedingungen der Umwelt das eigene Leben und das der Gemeinschaft erschweren oder bedrohen. Im Laufe der Zeit hat sich das Fragen professionalisiert, strukturiert, methodisch standardisiert und disziplinar ausdifferenziert, im Kern bleiben es aber: Fragen.

Auf diese Fragen Antworten zu suchen, zu finden, zu verwerfen und erneut zu suchen ist Kerngeschäft von Wissenschaft. Insofern ist die Frage nach der *Verantwortung* von Wissenschaft im Wortsinne zunächst trivial. Komplexer wird es, wird nun danach gefragt, für wen die Wissenschaft Verantwortung hat: Für sich selbst, indem sie hohe Qualitätsansprüche an das eigene Arbeiten stellt? Für diejenigen, die das wissenschaftliche Arbeiten ermöglichen, also ihre Geldgeber\_innen? Für die Gesellschaft, die bei der Bewältigung großer Herausforderungen auf ihre Unterstützung angewiesen ist?

Darüber hinaus Gegenstand von Debatten ist, wie eine wahrgenommene Verantwortung umgesetzt wird: Inwiefern gehört es zur Verantwortung von Wissenschaft, inhärent gleich den Transfer und die Kommunikation mitzudenken? Wie muss sich Wissenschaft einbringen zwischen den Polen der Zurückhaltung und der Einmischung in die Debatten unserer Zeit? Inwiefern sind gerade Orte der Wissenschaft wie Hochschulen Orte der auch politischen Debatte und wo sind hier Grenzen? Aber auch: Welche Verantwortung hat Wissenschaft für die in ihrem System Beschäftigten und Wirkenden?

Es sind dies Fragen, die sich bereits vor Ausbruch der Corona-Pandemie gestellt haben und Anlass für die Friedrich-Ebert-Stiftung waren, zu einer Tagung einzuladen, die unter dem Titel „Wissenschaft in Verantwortung“ am 21. November 2019 in Berlin stattfand. Die Publikation, die Sie in den

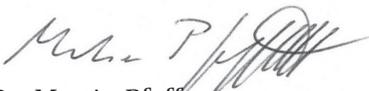
Händen halten oder digital geöffnet haben, entstand auf Grundlage der Beiträge der Referent\_innen dieser Tagung. Damals war der Ausbruch einer weltweiten Pandemie, die die Frage nach der Verantwortung von Wissenschaft, nach ihrem Verhältnis zu Politik, zu Medien und Öffentlichkeit mit aller Vehemenz neu verhandelt, noch nicht abzusehen.

Die vorliegenden Diskussionen und Beiträge haben aber nicht an Aktualität verloren - ganz im Gegenteil. Sie zeigen auf, dass die großen globalen Herausforderungen nach Debatten über die Verantwortung von Wissenschaft verlangen. Corona ist eine besonders augenscheinliche, mit aller Wucht in unser Leben drängende Herausforderung. Nicht minder sind es aber der Klimawandel oder der Einzug von Künstlicher Intelligenz in weite Teile des öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Lebens. Auch hier wird es in den kommenden Jahrzehnten verstärkt darum gehen, die Verantwortung von Wissenschaft abzustecken.

Ein enorm hilfreicher, weil konziser und kluger Beitrag für diese Diskussionen ist der Einführungsvortrag von Prof. Dr. Hans Christian Pape, Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, der die Tagung eröffnete und zugleich auch am Beginn dieser Publikation steht. Pape stellt in seinem Vortrag klar, dass Wissenschaft sich nicht scheuen darf, Teil der Auseinandersetzung zu sein und dazu beitragen kann, mit den ihr eigenen Mitteln Bedrohungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entgegenzutreten. Wissenschaft sei eine echte Teilmenge der Gesellschaft, stehe ihr nicht gegenüber, so Pape.

Diesem Gedanken folgend kann der Verantwortungsbegriff auch erweitert und gefragt werden: Ist dann nur die „Wissenschaft in Verantwortung“ oder gibt es nicht auch eine gesellschaftliche Verantwortung für eine ausreichend ausgestattete Wissenschaft, die ihren Aufgaben und den von ihr erwarteten Antworten nachkommen kann?

Auch diese Fragen klingen in diesem Band an. Sie werden uns alle in den kommenden Jahren weiter beschäftigen. Sie sind eingeladen, sich an der Suche nach Antworten zu beteiligen.



Dr. Martin Pfafferödt  
Leitung Bildung und Wissenschaft  
Friedrich-Ebert-Stiftung

# WAS BEDEUTET WISSENSCHAFT IN VERANTWORTUNG HEUTE? — EINFÜHRUNGSVORTRAG, 21.11.2019

**Prof. Dr. Hans-Christian Pape** Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung  
und Direktor des Instituts für Physiologie I (Neurophysiologie) an der Westfälischen  
Wilhelms-Universität Münster

Im Jahre 1957 vollzogen 18 westdeutsche Atomwissenschaftler einen für die Wissenschaft ungewöhnlichen Schritt. Sie sprachen sich in einer öffentlichen Stellungnahme dezidiert gegen die seinerzeit diskutierte Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aus. In der *Göttinger Erklärung* wandten sich u.a. Carl Friedrich von Weizsäcker und Otto Hahn gegen die Verharmlosung von Atomwaffen und betonten vielmehr ihre vernichtende Wirkung:

„Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen.“<sup>1</sup>

Die Unterzeichner, zu denen auch meine Vorgänger im Amt des Präsidenten der Alexander von Humboldt-Stiftung, Werner Heisenberg und Wolfgang Paul, gehörten, sahen sich als Kernphysiker nicht nur gefordert, sich fachlich zum Thema zu äußern, sondern fühlten sich „beladen mit einer Verantwortung“. Hier leiteten Wissenschaftler aus den Folgen, die eine militärische Anwendung ihrer Forschungsergebnisse im Extremfall haben konnte, eine gesellschaftliche Verpflichtung ab.

Sind derartige Aktivitäten geeignete Beispiele, wenn es darum geht, was Wissenschaft in Verantwortung heute bedeutet? Geben Sie Orientierung auf die Frage, wie Wissenschaft unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Verantwortung übernehmen und ihrer Rolle als Aufklärungsinstanz gerecht werden kann?

---

<sup>1</sup> Text der Göttinger Erklärung unter: <https://www.uni-goettingen.de/de/text+des+g%C3%b6ttinger+manifests/54320.html> (letzter Aufruf: 14.10.2020).

Im beschriebenen Fall begriffen sich Wissenschaftler als verantwortliche Akteure im politischen Geschehen. Sie reflektierten über ihre Rolle als Beteiligte an zeitgenössischen Entwicklungen und leiteten daraus eine Pflicht zur Positionierung und Erklärung gegenüber der Gesellschaft ab. Erklären konnte bedeuten, auf der Grundlage von Fachwissen aufzuklären, konnte aber auch bedeuten, sich zu erklären, also das eigene Handeln in der allgemeinen Problemlage zu rechtfertigen. Damit konnte ihre Motivation sowohl ihrer Expertise als auch ihrem Gewissen entspringen.

Hieraus folgen drei Fragen, denen in dieser Einführung nachgegangen werden soll:

1. In welchem *Verhältnis* stehen Wissenschaft und Gesellschaft eigentlich zueinander? Derzeit liegt auf dieser Frage eine besondere Spannung. Die Fragen nach der Qualität und nach der Relevanz wissenschaftlicher Tätigkeit, ja, nach dem Vertrauen in die Wissenschaft, sind in jüngster Zeit erheblich gestiegen. Sie setzen die Wissenschaft unter erhöhten Druck, das eigene Handeln zu kommunizieren, gegebenenfalls zu legitimieren.
2. Welche Verantwortung hat Wissenschaft nach ihrem *Selbstverständnis*, und wie kann sie damit der Legitimationsfrage begegnen? Auf Entwicklungen in der Gesellschaft hinzuweisen und gegebenenfalls vor deren Risiken und Nebenwirkungen zu warnen, ist ein Aspekt. Ein anderer ist die konsequente Orientierung an höchsten wissenschaftlichen Standards, an ethischen und rechtlichen Normen.
3. Mit welchen neuen *Dimensionen* der Verantwortung ist Wissenschaft heute konfrontiert? Das Wort „heute“ und der damit hervorgehobene Aktualitätsbezug signalisiert, dass sich die Lage der Dinge ändert, dass es mithin auf die Frage nach der Verantwortung von Wissenschaft nicht nur zeitlos gültige Antworten gibt.

## Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft unter Druck

Die Frage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft unterstellt implizit die Existenz von zwei separaten Bereichen – Wissenschaft versus Gesellschaft – die sich gegenüberstehen, die sich gegebenenfalls berühren oder bestenfalls überlappen können. Dieses Bild ist falsch. Wissenschaft ist eine echte Teilmenge der Gesellschaft, deren integraler Bestandteil. Wissenschaftliche Arbeiten prägen Gesellschaften, wissenschaftliches Wissen und Methoden gehören zum Fundament einer entscheidungsfähigen Gesellschaft, wissenschaftliche Erkenntnisse sind der Treibstoff für gesellschaftliche Entwicklung. Die Bürgerinnen und Bürger sollten dabei die Wissenschaft verstehen als ihr Instrument auf der Suche nach Wahrheit, mit dem regelhaft Hypothesen entwickelt werden, die wieder und wieder überprüft werden, und die auch häufig verworfen werden müssen, ohne jede Vorbehalte, im Bemühen um wissenschaftliche Erkenntnis: *facts, not fakes.*

*„Wissenschaft ist eine echte Teilmenge der Gesellschaft, deren integraler Bestandteil.“*

Die Tugend der Vorbehaltlosigkeit eint im Übrigen die Prinzipien von Wissenschaft und Politik. Dabei generiert die Wissenschaft Erkenntnis, und Aufgabe der Politik ist, die Erkenntnis in Handlung umzusetzen. Und hier ist es wiederum an den Bürgerinnen und Bürgern, diese Umsetzung von Erkenntnis zu Handlung zu verfolgen und kritisch zu hinterfragen, zumindest in einer demokratisch verfassten, offenen Gesellschaft.

Dieses hier skizzierte Verhältnis ist keineswegs ein theoretisches, allerdings, das mag zugestanden sein, es ist der Idealfall. Was aber kann diesen Idealfall des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft beeinflussen oder gar stören?

Die Wissenschaft steht unter Druck. Die Frage nach dem Vertrauen in die Wissenschaft bzw. dem Vertrauen in deren Protagonisten und deren Erkenntnisse wird immer lauter. Dabei ist etwas seltsam: Bei einem Blick auf den Grad des Vertrauens, das die Wissenschaft in der Breite genießt, zeigt sich ein ganz anderes Bild. Eine weltweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Gallup* im Auftrag des britischen *Wellcome Trust* zur Akzeptanz wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Gesellschaft im

Jahre 2019 ergab ein starkes Vertrauen in die Wissenschaft: Weltweit haben 72 Prozent aller Befragten ein hohes oder mittleres Vertrauen, in Westeuropa sind es sogar 88 Prozent.<sup>2</sup> Diese Zahlen unterstützen die allgemeine Vorstellung, dass die Wissenschaft ein glaubwürdiges Geschäft mit positiven Effekten sei.

Wieso also die unüberhörbar lauter werdenden Fragen zur Relevanz und zur Legitimität der Wissenschaft, zu Vertrauen und Misstrauen? Gibt es überhaupt einen Bedarf an Vertrauen in die Wissenschaft – und wenn ja, woraus erklärt er sich?

Grundsätzlich erklärt sich der Vertrauensbedarf der Wissenschaft aus der Notwendigkeit, Forschung erkenntnisgeleitet, ergebnisoffen und ohne Vorgaben zu betreiben – dem Prinzip der Freiheit der Wissenschaft entsprechend. In Deutschland wird diese Freiheit durch Artikel 5 unseres Grundgesetzes seit nunmehr 70 Jahren garantiert. Dieses Freiheitsprinzip funktioniert indes nur, wenn der Sachverständigkeit und Integrität der Wissenschaft vertraut werden kann. Und das scheint im überwiegenden Teil der Gesellschaft vorhanden zu sein, wie die zitierte Umfrage des *Wellcome Trust* eindrücklich belegt.

Ist die Sorge um das Vertrauen in die Wissenschaft, oder die Frage nach dessen Verlust, also unangebracht? Nun, neben dem Aspekt grundsätzlicher Integrität fordert die Entwicklung der Wissenschaft einen weiteren, spezifischen Vertrauenstribut. Die Komplexität und Diversität der wissenschaftlichen Disziplinen und ihrer Erkenntnisse steigen. Sie verhindern zunehmend, dass fachfremde Personen die Materie und die Methoden der Wissenschaft vertieft nachvollziehen können. Die wissenschaftlichen Expert\_innen lassen auf ihrem Weg die Nichtexpert\_innen immer weiter zurück. Das Wissen von Expert\_innen und Nichtexpert\_innen entwickelt sich dichotom, das gegenseitige Verständnis wird lückenhaft, das Vertrauen schwindet.

Andererseits ermöglichen Digitalisierung und globale Vernetzung einen schnellen Zugang zu wissenschaftlichen Informationen für alle, und damit neue Chancen der Partizipation und Transparenz. Gleichwohl bestehen Risiken: die Information ist zwar unmittelbar, aber nicht immer qualitätsgesichert; die Kommunikation ist nicht nur schneller, sondern auch unübersichtlicher; die Kanäle werden immer zahlreicher

---

2 Global survey finds strong support for scientists, in: *Science*, Vol. 364, Issue 6446, June 21, 2019.

und damit kleinteiliger; die Umgangsformen werden rauer, nicht-opportune Informationen lassen sich einfach ausblenden. Häufige Folgen sind sachferne Simplifizierungen, einseitige Botschaften, plumpe Moralisierungen, Scheinweisheiten – *fakes, not facts*. Um im Bild zu bleiben: die Wissensdichotomie *Expert\_in* – *Nichtexpert\_in* und damit das gegenseitige Misstrauen nehmen zu – ein *circulus viciosus*.

Hier zeigt sich ein Systemphänomen, ein Problem der Komplexität und Modernität, das im Übrigen auch andere Systeme der Gesellschaft kennzeichnet: Politik, Wirtschaft, Technik. Mit diesem Spannungsfeld muss sich die Wissenschaft mit all ihrer Freiheit, aber auch all ihrer Verantwortung auseinandersetzen; sie muss ihre Anliegen, Prinzipien und Werte transparent machen und kommunizieren. Zweifelsohne sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aktuell hoch engagiert und intensiv bemüht, die Erkenntnisse ihrer Forschung in die Öffentlichkeit zu transferieren. Die Wissenschaft hat ihren Elfenbeinturm verlassen: Jede Hochschule, jedes Forschungsinstitut, jedes Verbundprojekt verfügt über ein ausgeklügeltes „*public outreach*“-Konzept; „*YouTube*“-fähige Wissenschaftsformate haben Konjunktur, ebenso wie auf der „anderen Seite“ forschungsaffine Themen in Quizsendungen, *reports* und *talk shows*.

Die Vizepräsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Julika Griem, hat im Forum Wissenschaftskommunikation 2018 sinngemäß formuliert, dass diese zunehmende Eventisierung, die Popularisierung und die Narrative der Wissenschaft nur bedingt von Nutzen sein können. Ich stimme zu, denn das Kommunikationsdefizit erklärt sich NICHT aus fehlendem Interesse an der Wissenschaft oder wissenschaftlicher Illiteralität, sondern aus einem Mangel an Verständnis für das System Wissenschaft, dessen Arbeitsweise, dessen Konstituenten und Prinzipien. Demzufolge muss die Wissenschaftskommunikation – weit über die simple Vermittlung von Einzelbefunden hinausgehend – die Prinzipien der Wissenschaft darstellen, die Prozesse der Generierung wissenschaftlicher Erkenntnis erklären, die Diskurse in der Gesellschaft fördern. Sie muss nicht einfach nur „mehr“, sondern neue Inhalte transportieren, Unsicherheiten und Grenzen der Forschung transparent machen, Verständnis für Bedingungen, Notwendigkeiten, aber auch Grenzen der Forschung aufzeigen. Es gilt, die erforderlichen Kompetenzen zu entwickeln, auf der Seite der Wissenschaft ebenso wie auf der Seite des Journalismus.

Übergeordnet muss die Wissenschaft die Diskrepanzen zwischen Vermittlungsbedarf und Vermittlungsanspruch ausgleichen, sie muss den Zusammenhang von Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit ausloten, und sie muss dabei sowohl die externen Anforderungen der Zielgruppe „Öffentlichkeit“ als auch die internen Anforderungen an die eigene Integrität und Redlichkeit berücksichtigen – gleichsam als Teil ihrer Verantwortung und als Teil ihres Selbstverständnisses.

## Verantwortung im wissenschaftlichen Selbstverständnis unter Druck

Drängende Herausforderungen, wie Klimawandel, alternde Bevölkerung oder Ressourcenknappheit, erfordern nicht nur innovative Forschungsansätze, sondern auch intelligente Investitionen. Die Forschungs- und Innovationsförderung Europas fokussiert mit *Horizon 2020* auf sieben sogenannte gesellschaftliche Herausforderungen (*Societal Challenges*), die den thematischen Rahmen für die Projektförderung darstellen. Die Agentur für Sprunginnovationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) setzt auf kreative Ideen, schnellen Transfer in den Markt, Mut zum Risiko und revolutionäre Innovationen.

Diese Programme und Initiativen eint – vereinfachend – das Ziel, bei weitgehender Themenoffenheit und disziplinenübergreifender Strategie die entscheidenden Durchbrüche im Angesicht der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu generieren. Konkret werden von der Wissenschaft Antworten erwartet, denn das versammelte Expertenwissen in Verbindung mit den existierenden Forschungsmitteln – finanziell wie technisch verstanden – verpflichtet zur intensiven Suche nach Lösungen, für die nur wissenschaftlich fassbaren Probleme, vor denen die Gesellschaft steht.

Zugespitzt formuliert: Große Teile der Gesellschaft sind mehrheitlich nicht selbst in der Lage, beispielsweise Eisbohrkerne in Grönland zu gewinnen, um mittels geophysikalischer Methoden Rückschlüsse auf die Entwicklung des Klimas zu ziehen. Eine derartig spezielle Aufgabe obliegt einer relativ kleinen Gruppe von Personen, den Expertinnen und Experten, die aufgrund dieser Konstellation eine Handlungsverantwortung besitzt. Hieraus lassen sich weitere Ausprägungen von Verantwortung ableiten, etwa die Pflicht zum verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Geldern.

Wir sprechen hier von einer Verantwortung, die aus den allgemeinen Bedingungen wissenschaftlicher Tätigkeit erwächst und die mit spezieller Expertise infolge wissenschaftlichen Studiums, mit einem hohen Einsatz an Zeit und Material sowie immer öfter auch mit internationaler Kooperation innerhalb wissenschaftlicher Netzwerke zu tun hat.

Wenngleich also der Kollektivsingular „Wissenschaft“ für ein hochkomplexes Berufsfeld mit einer enormen Vielfalt an Disziplinen und Tätigkeitsbereichen steht, zeichnet sich dieses Feld freilich durch prinzipielle Merkmale aus. Von grundlegender Bedeutung ist die Einhaltung jener Regeln, die als „Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft kodifiziert sind.<sup>3</sup> „Zu den Prinzipien gehört es insbesondere, *lege artis* zu arbeiten, strikte Ehrlichkeit im Hinblick auf die eigenen und die Beiträge Dritter zu wahren, alle Ergebnisse konsequent selbst anzuzweifeln sowie einen kritischen Diskurs in der wissenschaftlichen Gemeinschaft zuzulassen und zu fördern.“<sup>4</sup>

Die hierin explizit oder implizit angesprochenen Aspekte verweisen auf das wissenschaftliche Berufsethos und die Verantwortung bei der Leitung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Organisationseinheiten und bei der Bewertung von wissenschaftlichen Leistungen. Dabei sind Fragen nach der Nützlichkeit trivial: Jedes wissenschaftliche Wissen ist funktional. Die Anwendung, die wir heute noch nicht erkennen, die Fragen, die wir heute noch nicht stellen können, sind womöglich die relevanten von morgen. Oder, weniger trivial formuliert: Autonomiediskurse und Praxisdiskurse sind gleichermaßen konstitutiv für die Wissenschaft. Die Dynamik der Wissenschaft wird durch eben diese Diskurse und die resultierende Spannung zwischen den Wertkomplexen der Wahrheit und der Nützlichkeit befördert.

Da wissenschaftliche Befunde in gesellschaftlichen Debatten seit jeher eine wichtige Rolle spielen, sind festgeschriebene und allgemeingültige Regeln zum Zustandekommen dieser Befunde auch aus der Perspektive einer kritisch-interessierten Öffentlichkeit von Belang. Nicht nur für die Forschung gilt, dass Transparenz die Glaubwürdigkeit erhöhen kann. Angesichts eines immer häufiger geäußerten, populistisch be-

---

3 Deutsche Forschungsgemeinschaft: Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Kodex, Bonn 2019.

4 Ebd., S. 9.

gründeten Generalverdachts reflektieren viele Forschende disziplinenübergreifend verstärkt über die Fähigkeit von Wissenschaft, Evidenz zu erzeugen.

Der damalige DFG-Präsident Peter Strohschneider brachte dies in einer Rede mit dem Titel „Über Wissenschaft in Zeiten des Populismus“ anlässlich der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung der DFG im Juli 2017 auf den Punkt, indem er mahnte, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dürften sich nicht als „Instanz des Wahrheitsbesitzes“ verstehen, sondern als diejenige der rationalen, methodischen *Suche* nach Wahrheit.“<sup>5</sup>

Wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich der wachsenden Herausforderung stellen, ihre Arbeit auch unter erhöhtem öffentlichem Druck kritisch zu diskutieren und ihre Ergebnisse gegen unlautere Einwürfe zu verteidigen, droht ihnen zugleich ein Dilemma: In der Abwehr populistischer Attacken droht stets die Gefahr, in ein *blame game* zu geraten, bei dem die strikte Trennung von wissenschaftlicher Professionalität und politischen Positionen nicht immer durchzuhalten ist.

So sind die Empfehlungen von Klimaforscher\_innen, die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen für den Ausstoß von CO<sub>2</sub> zu verändern, *per se* politisch – aber wie sollten sie es nicht sein? Hier erwächst aus den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit eine gesellschaftliche Verantwortung, sich einzumischen.

Im November 2019, kurz vor dem UN-Klimagipfel, unterzeichneten mehr als 11.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 153 Ländern im Fachjournal *BioScience* einen Appell mit der dringlichen Mahnung, das menschliche Verhalten, den Treibhausgasausstoß und anderen den Klimawandel begünstigenden Faktoren grundlegend und anhaltend zu verändern; anderenfalls sei ein Klima-Notfall und damit „unsägliches menschliches Leid“ nicht zu verhindern. Auch 871 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler deutscher Universitäten und Institute haben diese Erklärung unterzeichnet.

---

5 Peter Strohschneider: Über Wissenschaft in Zeiten des Populismus. Rede anlässlich der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung der DFG am 4. Juli 2017 in Halle (Saale), online unter: [https://www.dfg.de/download/pdf/dfg\\_im\\_profil/reden\\_stellungnahmen/2017/170704\\_rede\\_strohschneider\\_festveranstaltung.pdf](https://www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2017/170704_rede_strohschneider_festveranstaltung.pdf) (letzter Aufruf: 14.10.2020).

Auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ist das Verhältnis zu Politik und Gesellschaft durchaus spannungsreich. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Diskussion um die *Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie*.<sup>6</sup> Darin drückt der VHD seine Sorge über die populistischen Entwicklungen und ihre Einwirkungen auf die pluralistische Gesellschaft aus. Zur Begründung sagt die Historikerin und Unterzeichnerin Ute Frevert: „Wenn wir dadurch unsere Bedeutung in der Gesellschaft immer wieder unterstreichen, dann müssen wir auch etwas liefern. Als Geschichtswissenschaft haben wir die Aufgabe, Gesellschaften über sich selber aufzuklären.“<sup>7</sup>

Gleichwohl rief der Vorstoß auch innerhalb des Verbandes scharfe Kritik hervor. Mit der Resolution überschritten ihre Unterstützerinnen und Unterstützer die Grenze der wissenschaftlichen Neutralität und nahmen eine politische Position ein.

Wir sehen, auch in Anbetracht entsprechender Erfahrungen in anderen Ländern, dass sich politische und rechtliche Rahmenbedingungen für die Wissenschaft ändern können. Wenn populistische Parteien Regierungsbeteiligung erreichen und in Deutschland z.B. auf Landesebene Einfluss auf die Hochschulgesetze nehmen können, drohen Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre. Dann erfolgen Angriffe auf die Integrität der Wissenschaft nicht nur in Debatten, sondern sie können zu realen Veränderungen der Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit führen. Derartige Einflüsse weisen umgekehrt auf neue Dimensionen der Verantwortung.

## Neue Dimensionen der Verantwortung

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte in seiner Rede anlässlich der Abschlussveranstaltung zur Kampagne „Freiheit ist unser System“ im September 2019 den breiten Konsens über die Wissenschaftsfreiheit in unserem Land. Die mit dieser Freiheit einhergehende Verantwortung hat viele Dimensionen, einige davon – Standards, Regeln,

---

6 Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie, in: VHD-Journal, Nr. 8, Juli 2019, S. 28-29.

7 Jakob Sass: Einig über den Zweck, uneinig über die Mittel. Tagungsbericht „(Un-)Politisch? Eine Diskussion über die Herausforderungen der Geschichtswissenschaft heute“, 14. Februar 2019, Berlin, in: VHD-Journal, Nr. 8, Juli 2019, S. 33-35.

die Kommunikation über die Forschung – wurden bereits angesprochen. Der Bundespräsident sah in seiner Rede aber eine weitere Verantwortung der Wissenschaft: „Sie muss bereit sein, Teil einer demokratischen Debatte zu sein, und nicht die eigene, singuläre Erkenntnis so absolut setzen, dass die Vielstimmigkeit und Komplexität der Demokratie am Ende nicht mehr als Weg zur Lösung, sondern als Hindernis erscheint“.<sup>8</sup>

*„Wissenschaft darf sich also nicht scheuen, Teil der Auseinandersetzung zu sein.“*

Wissenschaft darf sich also nicht scheuen, Teil der Auseinandersetzung zu sein, sie muss sich – vielleicht mehr als bisher – einlassen auf das Austarieren von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Handlung. Durch dieses Austarieren, durch Vorbehaltlosigkeit und Transparenz kann Wissenschaft dazu beitragen, mit den ihr eigenen Mitteln Bedrohungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung aktiv entgegenzutreten.

In einem Land, in dem die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre Verfassungsrang genießt, sind die Verteidigung der Integrität von Wissenschaft und die der demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft miteinander verknüpft.

In der bereits zitierten Rede fordert Peter Strohschneider unter Berufung auf die Verfassungsrichterin Susanne Baer, dass auch jene die Verantwortung für den Erhalt der Wissenschaftsfreiheit tragen, die sie genießen. Diese Forderung ist bereits ein Teil der Antwort auf die Frage nach der Verantwortung von Wissenschaft heute. Doch die Präzisierung durch das „heute“ in dieser Frage verlangt noch einmal eine gedankliche Schleife.

Sie umschließt einen Aspekt der Verantwortung von Wissenschaft, der bereits mehrfach angeklungen ist: Die Rede ist von den Grenzen der Forschung, genauer, den Grenzen des Erforschbaren wie denen des Erforschenswerten.

Wissenschaft kann und muss Grenzen überwinden, aber Grenzen sind auch notwendig. Wir setzen sie ständig: etwa, um Forschungsthemen

---

<sup>8</sup> Frank-Walter Steinmeier: Rede anlässlich der Abschlussveranstaltung der Kampagne „Freiheit ist unser System“ der Allianz der Wissenschaftsorganisationen am 26. September 2019 in Berlin, online unter: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/09/190926-Futurium-Wissenschaft.html> (letzter Aufruf 14.10.2020).

einzugrenzen und bearbeitbar zu machen – aber auch mit Blick auf forschungsrechtliche und -ethische Fragen. Die eingangs erwähnten Kernphysiker, die sich 1957 in der Göttinger Erklärung gegen die atomare Aufrüstung zu Wort meldeten, äußerten sich besonders drastisch zur Überschreitung von Grenzen – solchen, die sie selbst überschritten hatten, und solchen, die andere in Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu überschreiten beabsichtigten. Hier zeigt sich exemplarisch die Problematik der doppelten Verwendung (*Dual Use*) von Forschung. Die Aspekte sicherheitsrelevanter Risiken der Forschung gehen jedoch weit über die Nuklearforschung hinaus.

So zeigten die Ergebnisse zur Übertragbarkeit hochpathogener Influenzaviren, sogenannter Vogelgrippeviren vom Typ H5N1, im Jahre 2012, dass mit nur wenigen genetischen Veränderungen das Virus auch zwischen Säugern luftübertragbar wird und sich damit zu einer potentiellen Bedrohung für den Menschen entwickeln könnte. Analysen in der molekularen Pflanzengenetik könnten gezielt Angriffe auf Saatgut ermöglichen. Arbeiten zum Schutz vor Computerviren könnten zu neuartigen Formen von *Cyberwar* missbraucht werden. Neurobiologisch-psychologische Forschung könnte zur Manipulation von Personen bis hin zu Vernehmungstechniken und Folter eingesetzt werden. Die Optimierung der Sammlung und Verknüpfung von personenbezogenen Daten kann zur Verletzung von Persönlichkeitsrechten führen, die soziologische Verhaltensforschung kann missbräuchliche gesellschaftliche Rekrutierungsstrategien begründen.

Aber auch die Unterlassung von möglicher Forschung kann aus ethischer Sicht nicht unproblematisch sein. Von der Aktualität und Bedeutung dieser Problematik zeugen politische Debatten im Deutschen Bundestag, die Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung von DFG und Leopoldina und nicht zuletzt die Verpflichtung einer ethischen Selbstevaluation hinsichtlich möglicher Missbrauchsrisiken bei Antragstellung zu Forschungsprojekten, zum Beispiel im EU-Rahmenprogramm *Horizon 2020*.

Ein aktuelles Forschungsgebiet erfordert hier und heute nähere Betrachtung: die Forschung zur Künstlichen Intelligenz (KI). Hier geht es vielfach um Fragen, die nicht nur technisch beantwortet werden können. Inwieweit wollen wir beispielsweise künftig Maschinen einsetzen, die nicht nur intelligent sind, sondern moralisch handeln können? Und welche damit einhergehenden Veränderungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens wollen wir akzeptieren?

Während die Grenze zwischen Mensch und Maschine bereits überschritten zu sein scheint, muss das Verhalten an eben dieser Grenze geklärt werden. Dabei dränge „die Zeit (...) angesichts der Tatsache, dass längst technisch und wirtschaftlich motivierte Fakten geschaffen werden“, wie die Technikphilosophin Catrin Misselhorn betont.<sup>9</sup>

In der ethischen Dimension der KI-Forschung geht es also darum, welche Grenze wir überschreiten *wollen*, und nicht darum, welche wir überschreiten *können*. Einmal mehr ist damit ein Grenzverlauf alles andere als eindeutig. Und derartige Fragen sind keineswegs rein akademisch: Schon jetzt wird Künstliche Intelligenz für Einsatzgebiete entwickelt, in denen es um die körperliche Unversehrtheit, die Bewegungsfreiheit, die Würde des Menschen geht.

Mit anderen Worten: KI-Forschung ist ein relevantes und geeignetes Beispiel für die Grundproblematik, weil zwischen dem, was gesellschaftlich wünschenswert, was wissenschaftlich wissenswert und was ökonomisch Gewinn versprechend ist, eine erhebliche Spannung bestehen kann.

Es sind indes nicht nur die pessimistischen Zukunftsvorstellungen vom Verschwinden von Arbeitsplätzen, von Auswüchsen der Überwachung oder gar einer Herrschaft der Maschinen, die in der KI-Diskussion mit der Frage nach Verantwortung einhergehen. Sie lässt sich auch ganz nüchtern herleiten. Für den KI-Forscher Christian Hoffmann sind Künstliche Intelligenzen „Erweiterungen von uns selbst, für die wir verantwortlich sind und bleiben“, weil vor allem keine KI selbst in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen.<sup>10</sup> Und ich füge hinzu: keine KI kann ein „*Ich-Bewusstsein*“ entwickeln.

Ich habe dieses Beispiel gewählt um zu dokumentieren, dass sich die Trennung zwischen den vermeintlich getrennten Sphären von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit zunehmend auflöst. Oder, um im anfänglichen Bild der Mengenlehre zu bleiben: Hier schließt sich der Kreis, die Gesamtmenge der Gesellschaft, um die beiden Teilmengen Wissenschaft und Politik und damit um die Funktionen Erkenntnis und Handlung.

---

<sup>9</sup> Catrin Misselhorn: Grundfragen der Maschinenethik. Ditzingen <sup>3</sup>2019, S. 16.

<sup>10</sup> Christian Hoffmann: Menschlicher Faktor. In: Süddeutsche Zeitung, 3.5.2019.

Wissenschaft muss nicht nur dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, sondern sie muss mit definieren, welcher Fortschritt überhaupt erstrebenswert ist. Damit darf sie nicht nur eine ausführende, sondern sie muss eine aktive Rolle einnehmen. Wissenschaft muss sich selbst als Teil der Gesellschaft verstehen und dies so auch vermitteln. Wissenschaftliche Herausforderungen sind oft auch gesellschaftliche Herausforderungen, wie das Thema Künstliche Intelligenz zeigt – und wie sich freilich ebenso gut am Klimawandel zeigen ließe.

*„Wissenschaftliche Herausforderungen sind oft auch gesellschaftliche Herausforderungen.“*

Alexander von Humboldt, den wir uns anlässlich seines 250. Geburtstags in seiner Aktualität wieder erschlossen haben, hat die komplexen Anforderungen an Wissenschaft bereits zu seiner Zeit erkannt und gelebt. Er war alles gleichzeitig: Wissenschaftler, Beobachter, Berater, Kritiker, Kommunikator. Das eine war ohne das andere nicht denkbar. Wissenschaftliche Freiheit speiste sich für ihn aus der Möglichkeit zur Erkenntnis, die uns Menschen innewohnt: „Wissen und Erkennen sind die Freude und die *Berechtigung* der Menschheit“<sup>11</sup>. Zeit seines Lebens hat Humboldt gezeigt, dass in dieser *Berechtigung* auch eine *Verpflichtung* lag. Durch seine berühmten öffentlichen Vorträge hat er wissenschaftliche Erkenntnisse in die Gesellschaft hineingetragen und er hat auch dafür geworben, die aus Forschung und Wissenschaft entstehenden Möglichkeiten verantwortlich und nachhaltig einzusetzen. Darin ist und bleibt er uns Vorbild.

---

11 Alexander von Humboldt: Kosmos, Bd. 1, 1845, S. 36.

# VERANTWORTUNG DER WISSENSCHAFT — IMPULSE

Am 21. November 2019 fand in Berlin die Konferenz „Wissenschaft in Verantwortung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung statt. Zu Beginn gaben Inputgeber\_innen Impulse zu verschiedenen Aspekten des Themas, es folgten Diskussionen in Workshops und im Plenum mit Akteuren aus Hochschulen, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Die wesentlichen Aussagen werden im Folgenden thematisch-analytisch zusammengefasst.

## Welche Verantwortung hat Wissenschaft für gesellschaftlichen Fortschritt?

**Bedeutungswandel des Fortschrittsbegriffs.** In seinem Impuls verdeutlichte **Prof. Dr. Jakob Kapeller**, Professor für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Plurale Ökonomik an der Universität Duisburg-Essen, dass sich der Fortschrittsbegriff im Laufe der Jahrhunderte stark gewandelt hat. Fortschritt im heutigen Sinne habe seine Wurzeln im 18. Jahrhundert zur Zeit der Aufklärung, als das Verständnis von Fortschritt von technologischer Entwicklung, rationaler Planung und der Idee der Naturbeherrschung geprägt war. Fortschritt symbolisierte damals eine linear gedachte Evolution, die letztlich zur Vervollkommnung der Welt bzw. der Gesellschaft führt. Damit seien die fragmentarischen Geschichtserzählungen und das zirkuläre Zeitverständnis des Mittelalters abgelöst worden durch ein Geschichtsbild, das eine lineare, universelle Geschichte entwirft und fortschreibt. Mit diesem neuen Weltbild gingen nach Kapeller ökonomische und soziale Veränderungen einher, die zur Herausbildung einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung führten, die durch Kapitalakkumulation, Arbeitsteilung und eine stark wachsende Arbeitsproduktivität gekennzeichnet war. Der planvoll-arbeitsteilig agierende Mensch sei dabei zu einem Instrument zur Verwirklichung des gesellschaftlichen Fortschritts geworden.

Kapeller verwies auf die frühaufklärerische Schrift „Über die Fortschritte des menschlichen Geistes“ (1750) des französischen Philosophen Turgot, der ein optimistisches Bild des Fortschritts gezeichnet hatte. Turgot habe Fortschritt als eine Art Naturgesetz aufgefasst, das sich parallel auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft als positiver Wandel entfaltet und in allen Dimensionen gleichzeitig Verbesserungen erreicht, etwa in der Wirtschaft, in den politischen Institutionen oder in der geistig-spirituellen Welt.

Heute, da man mehr über die Komplexität des sozialen Wandels wisse, sei man sich der Fehlerhaftigkeit dieses naiven Fortschrittsoptimismus bewusst: Inzwischen sei klar, dass Gesellschaften nicht auf allen Ebenen automatisch immer „besser“ werden. Das zeigten die letzten 200 Jahre, die neben vielen positiven Entwicklungen auch gravierende Enttäuschungen in Bezug auf gesellschaftlichen Fortschritt mit sich brachten. So sei deutlich geworden, dass die technologische, ökonomische und politische Entwicklung auch mit neuen Gefahren und Risiken verbunden ist. Zu einem Verlust des Fortschrittsglaubens führten im 20. Jahrhundert nach Kapeller u.a. die beiden Weltkriege, die stetige Umweltzerstörung und Ausbeutung von Rohstoffen, die immanente nukleare Bedrohung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, aber auch die Frage nach dem Sinn des wirtschaftlichen Wachstums. Seitdem erscheine Fortschritt zumindest ambivalent.

**Dimensionen des Fortschritts.** Dennoch habe Turgot etwas Wichtiges erkannt, und zwar, dass es verschiedene Dimensionen des gesellschaftlichen Fortschritts gibt. Heute sei man sich jedoch darüber bewusst, dass sich Gesellschaften in den einzelnen Dimensionen verbessern oder verschlechtern können. Die Dimensionen des Fortschritts seien verschiedenen normativen Bewertungen zugänglich und könnten auch miteinander in Konflikt stehen oder gegenseitige Abhängigkeiten aufweisen. „Wichtig ist, dass die Fortschrittsdimensionen aufeinander bezogen sind und einer gleichzeitigen Betrachtung bedürfen“, meinte Kapeller. Um den Fortschrittsbegriff neu zu verorten und ihn für die politische Praxis nutzbar zu machen, hat er ein Modell entwickelt.<sup>12</sup> Damit sollen auch die Besonderheiten und Wechselbeziehungen der verschiedenen Fortschrittsdimensionen deutlich werden.

---

<sup>12</sup> Georg Hubmann/Jakob Kapeller: Fortschrittsidee und Politische Vision. In: momentum Quarterly. Zeitschrift für Sozialen Fortschritt, Vol. 3, No. 4, p. 235-245, <https://www.momentum-quarterly.org/ojs2/index.php/momentum/article/view/1722> (10.5.2020).

Technologie und Ökonomie werden in diesem Modell als typisch instrumentelle Dimensionen des Fortschritts betrachtet, die bestimmen, was die Menschen tun *können*. Je nachdem, wieviel ökonomische Mittel und technologische Fähigkeiten den Menschen zur Verfügung stehen, desto größer oder kleiner falle ihr Handlungsspielraum aus. Die Ausgestaltung des Handlungsspielraums hängt nach Kapeller zum einen von der Politik, zum anderen von den moralischen Werten und Idealen einer Gesellschaft ab. Diese beiden Fortschrittsdimensionen sollen verdeutlichen, wie die Menschen ihre Handlungsspielräume sinnvoll nutzen können. Es geht hier um normative Fragen, also was die Menschen tun *sollen*.<sup>13</sup>

**Wie politisch soll Wissenschaft sein?** Die beiden Dimensionen Politik und Moral/Vernunft sind nach Kapeller auch entscheidend bei der Frage, wie politisch Wissenschaft sein soll. Der Soziologe Max Weber habe mit seinem Wertfreiheitspostulat explizit gesagt, dass Wissenschaft nur Aufschluss darüber gebe, was die Menschen tun können und wie ihr Handlungsspielraum aussieht. Wissenschaft könne den Menschen aber nicht vorgeben, was sie tun sollen. Normative Fragen lägen außerhalb der Wissenschaft.

Wie kann die Beziehung zwischen Wissenschaft und gesellschaftlichem Fortschritt also erfasst werden? Nach Kapeller muss die Frage des gesellschaftlichen Fortschritts mit den Zieldimensionen der Wissenschaft verknüpft werden, da die Zieldimensionen das Scharnier zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit und gesellschaftlichem Fortschritt bilden.

*Die Zieldimensionen der Wissenschaft bilden das Scharnier zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit und gesellschaftlichem Fortschritt.*

**Zieldimensionen der Wissenschaft.** Wissenschaft verfolge immer implizite oder explizite Zieldimensionen. „Jeder Wissenschaftsbereich hat seine eigenen Zieldimensionen“, sagte Kapeller. So hätten in den Naturwissenschaften z.B. die Zieldimensionen der Naturbeherrschung oder Naturbewahrung einen zentralen Stellenwert.

Um die Potenziale der Wissenschaft für gesellschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen, sind nach Kapeller drei Aspekte besonders wichtig.

---

<sup>13</sup> Ebd. Hinzu kommt noch die fünfte Dimension des Zusammenlebens. Dazu gehören zum Beispiel Fragen wie Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit, die ökologische Einbettung der ökonomischen Entwicklung oder die subjektive Zufriedenheit der Gesellschaftsmitglieder.

Erstens müsse geklärt werden, welche drängenden gesellschaftlichen Probleme mit Hilfe der Wissenschaft gelöst werden sollen: „Was sind gute Zieldimensionen, mit denen sich Wissenschaftler\_innen beschäftigen sollten?“ Gegenwärtig werde diese Frage auf zwei Arten entschieden: Entweder einzelne Wissenschaftler\_innen legten die Zieldimensionen aufgrund ihrer persönlichen Interessen, Ansichten und Leidenschaften fest. Oder die Festlegung der Zieldimensionen erfolge über ökonomische oder politische Verwertungsinteressen, z.B. durch die Verteilung von Drittmitteln. Dieser Wettbewerbsdruck reduziere jedoch das Autonomiepotenzial und den Anreiz zu widersprechen innerhalb der Wissenschaft, was wiederum eine Homogenisierung befördere. Dadurch könnten die externen Interessen im Wissenschaftssystem mehr Gewicht im Vergleich zum spezifischen Denken und der Eigenlogik der Wissenschaftler\_innen erlangen. Dieser Pfad der Verengung von Zieldimensionen aufgrund eines steigenden Wettbewerbsdrucks sollte unbedingt verlassen werden.

Die zweite wesentliche Frage lautet nach Kapeller, welche Verantwortung die Wissenschaft für ihre Ergebnisse hat. Diese Frage stelle sich in allen Disziplinen, etwa bei Themen wie Gentechnologie oder Atomphysik, aber auch bei der Einführung eines Mindestlohns oder der Gestaltung der Eurozone. Wirtschaftswissenschaftler\_innen hätten eine enorme gesellschaftliche Verantwortung, doch werde in dieser Disziplin die Frage der Verantwortung nur selten gestellt. Hier müsse dringend ein Diskurs zur Verantwortlichkeit geführt werden.

*Es ist wichtig, dass in der  
Forschung eine Vielfalt an Zieldi-  
mensionen verfolgt wird.*

Nach Kapeller ist es sehr problematisch, wenn sich eine Disziplin nur noch auf eine einzige Zieldimension fokussiert: „Es ist wichtig, dass in der

Forschung eine Vielfalt an Zieldimensionen verfolgt wird.“ Die Problematik einer einseitigen Ausrichtung zeige sich sehr deutlich in der Disziplin der Volkswirtschaft, in der gerade die Zieldimension der Effizienz in den Mittelpunkt gestellt werde. Dadurch sei es möglich geworden, den Klimaforscher William Nordhaus mit dem Wirtschaftsnobelpreis auszuzeichnen. Nordhaus war zu dem Schluss gekommen, dass unter derzeitigen realistischen Bedingungen die optimale Erderwärmung bei drei Grad liegt. Aus der naturwissenschaftlichen Forschung sei jedoch bekannt, so Kapeller, dass in diesem Fall ein Drittel des Planeten zerstört wäre. Wie also konnte ein anerkannter Wissenschaftler zu solch einem Ergebnis kommen? Nordhaus habe eine Kosten-Nutzen-Analyse aufgestellt, die das „Optimale“ über die Zeit, die Kosten und die Erträ-

ge in der Zukunft definierte. Seiner Berechnung habe nur eine einzige Zieldimension zugrunde gelegen: das Effizienzparadigma.<sup>14</sup> Das Ergebnis sei somit davon abhängig gewesen, wie Gegenwart und Zukunft gegeneinander abgewogen werden und welche Zieldimensionen im Mittelpunkt stehen. Hätte man ein Modell gewählt, in dem nicht Effizienz, sondern auch Nachhaltigkeit und Naturerhaltung entscheidende Aspekte sind, würde das Ergebnis ganz anders aussehen. Nach Kapeller zeigen sich an diesem Beispiel sehr gut die problematischen Folgen, wenn eine Wissenschaft nur eine bestimmte Zieldimension verfolgt und andere potenziell wichtige Zieldimensionen außer acht lässt.

**Institutionelle Stärkung verschiedener Zieldimensionen.** „Es bedarf dringend einer institutionellen Stärkung verschiedener Zieldimensionen im Wissenschaftsprozess“, meinte Kapeller. Die Vielfalt, Adäquatheit und Akzeptanz von Zieldimensionen müsse an allen wichtigen Stellen des Forschungsprozesses stärker positioniert werden, z.B. bei der Forschungsförderung, in der disziplinären Kultur, bei den Berufungspolitiken und Akkreditierungsverfahren, aber auch in den öffentlichen Diskursen. In diesem Zusammenhang müsse auch der Philosophie und der Interdisziplinarität größeres Gewicht gegeben werden, die traditionell eine Reflexionsfunktion einnehmen.

**Politische Fragen und Sachfragen.** Als Fehlentwicklung betrachtet Kapeller auch, dass viele Fragen, die im Grunde politische Fragen sind, zu Sachfragen erklärt wurden und damit der Wissenschaft überlassen werden. Fragen, die Werteentscheidungen beinhalten, sollten wieder zu politischen Fragen werden. Exemplarisch könne dies am Beispiel der derzeitigen europäischen Fiskalpolitik nachvollzogen werden. Diese sei in ein ökonomisches Modell eingebettet, das einseitige Zieldimensionen verfolgt und letztlich dysfunktionale Auswirkungen hat, da wichtige Ziele in Bezug auf Konjunktur und Arbeitslosigkeit in Europa nicht erreicht werden.

---

14     Der US-Ökonom William Nordhaus hatte 2018 gemeinsam mit seinem Kollegen Paul Romer den Wirtschaftsnobelpreis für seine makroökonomischen Forschungen zum Klimawandel erhalten. Nordhaus, Vordenker der „Zwei-Grad-Grenze“ der Erderwärmung, war zu der Auffassung gelangt, dass die 1,5-Grad-Grenze in absehbarer Zeit nicht erreicht werden kann. Daraufhin rechnet er aus, welche Ziele die Menschheit zu welchem Preis erreichen kann: Das Zwei-Grad-Ziel müsste demnach erst im 100-jährigen Durchschnitt erreicht werden, da ein paar besonders schädliche Folgen des Klimawandels erst nach einer sehr langen Hitzeperiode eintreten würden. Insgesamt würde das optimale Kosten-Nutzen-Verhältnis bei einem Emissionspfad erreicht, der bis zum Jahr 2100 zu einer Erderwärmung um drei Grad führt. Darauf baut Nordhaus Schätzungen auf, welcher CO<sub>2</sub>-Preis wann nötig wäre. Vgl. Nikolaus Piper: Wie Ökonomen die Folgen des Klimawandels vorausdachten, Süddeutsche Zeitung, 8.10.2018, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/nobelpreis-wie-oekonomen-die-folgen-des-klimawandels-vorausdachten-1.4160929> (31.07.2020).

Letztlich habe die Politik keinen Entscheidungsspielraum mehr, da politische Entscheidungen an ein ökonomisches Modell delegiert wurden. Dabei sei dieses Thema mit vielen normativen Fragen verbunden, die demokratisch diskutiert und politisch entschieden werden sollten.

**Verhältnis von gesellschaftlichem Fortschritt und Wissenschaft.** Nach Kapeller sollte zunächst ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über die Frage geführt werden, wie wir leben wollen und was wir unter gesellschaftlichem Fortschritt verstehen wollen. In einem nächsten Schritt könnte dann danach gefragt werden, was die Wissenschaft in welcher Form dazu beitragen kann. Viele Wissenschaftler\_innen wären für eine solche demokratisch legitimierte Orientierungshilfe dankbar – zumindest solange sie frei bleiben, dieser Orientierungshilfe auch zu widersprechen.

## Wie kann Wissenschaft in die ganze Gesellschaft wirken?

In seinem Impuls betonte **Ernst Dieter Rossmann**, MdB, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags, dass Wissenschaft in die ganze Gesellschaft wirken sollte und für alle Bürger\_innen da sein muss. Dafür bedürfe es einer Stärkung der Wissenschaftskommunikation.<sup>15</sup> „Wissenschaft wirkt dann in die ganze Gesellschaft hinein, wenn sie qualitativ gut ist“, meinte er. Unverzichtbar seien dafür fachliche Expertise, Integrität und Wahrhaftigkeit sowie ein gutes wissenschaftliches Handwerk der Wissenschaftler\_innen. Wissenschaft müsse erkennen, dass sie per se immer auch eine kommunikative und eine kooperative Seite

*„Wissenschaft wirkt dann in die ganze Gesellschaft hinein, wenn sie qualitativ gut ist.“*

hat (z.B. in Verbänden und Wissenschaftskooperationen), aber auch eine Transferseite, eine gestaltende sowie eine utopische Seite.

**Mehr Wissenschaftler\_innen in die Politik.** Wichtig wäre aus Rossmanns Sicht, dass mehr Wissenschaftler\_innen in politisch verantwortlichen Ämtern auf Zeit vertreten sind, z.B. als Abgeordnete auf kommunaler Ebene, aber auch als Landes- und Bundesminister\_innen. Mit ihrer spezifischen Autorität könnten Wissenschaftler\_innen im politi-

---

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch Ernst-Dieter Rossmann: Die Wissenschaftskommunikation stärken. Drei Vorschläge für drei wichtige Schritte vorwärts und eine konkrete Forderung. 11.11.2019, <https://forscher.de/wissenschaftskommunikation-staerken/> (10.5.2020).

schen System Wissenschaft erklären und schützen, die Fachlichkeit von Wissenschaft verkörpern und in die Gesellschaft hineinwirken. Über ihren Wahrheitsbezug – in aller Relativität – könne Wissenschaft eine neue Qualität in das politische System einbringen: Wissenschaft sollte auch deswegen stärker in der praktischen Politik vertreten sein, weil Wissenschaftler\_innen mit einem besonderen Methodenhintergrund ausgestattete Akteure sind.

Mit ihrer Verpflichtung zur Wahrheitsfindung und methodischen Herangehensweise habe Wissenschaft eine andere Logik als Politik. Politiker\_innen

*Wissenschaft sollte stärker in der praktischen Politik vertreten sein.*

folgten in der Regel einer Entschiedenheitslogik („Das müssen wir jetzt so machen!“) und einer Optimismuslogik („Wenn wir diesem Weg folgen, erreichen wir das Ziel.“). Bei politischen Entscheidungen sei es jedoch wichtig, dass die verschiedenen Logiken von Wissenschaft und Politik zusammengeführt werden, um Gesellschaft und Ökonomie zukunftsfähig zu gestalten. Wenn mehr Wissenschaftler\_innen in politischen Ämtern vertreten sind, könnten sie die wissenschaftliche Logik aktiv in den politischen Prozess einbringen.

**Qualifizierte Politikberatung durch Wissenschaftler\_innen.** Auch sollten Wissenschaftler\_innen die qualifizierte Politikberatung verstärken. Dabei sollten sie die Wirkungen von politischen Entscheidungen stärker verdeutlichen, aber vor allem in einer Art „Pfadfinderfunktion“ alternative politische Entwicklungspfade beschreiben, an denen sich Politik orientieren könnte, um bestimmte Ziele zu erreichen.

**Erschließen aller gesellschaftlicher Gruppen.** Nach Ansicht von Rossmann wäre es auch wichtig, dass Wissenschaftler\_innen ihre Inhalte stärker gesellschaftlichen Gruppen vermitteln, die in ihrer Berufspraxis nichts oder nur wenig mit Wissenschaft zu tun haben. So könnte z.B. ein Wissenschaftler vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung einen Vortrag vor einer Betriebsratskonferenz halten, um über wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel zu informieren. Das könnte dazu führen, dass sich die Betriebsräte zu diesem Thema nicht nur „aus dem Bauch heraus“ äußern, sondern nach einer Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Argumenten zu einer fundierten Meinung kommen. Diese Art der Vermittlungstätigkeit sei ein wichtiger Teil des Hineinwirkens von Wissenschaft in die Gesellschaft. Dafür müssten Wissenschaftler\_innen allerdings auch fähig sein, Forschungsergebnisse so verständlich darzustellen, dass sie beim Zielpublikum ankommen.

Gleichzeitig müssten die Expert\_innen weiterhin die besondere Logik der Wissenschaft vertreten und kommunizieren, dass Wissenschaft durch eine relativierende, suchende Bewegung nach Wahrheit gekennzeichnet ist und keine endgültige Wahrheit produziert.

**Grundlagen, Methoden und Wertentscheidungen.** Wissenschaft müsse auch die Wertentscheidungen offenlegen, die dem eigenen Verhalten, der Wahl der Methode und der wissenschaftlichen Arbeit zugrunde liegen. *„Wissenschaft muss transparent machen, dass sie niemals neutral ist.“* sagte Rossmann. Auch müssten Forschungsprioritäten, wissenschaftliche Methoden und Prinzipien sowie die dahinterstehenden gesellschaftlichen Zusammenhänge erklärt und begründet werden. Nur dann könne Wissenschaft in die ganze Gesellschaft hineinwirken.

**Aufnehmen gesellschaftlicher Prioritäten.** Die Wissenschaft sollte auch stärker Themen aufnehmen und diskutieren, die im gesellschaftlichen Diskurs Priorität haben. Beim Thema Klimaschutz zeige sich aktuell eine Entsprechung, da die damit verbundenen Herausforderungen sowohl in den Fridays for Future-Demonstrationen und in den öffentlichen Debatten als auch in der Wissenschaft eine wichtige Rolle spielen. Andere Themen, wie z.B. autonomes Fahren, hätten zwar in der Wissenschaft eine Bedeutung, würden in der Gesellschaft aber offenbar als weniger prioritär betrachtet. Es stelle sich somit die Frage, wer über die Verteilung von Forschungsmitteln entscheidet – und ob die finanziellen Ressourcen in der Forschung z.B. auf den Klimaschutz oder die Entwicklung autonomer Fahrzeuge konzentriert werden sollen. Nach Rossmann sollte die Wissenschaft künftig ihre Prioritätensetzungen stärker mit den gesellschaftlichen Prioritätensetzungen in Beziehung setzen und sich auch an politischen Diskursen beteiligen, in denen solche Fragen thematisiert werden.

**Teilnahme an ethischen und politischen Diskursen.** Die Wissenschaft müsse in ethisch fundierten Diskussionen ihren Beitrag leisten, da sie hier spezifische Qualitäten entwickelt habe. Dazu gehöre methodische Sauberkeit und Integrität, aber auch ein gepflegter Streit in der Sache. „Wissenschaftler\_innen haben eine Bringschuld, ihre Erkenntnisse in die gesamte Gesellschaft hinein zu vermitteln und sollten deshalb auch aktiv an politischen Diskursen teilnehmen“, meinte Rossmann. Bundespräsident Steinmeier habe in dieser Frage wichtige Impulse gegeben.

## Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft

Kerngedanken einer Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier bei der Abschlussveranstaltung der Kampagne „Freiheit ist unser System. Gemeinsam für die Wissenschaft“ der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zu 70 Jahren Grundgesetz

Steinmeier betont die Wechselwirkung von Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft: „Die Freiheit der Wissenschaft ist ein hohes Gut in unserer Demokratie, als Grundrecht verbrieft durch unsere Verfassung, und wir alle sind gehalten, sie zu pflegen, zu schützen und nötigenfalls auch zu verteidigen. (...) Zur Freiheit der Wissenschaft gehört in der liberalen Demokratie geradezu spiegelbildlich auch eine Erwartung, nämlich die Erwartung an die Verantwortung der Wissenschaft für die Welt, die sie erforscht, für die Gesellschaft, in der sie forscht, für Mensch und Natur ganz allgemein. Freiheit und Verantwortung: Die wissenschaftliche Freiheit, die wir schützen müssen, und die Verantwortung, die aus dieser Freiheit erwächst, sie beide gehören untrennbar zusammen.“

Um das hohe Gut der Wissenschaftsfreiheit zu schützen, seien drei Aspekte wichtig:

1. Wissenschaftliche Freiheit brauche ein **starkes finanzielles Fundament**, für das zuallererst der Staat die Verantwortung trage. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssten sich der Bedingungen ihrer Unabhängigkeit bewusst bleiben und sie in Richtung der Politik und in Richtung der Wirtschaft verteidigen.
2. Hochschulen sollten Orte sein, an denen **Demokratie eingeübt wird und Freiheit ihren Ausdruck findet**. Zum Kern akademischer Bildung gehöre die Freiheit der Studierenden (z.B. freie Wahl des Studienwegs, Möglichkeit zur intellektuellen Entfaltung), aber auch der Doktorand\_innen und Postdocs (u.a. keine Abhängigkeiten von etablierten Wissenschaftler\_innen, Entwicklung eigener Forschungsschwerpunkte).
3. Die Freiheit der Wissenschaft müsse auch in der Gesellschaft abgesichert werden, indem das **Vertrauen in die Verfahren der Wis-**

**wissenschaft gestärkt** und erneuert wird. Aktuelle Tendenzen eines „post-faktischen Zeitalters“, in dem Menschen Fakten als Ansichtssache betrachten, müsse entgegengewirkt werden. Der wissenschaftliche Prozess müsse glaubwürdig sein, indem er sich nicht in den Dienst vordergründiger Interessen stellt, auf nachvollziehbare Argumente, überprüfbare Fakten und transparente Methodik setzt und klar unterscheidet zwischen gesicherten Erkenntnissen und Hypothesen, die auch in der Wissenschaft selbst noch umstritten sind. Wissenschaftler\_innen sollten an der Produktion von „Wahrheit“ mitwirken, da gesellschaftlicher Fortschritt auf die Grundlage ihrer Erkenntnisse angewiesen ist. „Die großen Zukunftsthemen brauchen nicht nur den emotionalen, sondern auch den **gut informierten Streit**.“

Politik in der Demokratie folge anderen Regeln als die Wissenschaft: „Wissenschaft ist ihrem Wesen nach zuallererst erkenntnisorientiert – Politik ihrem Wesen nach handlungsorientiert.“ Politik brauche auch „das Abwägen von Sichtweisen und Prioritäten, den Ausgleich von Interessen, das Werben um Mehrheiten, das Ringen um Kompromisse, die Verantwortung für die, die auf der Straße des Fortschritts zurückbleiben oder die von der Dynamik gesellschaftlicher Transformation besonders hart getroffen sind“.

Zum **Schutz der Wissenschaftsfreiheit** müssten beide Seiten ihren Beitrag leisten: Politik dürfe nicht den Weg des kleinsten gemeinsamen Nenners und geringsten Widerstands gehen, sondern auch den großen Schritt wagen und Spielräume nutzen. Politik brauche Sachverstand und Evidenz und müsse deshalb den Rat von Expert\_innen einholen und auf wissenschaftliche Expertise setzen – und diese auch gegen notorische Vereinfacher\_innen und Populist\_innen verteidigen.

Wissenschaft genieße besondere Freiheiten und Privilegien und habe nicht zuletzt auch deshalb eine **besondere Verantwortung für das Gelingen von Demokratie**. Das heiße vor allem, dass sie gegenüber sich selbst und der Öffentlichkeit ehrlich und transparent bleibt. Wenn sie normativ urteilt, müsse sie das gegenüber Politik und Gesellschaft erklären und vermitteln. „Sie muss bereit sein, Teil der demokratischen Debatte zu sein, und nicht die eigene, singuläre Erkenntnis so absolut setzen, dass die Vielstimmigkeit und Komplexität der Demokratie am Ende nicht mehr als Weg zur Lösung, sondern als Hindernis erscheint.“

Quelle: Frank-Walter Steinmeier, Rede auf der Abschlussveranstaltung der Kampagne „Freiheit ist unser System. Gemeinsam für die Wissenschaft“ der Allianz der Wissenschaftsorganisationen zu 70 Jahren Grundgesetz, Berlin, 26.9.2019, [https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2019/09/190926-Futurium-Wissenschaft-Allianz.pdf?sessionid=69084649A202D46C59E0BB CADA5EEA37.1\\_cid387?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2019/09/190926-Futurium-Wissenschaft-Allianz.pdf?sessionid=69084649A202D46C59E0BB CADA5EEA37.1_cid387?__blob=publicationFile) (10.5.2020).

**Vermittlungsaufgabe von Wissenschaftler\_innen.** Wissenschaftler\_innen sollten nach Ansicht von Rossmann ihre Ergebnisse in die ganze Gesellschaft kommunizieren. Auch Spitzenforscher\_innen bzw. Nobelpreisträger\_innen sollten davon nicht grundsätzlich ausgenommen sein. Wissenschaftskommunikation sei nicht nur ein Akt der Solidarität der Wissenschaft mit der Gesellschaft, sondern könnte für Wissenschaftler\_innen auch ein Gewinn sein, weil der Vermittlungsprozess mit wichtigen Fragen verbunden ist. Innerhalb des Wissenschaftsbereichs könnte aber nach besonderen Fähigkeiten differenziert werden: Forscher\_innen, die in der internationalen Top-Liga mitspielen, könnten etwas weniger Wissenschaftskommunikation betreiben als Wissenschaftler\_innen mit besonderen Vermittlungsfähigkeiten. Auch könnten manche für eine bestimmte Zeit von Vermittlungsaufgaben freigestellt werden, um ihre Forschungsarbeit fortsetzen können. Rossmann plädierte im Wissenschaftssystem für „moralische Zeitspenden“ für Wissenschaftler\_innen, die in die Gesellschaft vermittelnd oder kommunikativ hineinwirken – unabhängig davon, an welchem Ort in der Gesellschaft und wie sie sich engagieren. Auch nach der Emeritierung könnten Wissenschaftler\_innen als Senior Experts ihre Expertise, ihren Verstand und ihre Kommunikationsfähigkeiten für solche Aktivitäten weiterhin einsetzen.

*Wissenschaftler\_innen sollten ihre Ergebnisse in die ganze Gesellschaft kommunizieren.*

**Stärkung der Wissenschaftskommunikation.** Wissenschaftskommunikation sollte nach Rossmann selbstverständlicher Teil des Wissenschaftssystems sein: Sie sollte in öffentlich finanzierten Forschungsprogrammen einen festen Platz haben und in den vielfältigen wissenschaftlichen Akademien einen höheren Stellenwert erhalten. Es könnten auch Stiftungen oder Agenturen für Wissenschaftskommunikation eingerichtet werden. Zudem sollte die Forschung zur Bedeutung und Relevanz von Wissenschaftskommunikation verstärkt werden. „Wissenschaftskommunikation ist als integrativer Bestandteil von wissenschaftlicher Arbeit zu sehen und muss deshalb aufgewertet werden“, meinte Rossmann. Auch sollte Wissenschaftsjournalismus gestärkt werden. Es sollten alle möglichen Formen des Wissenschaftsdialogs genutzt werden.

**Größere Bedeutung der Bürgerwissenschaften.** Rossmann betonte auch die Notwendigkeit, Bürger\_innen als Bürgerwissenschaftler\_innen verstärkt in wissenschaftliche Prozesse einzubeziehen. Hier müsste die Wissenschaft im Zusammenwirken mit der Politik Unterstützungsformen für Citizen Science-Projekte ermöglichen. Dazu gehöre Geld für Strukturen, aber auch hier könnte das Instrument der Zeitspende hilfreich sein. Wissenschaftler\_innen müssten allerdings auch dazu bereit sein, sich im regionalen Umfeld zu engagieren, mit gesellschaftlichen Akteuren zu kooperieren oder die Bürgerwissenschaften mit konkreten Projekten zu unterstützen – statt für den nächsten Kongress ein Paper oder einen Beitrag für ein Fachjournal zu schreiben.

Die Einbeziehung von Bürger\_innen brauche auch den Austausch bzw. die Zusammenarbeit mit Wissenschaftler\_innen, um die Qualität des wissenschaftlichen Prozesses sicherzustellen. Viele Menschen würden in ihrem Alltag oft mit Wissenschaft konfrontiert, seien dann allerdings meist Objekt wissenschaftlicher Prozesse, etwa bei ärztlichen Behandlungen. Ziel sollte es sein, die Bürger\_innen in dieser Lebenswirklichkeit vom Objekt von Wissenschaft zum Subjekt der Wissenschaft werden zu lassen und ein Verständnis für Wissenschaft zu entwickeln.

**Wissenschaftsverständnis in der Bevölkerung.** Nach Rossmann sollte nicht nur danach gefragt werden, wie Wissenschaft in die ganze Gesellschaft hineinwirken kann, sondern auch, wie erreicht werden kann, dass Wissenschaft in der gesamten Gesellschaft besser verstanden und respektiert wird.

*Wissenschaftskommunikation ist als integrativer Bestandteil von wissenschaftlicher Arbeit zu sehen.*

Wissenschaftler\_innen sollten sich nicht grundsätzlich von Wissenschaftsmessen, Eventisierung oder Slams fernhalten. Es spreche nichts dagegen, populäre und anschauliche Formate zu wählen, wenn dadurch in die ganze Gesellschaft hineingewirkt werden kann und die Inhalte durch den populären Ansatz nicht falsch dargestellt werden oder verdummend wirken. Entscheidend sei, dass die wissenschaftlichen Prinzipien der Wahrhaftigkeit, Relativität etc. eingehalten werden. Die Wissenschaft müsse den Bürger\_innen immer klar machen, dass im wissenschaftlichen Prozess keine absoluten Wahrheiten produziert werden, sondern immer auch Unsicherheiten, Ambiguitäten bestehen.

*Die Politik hat die Aufgabe, die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft zu verteidigen.*

„Und die Politik hat die Aufgabe, die Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft zu verteidigen“, sagte Rossmann.

## Wie kann die gemeinwohlorientierte Wissenschaftskommunikation gestärkt werden?

**Rebecca Winkels**, studierte Biologin und Wissenschaftsjournalistin, ist Leiterin der Strategischen Kommunikation bei „Wissenschaft im Dialog“<sup>16</sup> sowie Projektleiterin des Projekts „Die Debatte“ und des Portals Wissenschaftskommunikation.de.<sup>17</sup> In den letzten zwanzig Jahren habe ich mich im Bereich Wissenschaftskommunikation sehr viel getan, meinte Winkels. Wissenschaftskommunikation habe im Wissenschaftssystem, aber auch in der Gesellschaft stark an Bedeutung gewonnen und sei deutlich professioneller geworden. Inzwischen gebe es unzählige Formate, um Wissenschaft zu kommunizieren. Dennoch bestehe nach wie vor Nachholbedarf.

**Aktuelle Herausforderungen.** Gegenwärtig steht die Wissenschaftskommunikation nach Winkels vor drei großen Herausforderungen:

- Die Anzahl der Wissenschaftsskeptiker\_innen in der Bevölkerung sei in den letzten Jahren zwar nicht gestiegen (wie die Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers zeigen), doch seien deren Stimmen inzwischen lauter und akzeptierter. Darauf müsse reagiert werden.
- Wissenschaftskommunikation müsse adäquat mit dem Medienwandel umgehen, dessen Auswirkungen jegliche Form der Informationsvermittlung betreffen.
- Wissenschaft habe an Bedeutung in der Gesellschaft gewonnen. Jede\_r Einzelne habe in seinem bzw. ihrem Alltag permanent mit Wissenschaft zu tun (ob aktiv oder passiv). Deshalb sei es wichtig, dass die Menschen ein Verständnis von Wissenschaft und wissenschaftlicher Prozesse entwickeln. Nur dann könnten sie an einem

---

<sup>16</sup> Das Netzwerk „Wissenschaft im Dialog“ wurde im Jahr 2000 von den großen deutschen Wissenschaftsorganisationen auf Initiative des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft gegründet, um den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über Themen der Forschung zu befördern. Es werden z.B. Dialogveranstaltungen, Ausstellungen oder Wettbewerbe organisiert und neue Formate der Wissenschaftskommunikation entwickelt. Viele Projekte werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt. Vgl. [www.wissenschaft-im-dialog.de](http://www.wissenschaft-im-dialog.de).

<sup>17</sup> Vgl. <https://www.wissenschaftskommunikation.de/kategorie/journal/> (20.3.2020). Wissenschaftskommunikation.de ist ein gemeinsames Portal von Wissenschaft im Dialog (WiD) mit dem Nationalen Institut für Wissenschaftskommunikation (NaWik) und dem Lehrstuhl von Annette Lefsmöllmann am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Gefördert wird das Portal vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Klaus Tschira Stiftung.

mündigen Diskurs über wissenschaftsbasierte Entscheidungen teilnehmen.

**Stärkung des Wissenschaftsverständnisses in der Bevölkerung.** Um Wissenschaftsmündigkeit der Bevölkerung zu erreichen, genüge es nicht, die Menschen mit Informationen zu überhäufen. Vielmehr müsse ihnen vermittelt werden, wie Wissenschaft funktioniert, mit welchen Methoden sie arbeitet und welche Werte Wissenschaft zugrunde liegen. Die repräsentative Bevölkerungsumfrage Wissenschaftsbarometer 2019<sup>18</sup> zeige sehr gut, dass viele Menschen Wissenschaft sehr interessant finden und gerne aktiv am Forschungsprozess teilnehmen würden.

## Wissenschaftsbarometer 2019 — Wichtige Ergebnisse

In der repräsentativen Bevölkerungsumfrage wurden folgende **Einstellungen der Menschen in Deutschland gegenüber Wissenschaft und Forschung** deutlich:

- **Gesellschaftliches und politisches Engagement von Wissenschaftler\_innen:**  
55 Prozent der Befragten finden, dass politische Entscheidungen wissenschaftsbasiert sein sollten. Für etwa die Hälfte gehört es zu den Aufgaben von Wissenschaftler\_innen, sich in die Politik einzumischen, 29 Prozent sind nicht dieser Auffassung.
- **Vertrauen der Bürger\_innen in Wissenschaft und Forschung:**  
Es lässt sich kein wachsendes Misstrauen der Bürger\_innen gegenüber Wissenschaft und Forschung feststellen. Insbesondere im Vergleich zu anderen Gesellschaftsbereichen ist das Vertrauen recht groß: 46 Prozent der Deutschen vertrauen Wissenschaft und Forschung (27 Prozent der Wirtschaft, 18 Prozent den Medien,

<sup>18</sup> Mit dem Wissenschaftsbarometer ermittelt Wissenschaft im Dialog (WiD) seit 2014 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen jährlich die Einstellungen der Menschen in Deutschland gegenüber Wissenschaft und Forschung. Datenbasis 2019: 1.017 Telefoninterviews vom 3.-10.9.2019, Umfrage von Kantar Emnid im Auftrag von WiD; Grundgesamtheit: deutschsprachige Wohnbevölkerung in Privathaushalten ab 14 Jahren. Gefördert von der Robert Bosch Stiftung und unterstützt vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Vgl. <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2019/> (20.5.2020).

17 Prozent der Politik), 46 Prozent der Befragten zeigen sich unentschieden, acht Prozent vertrauen Wissenschaft und Forschung (eher) nicht. 63 Prozent finden den Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft zu groß.

- **Wertschätzung der Wissenschaftsfreiheit:**  
61 Prozent der Befragten sind der Meinung, Wissenschaftler\_innen sollten selbst entscheiden dürfen, woran sie forschen. 67 Prozent finden, dass Entscheidungen über Wissenschaft und Forschung vor allem vor dem Hintergrund getroffen werden sollten, ob sie einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten.
- **Haltung zu moderner Forschung und Technik:**  
Zwei Drittel der Befragten denken, dass Forschung helfen wird, zentrale Probleme der Menschheit zu lösen. 59 Prozent sind der Ansicht, dass moderne Technik das Leben komfortabler macht. Zugleich fürchten etwa ebenso viele, dass mehr Zwänge auf die Menschen wirken, je weiter sich die Technik entwickelt.
- **Wichtige Forschungsfelder der Zukunft:**  
Am wichtigsten ist nach Auffassung der Befragten die Forschung zu Klima und Energie (41 Prozent), kurz dahinter liegt die Forschung zu Gesundheit und Ernährung (39 Prozent).
- **Interesse an Forschung und Wissenschaft:**  
59 Prozent der Deutschen bekunden großes Interesse an Themen aus Wissenschaft und Forschung. Etwas geringer ist das Interesse an Politik (53 Prozent) und Kultur (49 Prozent). Noch interessanter sind für viele Menschen lediglich lokale Themen (69 Prozent).
- **Wunsch nach Teilhabe und Zusammenarbeit:**  
Rund die Hälfte der Befragten findet, dass die Öffentlichkeit nicht ausreichend in Entscheidungen über Wissenschaft und Forschung einbezogen wird. Fast zwei Drittel würden gerne einmal erleben, wie Forschende arbeiten, 57 Prozent möchten mit Wissenschaftler\_innen über lohnenswerte Forschungsgegenstände diskutieren und 49 Prozent sind daran interessiert, selbst in einem wissenschaftlichen Projekt mitzuforschen.

Angesichts der Corona-Pandemie wurde im Frühjahr 2020 eine **Son-**

**derumfrage des Wissenschaftsbarometers „Corona Spezial“** durchgeführt (siehe Seite 70).

Quelle: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2019/> (20.5.2020).

Die Basis sei somit gelegt, doch müsse es noch gelingen, die gesamte Bevölkerung zu adressieren. Das Wissen müsse so aufgearbeitet und verbreitet werden, dass ein Zugang zu den Menschen geschaffen wird, die bisher noch nicht erreicht werden konnten. Dafür müsse sich die Wissenschaftskommunikation in einigen Teilen verändern. Wichtig sei z.B., dass die Wissenschaft tagesaktueller wird und rascher in die Öffentlichkeit kommuniziert, vor allem in Krisen und bei Problemen. Dann müsse die Gesellschaft schneller mit Wissen bzw. akkuraten harten Fakten versorgt werden. Auch bei der Online- und Multimedia-Kommunikation

*„Wir brauchen den Diskurs da, wo die Menschen sind.“*

sollten Wissenschaftler\_innen schlagfertiger werden und weniger zögerlich sein. „Wir brauchen den Diskurs da, wo die Menschen sind“, sagte Winkels.

Vor allem müssten junge Menschen für Wissenschaft gewonnen, mit wissenschaftlichen Themen in Berührung kommen und in wissenschaftliche Prozesse einbezogen werden. In dieser Lebensphase würden Werte und Einstellungen ausgebildet und es bestehe die Möglichkeit eines echten Impacts. In diesem Bereich müsse noch deutlich mehr passieren.

**Wissenschaftskommunikation durch Wissenschaftler\_innen.** Ebenso müssten Wissenschaftler\_innen stärker in die Verantwortung genommen werden, meinte Winkels. Die Wissenschaftler\_innen sollten selbst kommunizieren, da nur sie authentisch vermitteln könnten, wie Wissenschaft funktioniert. So könnten sie das Vertrauen der Bürger\_innen in Wissenschaft stärken. Es wäre aber auch wichtig, Wissenschaftler\_innen dazu zu befähigen und zu motivieren, Wissenschaft zu kommunizieren. Wissenschaftskommunikation müsse als selbstverständlicher Aufgabebereich von Wissenschaftler\_innen wahrgenommen werden. Oftmals würden Zeitmangel und ein Schaden für die wissenschaftliche Reputation als Gründe dafür angeführt, nicht kommunikativ tätig zu sein. Deshalb sieht Winkels in diesen Bereichen Handlungsbedarf. Dies gilt insbesondere für die Anerkennung, die aus dem Wissenschaftssystem kommen muss.

„Wissenschaftskommunikation muss einen mündigen Diskurs in der Gesellschaft aufbauen“, meinte Winkels. Ziel sollte eine sachliche, wissenschafts-

*„Wissenschaftskommunikation muss einen mündigen Diskurs in der Gesellschaft aufbauen.“*

fundierte Debatte über gesellschaftlich relevante Themen sein – insbesondere dort, wo Menschen keine akademische Ausbildung haben und nicht automatisch an Wissenschaft interessiert sind. Dafür sei es notwendig, dass Wissenschaftler\_innen kommunikative Aufgaben wahrnehmen und die Hemmschwellen und Barrieren überwinden, die zwischen der Wissenschaft und manchen Teilen der Gesellschaft stehen. Wissenschaft und Gesellschaft müssten sich gegenseitig besser kennenlernen.

**Wirkungsforschung und langfristige Förderung.** Eine wesentliche Grundlage ist nach Ansicht von Winkels, die Funktionsweise und Auswirkungen der verschiedenen kommunikativen Formate zu analysieren. Dringend notwendig sei deshalb eine stärker evidenzbasierte Diskussion über Wissenschaftskommunikation und mehr Forschung zu ihrer Wirkung. In Deutschland bestehe kein Mangel an Ideen oder neuen Institutionen der Wissenschaftskommunikation, sondern es fehle an Ressourcen innerhalb der Einrichtungen, die langfristige Planungen und systematische Veränderungen ermöglichen würden. An dieser Stelle müsse angesetzt werden. Notwendig sei eine Abkehr von der Projektförderung hin zu nachhaltiger Förderung. Nur dann könne Innovation und Flexibilität befördert und zugleich eine gewisse Sicherheit im System gewährleistet sein. Das gelte insbesondere für die gemeinwohlorientierte Wissenschaftskommunikation.

**Gemeinwohlorientierte Wissenschaftskommunikation.** Winkels benannte drei zentrale Aspekte, um gemeinwohlorientierte Wissenschaftskommunikation zu befördern:

1. In der Wissenschaft müssen funktionierende Anreizsysteme für kommunizierende Wissenschaftler\_innen etabliert werden, um diese zu motivieren, sich auch außerhalb der Wissenschaft als Wissenschaftler\_in zu engagieren.
2. Die Förderung gemeinwohlorientierter Wissenschaftskommunikation muss langfristiger angelegt werden.
3. Die Ressourcen für die Forschung zur Wissenschaftskommunikation, insbesondere der praxisorientierten Forschung, müssen erhöht werden.

Gemeinwohlorientierte Wissenschaftskommunikation bedeutet nach Winkels, auch über Unsicherheiten, kritische Punkte, Dispute und über vorläufiges Wissen innerhalb der Wissenschaft zu sprechen – und nicht nur über Forschungserfolge. Hier zeichne sich im Wissenschaftssystem ein langsamer, aber spürbarer Wandel ab, vor allem bei Nachwuchswissenschaftler\_innen. Diese Potenziale sollten für die Umsetzung systematischer Veränderungen genutzt werden. Erste Schritt zu einem funktionierenden Anreizsystem könnten sein, in Förderprogramme aufzunehmen, dass die kommunikative Seite zum Tätigkeitsfeld von Wissenschaftler\_innen gehört und Wissenschaftskommunikation in die Forschungsförderung integriert wird. Dieser Ansatz finde sich auch im „Grundsatzpapier zur Wissenschaftskommunikation“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), indem die Förderung von Forschungsprojekten mit Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit gekoppelt wird.

## Stärkung der Wissenschaftskommunikation — Maßnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung 2019

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) betont in seinem Grundsatzpapier eine **besondere Verantwortung der Wissenschaft**: „Sie sucht nach evidenzbasierten Antworten und entwickelt Lösungen für die drängenden Fragen unserer Zeit. Ihre Aufgabe ist es jedoch auch, zunehmend den Dialog zu suchen, Debatten zu versachlichen und über Herausforderungen und Chancen wissenschaftlicher Entwicklungen aufzuklären.“ Wissenschaftler\_innen sollten sich stärker in den öffentlichen Diskurs über ihre Forschungsarbeit einbringen, allgemeinverständlich kommunizieren und Zusammenhänge einordnen.

Wissenschaftskommunikation sollte die **Gesellschaft in ihrer Breite** erreichen und dabei nicht nur Ergebnisse vermitteln, sondern auch die **Prozesse und Methoden** von wissenschaftlicher Arbeit transparent machen und die Komplexität und Vorläufigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen thematisieren. Primäre Akteure der Wissenschaftskommunikation sollten die Wissenschaftler\_innen sein, die einen wichtigen Beitrag dazu leisten könnten, das Vertrauen der Gesellschaft in Wissenschaft zu stärken.

Folgende Maßnahmen sollen umgesetzt werden:

- Einrichtung der **Denkwerkstatt #FactoryWisskomm**, in der die Leitungsebenen der Allianzorganisationen und Akteure aus Politik, Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus Strategien für die Wissenschaftskommunikation entwickeln sollen (Ziele u.a.: mehr Anerkennung und Reputation im Wissenschaftssystem für Kommunikationsleistungen, Förderung von Kommunikations- und Medienkompetenzen und Stärkung des vielfältigen, unabhängigen und kritischen Wissenschaftsjournalismus),
- Ausbau der **Wissenschaftskommunikation als integraler Bestandteil der BMBF-Förderung**, insbesondere in Forschungsbereichen mit hoher gesellschaftlicher Relevanz (Anreize für Forschende und Forschungseinrichtungen),
- Ausbau der **Evaluation und Wirkungsmessung von Formaten der Wissenschaftskommunikation** (u.a. Förderung einer Online-Plattform mit standardisierten Evaluationstools und regelmäßige externe Evaluation eigener und geförderter Maßnahmen),
- Stärkung des **Forschungsfelds Wissenschaftskommunikation** (u.a. Einrichtung von Förderrichtlinien, Austausch zur Sicherung von Qualitätsstandards),
- Förderung von **neuen und innovativen Dialog- und Beteiligungsformaten** (u.a. im Rahmen der Initiative Wissenschaftsjahre),
- **Beteiligungsprozess von Bürger\_innen bei der Hightech-Strategie**, um diese in einen Dialog zur Zukunft von Forschung und Innovation einzubeziehen,
- **Förderung der Bürgerforschung (Citizen Science)**, um eine Auseinandersetzung der Bürger\_innen mit den Themen und Forschungsfragen der Wissenschaft sowie mit der wissenschaftlichen Arbeitsweise anzuregen,
- **Unterstützung von Begegnungsräumen** zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Bürger\_innen, um über Chancen und He-

rausforderungen wissenschaftlicher Entwicklungen zu diskutieren und Ideen zur Zukunftsgestaltung zu entwickeln.

Eine „**wissenschaftsmündige Gesellschaft**“ setzt nach Auffassung des BMBF ein Grundverständnis von wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnisprozessen sowie eine Fähigkeit zum kritischen Denken voraus. Alle Teile der Gesellschaft sollten angesprochen werden, insbesondere Kinder und Jugendliche. Wissenschaftskommunikation müsse in Zukunft stärker entlang der **gesamten Bildungskette** gedacht werden – von der Kita bis zur Hochschule und darüber hinaus.

*Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation, Berlin, November 2019, <https://www.bmbf.de/de/wissenschaftskommunikation-216.html> (18.5.2020).*

## Wird verantwortungsvolle Wissenschaft durch Ökonomisierung unter Druck gesetzt?

**Definition von Ökonomisierung.** Der Begriff Ökonomisierung wird in der öffentlichen Debatte vielfältig verwendet; meist für die Tatsache, dass bestimmte Logiken und Ordnungsprinzipien des Marktes auf andere Bereiche übertragen werden, unter anderem auch auf Wissenschaft und Bildung. Prof. Dr. Klaus Semlinger, Professor für Volkswirtschaftslehre und ehemaliger Präsident der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, findet es problematisch, wenn ökonomische Logik einfach mit Marktlogik gleichgesetzt wird. „Ökonomische Logik heißt zunächst nur ökonomisch-rationales Verhalten“, sagte Semlinger. Damit sei gemeint, mit knappen Ressourcen ökonomisch-rational umzugehen, um einen Nutzen zu erzielen bzw. zu maximieren. Dazu gehöre auch das Streben nach Effizienz und eine Priorisierung des Ressourceneinsatzes.

Semlinger betonte, dass es im wissenschaftlichen Arbeitsprozess primär um die Gewinnung von Erkenntnissen geht, die zumindest vorläufig als richtig und wahr anerkannt werden und damit die Basis weiterer wissenschaftlicher Arbeit bilden. Zugleich könnten diese Erkenntnisse auch für Wirtschaft und Gesellschaft von Nutzen sein – was jedoch nicht mit (unmittelbarer) Verwertbarkeit gleichgesetzt werden sollte. In einer kapitalistischen Marktwirtschaft würden knappe Ressourcen und alternative Nutzen durch Bepreisung bewertet, d.h. konkret durch Marktpreise. Da-

mit sei die Gefahr verbunden, sich bei der Bewertung letztlich auf monetären Gewinn zu fokussieren. Übertragen auf das Wissenschaftssystem würde dies bedeuten, dass Wissenschaft auf einen monetären, wenn nicht sogar privaten Gewinn zielen müsse. Daher komme der verbreitete Unwille, wenn von einer Ökonomisierung der Wissenschaft gesprochen werde. Die skizzierte Argumentationskette markiere tatsächlich eine schiefe Ebene, auf die man sich begeben, wenn man sich auf ökonomisches Denken einlasse – aber man müsse ihr nicht zwangsläufig bis ins letzte Glied folgen. So könnte man durchaus andere Bewertungsmaßstäbe als Marktpreise heranziehen, was zwar nicht ganz einfach, aber möglich sei.

*„Ökonomisch-rationales Handeln zielt auf einen verantwortlichen, d.h. sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen.“*

Semlinger betonte, dass ökonomisches Handeln an sich erst einmal nichts Schlechtes ist. Auch wenn damit in der Debatte meist negative Konnotationen verbunden seien: Ökonomisch-rationales Handeln zielt auf einen verantwortlichen, d.h. sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen, um einen möglichst großen Nutzen zu erreichen – und dieser Nutzen könne dann zunächst auch erst einmal wissenschaftsimmanent sein. Bereits dadurch entziehe sich der Nutzen wissenschaftlicher Erkenntnis zu großen Teilen einer Bewertung durch Marktpreise.

**Drei primäre Nutzen der Wissenschaft.** Semlinger nannte drei primäre Nutzen:

- erstens eine Wissensproduktion, um die Denkmöglichkeiten der Menschen zu maximieren,
- zweitens eine Wissensproduktion, um die Handlungsmöglichkeiten, d.h. ihre Anpassungsfähigkeit, oder besser: Gestaltungsfähigkeit der Menschen hinsichtlich des technischen, ökonomischen und ökologischen Wandels zu erweitern,
- drittens eine Wissensproduktion, die hilft, die Vielfalt der Gesellschaft in ihrer Fruchtbarkeit zu erkennen, um gesellschaftlichen Fortschritt in einem demokratischen Gemeinwesen zu befördern.

Der Nutzen der Wissenschaft liege also vornehmlich darin, Potenziale zu schaffen, deren Nutzen sich zumeist erst in der Zukunft erweist, was insbesondere für den Nutzen

*„Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt hat einen Eigenwert.“*

des erzeugten Wissens als wesentliche Ressource des Wissenschaftsprozesses gilt. „Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt hat einen Eigenwert, der sich kaum angemessen bepreisen lässt“, sagte Semlinger. Doch könne sich Wissenschaft nicht darauf beschränken, denn sie werde von der Gesellschaft alimentiert, woraus sich Ansprüche der Gesellschaft an Wissenschaft ableiten: „Es sind legitime Erwartungen, dass sich die Wissenschaft in gesellschaftlich relevante Fragestellungen einbringt.“

*„Es sind legitime Erwartungen, dass sich die Wissenschaft in gesellschaftlich relevante Fragestellungen einbringt.“*

Mit ihrer Zukunftsgerichtetheit brauche Wissenschaft aber auch Abstand zur gegenwärtigen Realität und zu tagesaktuellen Anforderungen. Deshalb dürfe sie nicht darauf beschränkt werden, aktuelle politische, gesellschaftliche oder ökonomische Herausforderungen zu bearbeiten. Hier gelte es, die richtige Balance zu finden und zu wahren.

**Ökonomisierung im Hochschulbereich.** Wie weit ist nun aber im Wissenschaftsbereich die Entwicklung der Ökonomisierung in Richtung Marktlogik fortgeschritten? Semlinger betrachtete drei Bereiche des Hochschulsystems genauer:

- Finanzierung der Hochschulen (steigende Drittmittelabhängigkeit),
- ökonomische Steuerung von Hochschulprozessen (Forschungsförderung und leistungsbezogene Mittelzuweisung),
- Ziele der Lehre und der Hochschulbildung (Fokussierung auf „Employability“).

**Hochschulfinanzierung und Drittmittel.** In der Finanzierung der Hochschulen werde die wachsende Drittmittelabhängigkeit oft als negativer Ausdruck von Ökonomisierung gesehen: 2018 lag der Drittmittelanteil in staatlichen Hochschulen bei rund 23 Prozent (ohne Medizinbereich), 2002 waren es erst 15 Prozent. Im Fokus der Diskussion stünden dabei immer die privaten Drittmittel, deren Anteil aber gar nicht so relevant sei: Der Anteil der gewerblichen Wirtschaft an den Drittmitteln der staatlichen Hochschulen (ohne Medizin) habe 2018 zwar bei 15 Prozent gelegen, der Budgetanteil damit aber nur bei 3,5 Prozent. Viel wichtiger ist nach Semlinger der gewachsene Teil befristeter und kontingenter Programmmittel der öffentlichen Hand: Dazu gehörten die Drittmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit 35 Prozent Drittmittelanteil und 8 Prozent Budgetanteil und die Drittmittel des Bundes über die Fachprogramme mit 29 Prozent Drittmittel- und fast 7 Prozent Budgetanteil sowie weitere öffentliche Programmmittel (wie z.B. des Hoch-

schulpakts und der Exzellenzinitiative), die statistisch nicht als Drittmittel erfasst werden.<sup>19</sup>

Eine Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie aus dem Jahr 2018 komme zu dem Ergebnis, dass nur noch rund 50 Prozent der Finanzierung der deutschen Hochschulen aus nicht programm- und projektgebundenen Mitteln erfolgt, die an Zielvorgaben bzw. Kennzahlen gebunden und/oder zeitlich befristet sind – im Jahr 1995 waren es noch 77 Prozent.<sup>20</sup> „Die Hochschulen waren damals sehr viel stärker grundfinanziert und damit auch wissenschaftlich freier und autonomer als heute“, meinte Semlinger. Deshalb wäre es sehr wichtig, die Grundfinanzierung der Hochschulen dauerhaft wieder auf mindestens 75 Prozent anzuheben.

**Ökonomische Steuerung von Hochschulprozessen.** Die ökonomische Steuerung von Hochschulprozessen erläuterte Semlinger anhand der Forschungsförderung und der leistungsbezogenen Mittelzuweisung. Forschungsfördermittel würden meist im Wettbewerbsverfahren vergeben, d.h. es sei immer ein Konkurrenzgedanke dabei, der „das Geschäft“ beleben und zur Leistung anstacheln soll. Das sei nichts grundsätzlich Verwerfliches, doch dürfe diese Tendenz nicht überhandnehmen, um dysfunktionale Effekte im Wissenschaftssystem zu vermeiden. Semlinger betrachtete drei zentrale Bereiche der Forschungsförderung näher.

Die DFG-Forschungsförderung sei in einem hohen Maß wissenschaftsgesteuert und erkenntnisorientiert, doch basiere sie immer auf einer Begutachtung durch Expert\_innen. Das könne leicht zu einer Pfadabhängigkeit der Forschung führen, da Wissenschaftler\_innen die Mittel nicht allein für eine vielversprechende Forschungsidee bekommen, sondern stets auch eine erfolgreiche Forschungsvergangenheit im einschlägigen Bereich nachweisen müssen. Einen anderen Weg verfolge hier die VolkswagenStiftung mit ihrem Förderprogramm „Experiment! – Auf der Suche nach gewagten Forschungsideen“.<sup>21</sup> Hier entscheidet nach einer qualitativen Vorauswahl anonymisierter Konzeptskizzen eine Wissenschafts-

---

19 Alle Zahlen aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.5 – Finanzen der Hochschulen 2018 und 2002, eigene Berechnungen.

20 Dieter Dohmen/Lena Wrobel: Entwicklung der Finanzierung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen seit 1995, Endbericht einer Studie für Deutscher Hochschulverband, Berlin: März 2018, S. 117.

21 Das Förderangebot richtet sich an Forschende aus den Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften, die eine radikal neue und riskante Forschungsidee austesten möchten. Sie erhalten die Möglichkeit, während einer auf 120.000 Euro und 18 Monate begrenzten explorativen Phase erste

jury über die Hälfte der Bewilligungen, die andere Hälfte wird per Los gezogen. Bei der Zwischenevaluierung habe sich gezeigt, so Semlinger, dass die Ergebnisse der Forschungsprojekte mit den verlostten Mitteln nicht schlechter als die der gezielt ausgewählten Projekte waren.

Der zweite wichtige Bereich der Forschungsförderung seien die Fördermittel des Bundes, die im Rahmen der Fachprogramme meist für die Bearbeitung gezielter Aufgabenstellungen vergeben werden. Hier bestehe häufig eine explizite Verwertbarkeitserwartung und der Förderantrag müsse deshalb in der Regel einen entsprechenden Verwertungsplan enthalten. Viele Programme zielten dementsprechend mehr auf konkrete Innovationen als auf wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn. Dies ist nach Ansicht von Semlinger kein Problem, solange es ausreichend Hochschulbudgetmittel gibt, bei denen autonom entschieden werden kann, mit welchen Themen sich die Wissenschaftler\_innen einer Hochschule befassen, was aber eine solide Grundfinanzierung voraussetzt. Auf dieser Basis könnten befristete Fördermittel aus spezifischen Fachprogrammen dann durchaus gezielt zusätzliche Forschungsimpulse setzen.

Bei den Fördermitteln der gewerblichen Wirtschaft schließlich sieht Semlinger die Gefahr der mangelnden Unabhängigkeit der Forschung. Im Rahmen von Kooperationen mit Fachhochschulen und Universitäten seien die Unternehmen z.B. sehr daran interessiert, dass Abschlussarbeiten bzw. Promotionen möglichst firmennah geschrieben werden. Die Verwertungsorientierung sei hier noch stärker als bei den Förderprogrammen des Bundes, weil es um die Interessen von Einzelunternehmen geht. In diesem Bereich bestehe eine Grauzone zwischen wissenschaftlicher Forschung und betrieblich-gewerblicher Forschung, was sich oft am Veröffentlichungsrecht zeige. Bei dieser expliziten Verwertungsfor- schung seien bei Kooperationen klare Regelungen und Standards guter Praxis unverzichtbar.<sup>22</sup>

---

Anhaltspunkte für die Tragfähigkeit ihres Konzeptes zu gewinnen. Gegen Ende der Förderung wird die Entwicklung der Projekte bei einem von der Stiftung veranstalteten „Forum Experiment!“ betrachtet. Vgl. <https://www.volkswagenstiftung.de/unsere-foerderung/unsere-foerderungangebot-im-ueberblick/experiment> (10.5.2020).

22 Zentrale Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft haben dazu Standards guter Praxis bei Promotionen in Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen formuliert. Vgl. Gemeinsame Position von BDA, BDI, HRK und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zu Promotionen in Kooperation zwischen promotionsberechtigten Hochschulen und Unternehmen (Promotion mit externem Arbeitsvertrag), <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/gemeinsame-position-von-bda-bdi-hrk-und-stifterverband-fuer-die-deutsche-wissenschaft-maerz-2018/> (20.5.2020).

Angeichts der bisher vorherrschenden Forschungsförderpraxis wäre es nach Semlinger sehr wichtig, mehr Raum für themenoffene Innovationsforschung zu schaffen. Wissenschaft könne einen Beitrag zur Innovation leisten, die in der Praxis Anwendung findet. Doch sollten nicht nur Themen bearbeitet werden, die sich Politik oder Wirtschaft aus einer akuten Problemorientierung heraus gerade wünschen. Vielmehr sollte Wissenschaft die Freiräume haben, aus ihrer ureigenen Erkenntnisorientierung heraus Lösungen auch für noch nicht virulente Probleme zu finden.

*Es wäre sehr wichtig, mehr Raum für themenoffene Innovationsforschung zu schaffen.*

Ein weiterer wichtiger Bereich der ökonomischen Steuerung von Hochschulprozessen ist laut Semlinger die leistungsbezogene Mittelvergabe an Hochschulen. Diese greife in die Grundfinanzierung hinein, sei nicht mehr frei von Effizienzüberlegungen und Nutzenerwartungen und bediene sich dabei zumeist quantitativer Kennziffern. Dabei seien auch nicht mehr allein Soll-Größen entscheidend, sondern Ist-Größen, indem z.B. der Output an der Menge der Publikationen, der Drittmittel oder der Zahl der Studienanfänger\_innen bzw. Absolvent\_innen gemessen wird. Eine Verfehlung der Ziele führe dann zu Mittelkürzungen. An den Hochschulen werde zu Recht darüber diskutiert, ob hier die Quantität nicht die Qualität verdränge.

**Finanzierung der Zusatzaufgaben an Hochschulen.** Semlinger erläuterte, dass den Hochschulen in den letzten Jahren eine Vielzahl zusätzlicher Aufgaben – zusätzlich zu Forschung und Lehre – übertragen worden seien (z.B. für Existenzgründungsförderung, Third Mission, Career Service oder Wissenschaftskommunikation). Entsprechende Initiativen seien aber zumeist nur mit einer befristeten Projektförderung angestoßen worden. Solche zusätzlichen Anschubmittel seien hilfreich, doch müssten die Hochschulen bei vielen dieser Programme nachweisen, dass sie beim Auslaufen der Förderung die Finanzierung verstetigen können, was viele Hochschulen aber nicht leisten könnten. Da diese Leistungen bzw. „Produkte“ nicht marktförmig angeboten werden können bzw. angeboten werden sollen, könnten sie auch nicht marktförmig finanziert werden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben müssten deshalb die erforderlichen Ressourcen langfristig zur Verfügung stehen. Sonst bestehe die Gefahr, dass erfolgreiche Strukturen und Projekte nicht mehr weitergeführt werden können, wenn die Förderung ausläuft. „Dauerhafte Zusatzaufgaben bedürfen einer dauerhaften Zusatzfinanzierung“, sagte

*„Dauerhafte Zusatzaufgaben bedürfen einer dauerhaften Zusatzfinanzierung.“*

Semlinger, der sich eine Beweisumkehr wünscht: Künftig sollten nicht mehr die Hochschulen darlegen müssen, wie sie nach auslaufender (Anstoß-)Förderung die erforderlichen Mittel bereitstellen können, sondern der politische Geldgeber sollte erklären müssen, wie er die nachhaltige Anschlussfinanzierung sicherstellen wird.

**Lehre und Bildungsziele.** Semlinger erinnerte daran, dass im Bologna-System „Employability“ der Studierenden angestrebt werden soll, d.h.

*Das berufsbezogene Ziel eines Studiums sollte in einer umfassenden Erwerbsbefähigung liegen.*

in der Ausbildung die Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und Vermittlungsfähigkeit der Studierenden zu erreichen ist. Hier befinde man sich eindeutig auf der schiefen Ebene der Ökonomisierung. In Deutschland werde diese Anforderung unter der Überschrift „Berufsbefähigung“ diskutiert, doch müsse ein akademisches Studium an einer Hochschule grundsätzlich etwas anderes sein als eine Berufsausbildung, auch wenn viele Studierende mit einem Studium eine Verbesserung ihrer späteren Berufschancen anstreben. Nach Semlinger sollte das berufsbezogene Ziel eines Hochschulstudiums deshalb in einer umfassenden „Erwerbsbefähigung“ der Studierenden liegen, damit sie nach ihrem Abschluss in verschiedenen Berufswelten tätig sein können. Das bedeute, ihnen Fachkenntnisse und breit anwendbare akademische Fähigkeiten zu vermitteln, aber auch ihr gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein zu stärken und ihre Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen, wozu dann auch eine unternehmerische Haltung – aber nicht allein im ökonomischen Sinne – zählen sollte. Ein Hochschulstudium sollte Employability nicht in den Mittelpunkt stellen und schon gar nicht darauf beschränkt werden. Der hergebrachte Bildungsauftrag der Hochschulen sei also alles andere als obsolet.

Wie könnte ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen des Wissenschaftssystems aussehen?

**Martin Grund**, Doktorand am Max-Planck-Institut für Kognitions- und Neurowissenschaften und Vorsitzender des Wissenschaftsforums Mitteldeutschland der Sozialdemokratie, vertrat die Auffassung, dass der Nutzen der Wissenschaft für die Gesellschaft aktuell nicht maximiert werde.

**Keine Fokussierung auf Forschung und Publizieren.** Eines der primären Ziele, nach dem Wissenschaft gegenwärtig optimiert werde, sei die Pro-

duktion und das Publizieren von wissenschaftlichen Artikeln („Papers“) in Fachzeitschriften – und hier vor allem die Veröffentlichung positiver Ergebnisse. Diese Tendenz folge einer gewissen Aufmerksamkeitsökonomie, aber nicht dem größtmöglichen gesellschaftlichen Nutzen. Dies zeige sich auch daran, dass die in High Impact-Journals (z.B. Nature, Science) veröffentlichten Beiträge eine besonders hohe Retraction Rate aufweisen, d.h. dass sie von den Autor\_innen aufgrund von Mängeln zurückgezogen werden.<sup>23</sup>

Auch werde die Wissenschaft für den internationalen Wettbewerb optimiert, basierend auf der einseitigen Überlegung, dass man hier nur mit Investitionen in Forschung gewinnen könnte, weil Forschung Innovation produziert. Infolgedessen würden immer mehr Mittel in die Forschung und immer weniger Mittel in die Lehre investiert, so Grund: Für einen Studienplatz seien im Jahr 2015 nur noch 76 Prozent der Mittel im Vergleich zum Jahr 1996 eingesetzt worden,<sup>24</sup> was auch weniger Lehrpersonal für die Studierenden bedeute.

**Vernachlässigung der Lehre.** Auch bei dem wachsenden Drittmittelanteil sieht Grund große Probleme: Zum einen würden Drittmittel in der Regel nicht der Lehre zugute kommen, zum anderen habe diese Entwicklung zu einem massiven Anstieg des befristeten Personals an Hochschulen geführt. Damit verbunden seien unsichere Karrierewege, die für Wissenschaftler\_innen eine hohe psychische Belastung darstellen und neben den negativen Auswirkungen auf das Individuum<sup>25</sup> auch beträchtliche gesellschaftliche Folgekosten produzieren. Das befristete Personal habe auch weniger Lehrdeputat, was die Lehre an Hochschulen erneut schwäche. Durch die fehlende Kontinuität und den mangelnden Wissenstransfer unter (befristet) Lehrenden sinke zudem die Lehrqualität. „Die Hochschulen haben sich personell immer mehr zum ‚Durchlauferhitzer‘ des Wissenschaftssystems entwickelt“, meinte Grund.

23 Einige Gründe, die zum Zurückziehen wissenschaftlicher Artikel führen können, sind z.B. gefälschte Daten, Fehler, Plagiate, methodische Mängel, Autorenstreitigkeiten oder die Tatsache, dass die Studie nicht erfolgreich repliziert (durch Wiederholung nachgeprüft) werden kann. Vgl. Stefan Schmitt: Rettet die Wissenschaft!, Die Zeit, 27. Dezember 2013, <https://www.zeit.de/2014/01/wissenschaft-forschung-rettung> (15.5.2020).

24 Vgl. Isabel Schön und Jan Cloppenburg: Zusammenfassung der „Untersuchung der Auswirkungen des Hochschulpakts“ vom Institut für Innovation und Technik (finanziert vom BMBF), Jan-Martin Wiardas Blog, 19. September 2018, <https://www.jmwiarda.de/2018/09/19/genau-zuschneiden-wei%C3%9Ft-gr%C3%B6%C3%9Fer-machen-frau-karliczek/> (20.8.2020).

25 Vgl. Addressing the Mental Health Crisis among Doctoral Researchers, Part I, PLOS Student Blog, 25.7.2018, <https://ecrcommunity.plos.org/2018/07/25/addressing-the-mental-health-crisis-among-doctoral-researchers-part-i/> (23.8.2020).

**Mehr unbefristete Stellen.** Der Versuch, Wissenschaft ökonomischer zu gestalten – im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Ressourcen – sei gescheitert, weil nicht Ökonomisierung, sondern Neoliberalisierung umgesetzt worden sei. Dahinter stehe die Idee, dass durch Liberalisierung ökonomischer gehandelt werde, was aber offenbar nicht der Fall sei. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG)<sup>26</sup> habe letztlich die rechtliche Absicherung für ein Befristungsunwesen an Hochschulen geschaffen, das den Nutzen der Wissenschaft nicht positiv, sondern negativ befördert: Von den über 200.000 wissenschaftlichen Beschäftigten an Hochschulen seien nur 27 Prozent unbefristet beschäftigt, davon die Hälfte (13 Prozent) Professor\_innen. Darüber hinaus habe sich ein Teilzeitunwesen herausgebildet, wie die Daten des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs zeigten: Nur 62 Prozent der Wissenschaftler\_innen unter 45 Jahren sind in Vollzeit beschäftigt, wobei schon eine Zweidrittelstelle als Vollzeitstelle gezählt wird. Daran zeige sich, so Grund, dass im Wissenschaftssystem sehr viel unbezahlte Arbeit geleistet werde.

Dieser Umgang mit Wissenschaftler\_innen sei das Gegenteil eines ökonomischen, d.h. verantwortungsvollen Umgangs mit der wichtigen Ressource „kluge Köpfe“, die „maximal verheizt“ werden. Eine wichtige Ursache sieht Grund darin, dass es quasi „keinen Preis“ für diese Köpfe gibt. Wie beim CO<sub>2</sub>-Preis sollte auch die menschliche Ressource „bepreist“ werden, damit auch ihre Verschwendung transparent wird.

*Das Hochschulsystem ist viel zu wenig inklusiv.*

**Vielfalt des Personals.** Auch die Potenziale der gesellschaftlichen Vielfalt würden beim Hochschulpersonal nicht genutzt: Ein Beispiel sei, dass sich mit jeder Karrierestufe der Frauenanteil erheblich reduziere. „Das Hochschulsystem ist viel zu wenig inklusiv und bietet vorrangig einer bestimmten Personengruppe die Möglichkeit, diesen Weg zu gehen und erfolgreich zu sein“, sagte Grund. Um den Nutzen einer vielfältigen Gesellschaft für die Wissenschaft zu optimieren, wären Quoten sinnvoll, etwa beim Frauenanteil, aber auch hinsichtlich sozialer Mobilität, sodass mehr Personen mit ostdeutscher Geschichte oder Arbeiterkinder eine realistische Karriereperspektive an Hochschulen haben. Bei der Juniorprofessur sei der Frauenanteil zwar gestiegen, doch liege hier der Anteil von Arbeiterkindern fast bei Null.

26

Vgl. Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft, <https://www.gesetze-im-internet.de/wisszeitvg/BJNR050610007.html> (10.2.2020).

**Gute Beschäftigungsbedingungen.** Nach Auffassung von Grund sind die Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft gegenwärtig weder ökonomisch (im Sinne eines rationalen Umgangs mit Ressourcen), noch seien sie verantwortlich. Dazu gehöre, dass es für studentische Hilfskräfte keine Tarifverträge gibt (nur in Berlin) und viele Doktorand\_innen und Postdocs in außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht auf Tarifvertragsbasis beschäftigt werden, sondern meist über Stipendien. Hinzu komme, dass trotz Teilzeitbezahlung oft die Erwartung einer 100-prozentigen Arbeitsleistung bestehe. Damit werde eine absurde Marktlogik reproduziert, die alles andere als ökonomisches Handeln sei. Hier muss der Staat nach Grund's Auffassung mehr Verantwortung für die Beschäftigten in der Wissenschaft übernehmen.

Ziel sollte ein verantwortungsvoller und ökonomischer Umgang mit den Ressourcen des Wissenschaftssystems sein. Dabei könnte

*Ziel sollte ein verantwortungsvoller und ökonomischer Umgang mit Ressourcen sein.*

eine „Preisadjustierung“ helfen (z.B. 100-prozentige Bezahlung für 100-prozentige Arbeit<sup>27</sup> sowie eine Tarifbindung, indem Köpfe einem Preis zugeordnet werden), aber auch eine stimmige Personalentwicklung. Es wäre sinnvoll, Tenure-Track als Regel nach der Promotion vorzusehen und nicht durch unsichere Karrierewege Existenzängste bei den Wissenschaftler\_innen hervorzurufen.

**Demokratisierung durch mehr Mitbestimmung.** Wichtig wäre nach Grund auch, das Wissenschaftssystem durch mehr Mitbestimmung zu demokratisieren. So wurde z.B. an der Universität Jena ein Promovierendenrat eingerichtet, der von den Promovierenden gewählt wird und in alle Gremien Personen entsendet. Solche Mitbestimmungsmöglichkeiten für Doktorand\_innen sollten auch an anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen geschaffen werden.

27

Vgl. Martin Grund/Marcel Knöchelmann/Martin Mann/Jule Specht: 100 Prozent Bezahlung für 100 Prozent Leistung, Jan-Martin Wiarda's Blog, <https://www.jmwiarda.de/2019/10/21/100-prozent-bezahlung-f%C3%BCr-100-prozent-leistung/> (20.8.2020).

## Welche Verantwortung haben Hochschulen als Orte politischer Debatten?

Prof. Dr. Oliver Günther, Präsident der Universität Potsdam und Professor für Wirtschaftsinformatik, verwies auf die große Bedeutung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik. Als Orte politischer Auseinandersetzung hätten die Hochschulen einen zunehmend schwierigen Weg zu beschreiten: Einerseits müssten sie eine politische Debatte auf dem Campus ermöglichen, andererseits den Tendenzen zur Popularisierung entschieden entgegentreten – als Wissenschaftler\_innen und als Bürger\_innen.

**Politik als Teil des Campuslebens.** In den letzten vierzig Jahren habe es in der Bundesrepublik Deutschland gewisse Wellenbewegungen gegeben, was das Ausmaß der Politik auf den Hochschulcampi betrifft. Nun habe eine Phase begonnen, in der Politik an den Hochschulen wieder stärker präsent ist. Dies sei auch gut, da an den Hochschulen eine gesellschaftliche Grundierung und der Dialog mit der Politik sehr wichtig sei. Die Welt der Politik unterscheide sich allerdings stark von der Welt der Wissenschaft – im Hinblick auf ihre Ziele, Ansprüche und Methodik. Im gesellschaftlichen Kontext stelle sich deshalb die Frage, wie der sachgerechte Dialog zwischen Politik und Wissenschaft aktiv gestaltet werden kann, um das demokratische Zusammenleben zu befördern.

Als Hochschulleiter befinde er sich in einer operativen Rolle, die ihm bei diesem Thema auch schwierige Entscheidungen abverlange. Günther verdeutlichte die Problematik am Beispiel des Neujahrsempfangs der Universität Potsdam, zu dem seit vielen Jahren traditionell alle Landtagsabgeordneten eingeladen werden. Günther ist davon überzeugt, dass Hochschulleiter\_innen in solchen Fällen keine Auswahl politischer Parteien betreiben sollten: Entweder er lade alle Abgeordneten des Landtags ein oder keine. Die Studierenden hätten jedes Mal protestiert, wenn zu diesem Anlass auch AfD-Abgeordnete eingeladen wurden, die 2014 in den Landtag gewählt worden waren. Inzwischen würden die AfD-Abgeordneten aufgrund der Proteste auch nicht mehr am Empfang teilnehmen.

*„Welche Art von Streitkultur wollen wir auf unseren Universitäts-Campi haben?“*

Die geschilderte Problematik berührt nach Günther eine grundlegende Frage, über die deutschlandweit eine Debatte geführt werden sollte: „Welche Art von Streitkultur wollen wir auf unseren Universitäts-Campi haben?“

**Grenzen des politischen Diskurses auf dem Campus.** Hochschulleitungen sollten die politische Debatte auf dem Hochschulcampus unterstützen, sich aber davor hüten, die Links-Rechts-Thematik einseitig zu beleuchten – unabhängig von persönlichen politischen Sympathien. Doch müssten natürlich auch Grenzen gezogen werden. Zum einen sollten keine reinen Parteiveranstaltungen auf dem Campus stattfinden. An der Universität Potsdam können z.B. Parteien keine Räume für Veranstaltungen anmieten. Anders lag der Fall, als eine Hochschulgruppe eine\_n Spitzenpolitiker\_in zur Diskussion eines hochschulpolitischen Themas einladen wollte. Hier sei die Zustimmung erteilt worden, da der Hochschulbezug gegeben war. Zum anderen sollte nach Günthers Auffassung auch dort eine Grenze gezogen werden, wo Verfassungsfeindlichkeit festgestellt wurde – und nicht nur vermutet wird. Das betreffe z.B. auch die AfD, in der es zwar einzelne verfassungsfeindliche Personen gebe, aber die Kennzeichnung der gesamten Partei als verfassungsfeindlich einer richterlichen Prüfung wohl derzeit nicht standhalten würde.

*„Es sollte von Fall zu Fall entschieden werden, wer auf dem Campus Rederecht hat.“*

Letztlich sei es eine Gratwanderung und Einzelfallentscheidung: „Die Gratwanderung muss aktiv gestaltet werden und es sollte von Fall zu Fall entschieden werden, wer auf dem Campus Rederecht hat“, sagte Günther. Auch sollte zwischen Wissenschaftsfreiheit und Redefreiheit unterschieden werden. Redefreiheit müsse auf dem Campus für jede Person gelten, die nicht verfassungsfeindlich ist. Die Formulierung von Rosa Luxemburg „Die Freiheit ist die Freiheit der Andersdenkenden“ sollte hier die Leitlinie des toleranten Umgangs miteinander sein – auch wenn die Umsetzung manchmal schwerfalle. Es sei wichtig, in dieser Frage über die eigenen politischen Präferenzen hinauszudenken.

## Welche politische Rolle haben Hochschulen?

In ihrem Impuls betonte Ann-Kathrin Zierau, Jurastudentin und ehemaliger Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen, die wichtige Rolle der Politik an Hochschulen. Es müsse darüber diskutiert werden, wie die politische Rolle der Hochschulen in Zukunft aussehen soll und welche Verantwortung Hochschulleitungen und die Hochschulvertretungen dabei haben.

**Politische Bildungsarbeit.** Eine zentrale Maxime der Juso-Hochschulgruppen sei es, politische Bildungsarbeit in die Hochschulen zu tragen. Der Studierendenverband vertritt mehr als 80 aktive Hochschulgruppen bundesweit, die in den örtlichen Studierendenvertretungen mitarbeiten oder die Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung vertreten. Gegenwärtig seien an den Hochschulen Bestrebungen wahrzunehmen, Hochschulen zu „unpolitischen Einrichtungen“ zu erklären. Gegen diese Entwicklung stelle man sich konsequent.

**Politische Konflikte an Hochschulen.** Die Problematik zeige sich auch an verschiedenen politischen Konflikten an Hochschulen in den letzten Jahren. Dazu gehörten die Auseinandersetzungen um den Jura-Professor Thomas Rauscher, Direktor des Instituts für ausländisches und europäisches Privat- und Verfahrensrecht an der Universität Leipzig. Rauscher hatte sich 2016/2017 auf seinem (inzwischen gelöschten) privaten Twitteraccount mehrfach rassistisch geäußert. Einen Neonazi-Aufmarsch in Warschau hatte er z.B. mit den Worten kommentiert: „Polen: ‚Ein weißes Europa brüderlicher Nationen‘. Für mich ist das ein wunderbares Ziel!“<sup>28</sup> Zierau berichtete, dass mehrere hundert Studierende daraufhin protestiert und seine Entlassung gefordert hatten. Auch wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen und Professor\_innen der Fakultät hätten sich von Rauscher distanziert und für Sanktionen ausgesprochen. Die Hochschulleitung habe sich zwar eindeutig positioniert und die rassistischen Tweets verurteilt, doch sei sie nicht handlungsfähig gewesen, weil Rauschers private Aussagen vom Grundrecht der Meinungsfreiheit gedeckt waren.<sup>29</sup>

**Geeignete Rahmenbedingungen.** Ein wichtiger Punkt ist nach Zierau, für die politische Debatte geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen: Studierende könnten sich nur dann politisch engagieren, wenn das Studium flexibel gestaltet werden kann und Freiräume bestehen. Zum einen sei genügend Zeit notwendig, zum anderen müsse auch eine Infrastruktur für die Aktivitäten der Hochschulgruppen zur Verfügung gestellt werden. Aktuell würden immer wieder Raumanträge nicht genehmigt, sodass keine Treffen, politische Debatten oder Veranstaltungen stattfinden können, was oft mit Sperrfristen vor Wahlkämpfen zusammenhänge. Dies sei für das politische Engagement der Hochschulgruppen problematisch. In Bezug auf den Wahlkampf müsse man sich vergegenwärti-

---

28 Zit. n. Doreen Reinhard: Dozent daneben. Zeit Campus, 3.12.2017, <https://www.zeit.de/2017/49/leipziger-jura-professor-twitter-rassismus-protest> (1.5.2020).

gen, dass überparteilich nicht neutral bedeute: Hochschulgruppen, vor allem die parteinahen, würden zu einer politischen Willensbildung beitragen. Deshalb sollten Hochschulen nicht als isolierter Raum betrachtet werden, wo keine Politik stattfinden darf, sondern Hochschulleitungen sollten auch Veranstaltungen mit Parlamentarier\_innen zulassen.

Eine zentrale Forderung der Juso-Hochschulgruppen lautet, politische Veranstaltungen immer dann zu ermöglichen, solange ihre Inhalte nicht rassistisch, sexistisch oder menschenfeindlich sind. Dadurch wären Veranstaltungen unter AfD-Beteiligung per se ausgeschlossen.

**Bekennnis zum demokratischen Diskurs.** Auch müssten Hochschulleitungen und die Lehrenden dazu beitragen, dass sich die politische Debatte entfalten kann. Generell sollten sich die Hochschulen zu einem demokratischen Diskurs auf dem Campus bekennen, weil eine strikte Trennung von Wissenschaft und Politik nicht existiere. „Wissenschaft hat die Aufgabe, Diskurse in der Gesellschaft anzustoßen und aktiv mitzugestalten“, sagte Zierau.

Wichtig sei zudem, kritisches Hinterfragen in der Lehre zu stärken und Lehrinhalte abseits des

*„Wissenschaft hat die Aufgabe, Diskurse in der Gesellschaft anzustoßen und aktiv mitzugestalten.“*

Mainstreams im jeweiligen Fach zu ermöglichen. Aktuell zeige sich das Problem, dass Hochschullehrer\_innen, die sich politisch positionieren, sich angreifbar machen. Sie gefährdeten damit ihre Finanzierung der Forschung, die häufig über Drittmittel erfolge. Auch aus diesem Grund sei es notwendig, die Grundfinanzierung der Hochschulen nachhaltig zu stärken.

Darüber hinaus fordern die Juso-Hochschulgruppen eine flächendeckende Einrichtung bzw. Stärkung der verfassten Studierendenschaft und das allgemeinpolitische Mandat der Studierendenschaften zu stärken.

# DISKUSSION: GEMEINSAME VERANTWORTUNG VON WISSENSCHAFT, POLITIK UND GESELLSCHAFT

## Wissenschaft und Politik im Dialog

**Einfluss der Wissenschaft auf politische Entscheidungen.** In der Diskussion zu Ende der Konferenz wurde kritisch angemerkt, dass die Wissenschaftsgemeinschaft zu wenig Einfluss auf die Politik habe. Der Lobbyismus anderer Bereiche wie bspw. der Autoindustrie sei oft sehr viel effektiver. Ein gutes Beispiel dafür sei die Klimaschutzpolitik. Viele Wissenschaftler\_innen hätten sich mit der Fridays for Future-Bewegung und ihren Forderungen solidarisiert und sehr genau aufgezeigt, was getan werden muss, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Das deutsche Klimaschutzgesetz entspreche diesen Forderungen aber nur zum Teil. Deutlich werde: Auch wenn Politiker\_innen immer wieder die große Bedeutung der Wissenschaft betonen, zeige sich in der Praxis, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse im Zuge des politischen Prozesses offenbar verhandelbar seien und nicht ausreichend ernstgenommen werden.

Prof. Dr. Oliver Günther, Präsident der Universität Potsdam, ordnete diese Auffassung ein: Wissenschaftler\_innen hätten durchaus beträchtlichen Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung. Doch müsse man sich bewusst machen, dass Wissenschaft die Politik zwar beraten kann, es aber nicht Aufgabe der Politik ist, einfach nur die Empfehlungen der Wissenschaft umzusetzen.

„Die Politik trifft ihre eigenen Entscheidungen“, sagte Günther. Auch wenn die weit überwiegende Mehrheit der Klimawissenschaftler\_innen der Meinung sei, dass eine möglichst hohe Bepreisung von CO<sub>2</sub> dem Klimawandel schneller entgegenwirkt, müssten Politiker\_innen eine solche wissenschaftliche Einsicht nicht 1 zu 1 umsetzen, weil andere Prioritäten und Aspekte in politische Entscheidungen hineinspielen. Die Politik habe meist auch gute Erklärungen dafür, warum sie anders entscheidet als die Wissenschaft empfiehlt. Die Wissenschaftler\_innen

sollten sich nicht frustriert zurückziehen, wenn ihre Empfehlungen im politischen Prozess nicht zur Gänze umgesetzt werden, sondern sie müssten der Politik immer wieder vermitteln, welche politischen Entscheidungen – und aus welchen Gründen – für die Gesellschaft vorteilhaft wären.

*Der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft ist von großer Bedeutung.*

„Auch deshalb ist der Dialog zwischen Politik und Wissenschaft von großer Bedeutung“, sagte Günter.

### **Unterschiedliche Ziele und Logiken von Wissenschaft und Politik.**

Am Beispiel CO<sub>2</sub> zeigen sich aus Günthers Sicht sehr gut die unterschiedlichen Rollen von Wissenschaft und Politik. Aber auch bei anderen Themen, wie z.B. dem Kohleausstieg und dem Strukturwandel in der Lausitz, könnten die Politiker\_innen nicht einfach die wissenschaftlichen Erkenntnisse umsetzen. In den politischen Entscheidungsprozess müsste hier z.B. auch einbezogen werden, dass sich die sozialen Spannungen im Transformationsprozess verschärfen und die Rechtspopulist\_innen noch mehr Wählerstimmen erhalten könnten. „Bei politischen Entscheidungen ist der Abwägungsprozess zwischen verschiedenen Aspekten unvermeidlich“, sagte Günther. Auch wenn die wissenschaftlichen Erkenntnisse bekannt sind und ernst genommen werden, seien immer auch mögliche soziale, ökonomische und politische Entwicklungen zu berücksichtigen und als Argumente einzubeziehen. Politiker\_innen seien demokratisch gewählt und legiti-

*Bei politischen Entscheidungen ist der Abwägungsprozess zwischen verschiedenen Aspekten unvermeidlich.*

miert, politische Entscheidungen zu treffen, Wissenschaftler\_innen nicht. Im konkreten Fall könnten wissenschaftliche Erkenntnisse auch hintangestellt werden, um eine Ausweitung des Rechtspopulismus zu verhindern.

Verschiedene Diskussionsteilnehmer\_innen betonten, dass Politik und Wissenschaft durch unterschiedliche Ziele und Logiken gekennzeichnet sind. Die Politik sei gut beraten, auf die Wissenschaft zu hören, doch müsse sie in politischen Entscheidungsprozessen unterschiedliche Interessen sowie die Folgen der jeweiligen Entscheidungen einfließen lassen. Wenn Wissenschaft die alleinige Grundlage für politische Entscheidungen wäre, wäre das Resultat eine Technokratenregierung, die nur noch 1 zu 1 in Verwaltungshandeln umsetzt, was die Wissenschaft fordert. Eine solche Szientokratie wäre weder sinnvoll noch hätte sie eine politische Legitimation im demokratischen Rechtsstaat.

Ein Diskussionsteilnehmer meinte, dass die Erkenntnisse der Wissenschaft zwar nicht 1 zu 1 übernommen werden sollten. Doch sollte der Wissenschaft in politischen Entscheidungsprozessen mehr Gewicht gegeben werden. Wenn wissenschaftlichen Erkenntnissen deshalb nicht gefolgt werde, um den Rechtspopulismus nicht zu stärken, gebe man sich auf ein sehr schwieriges Spielfeld. Letztlich würde man damit dem Rechtspopulismus noch mehr Kraft geben, weil er auch die Mission verfolgt, die Wissenschaft zu diskreditieren. Damit hätten die Rechtspopulist\_innen indirekt ihr Ziel erreicht. Viel besser wäre es, die Bevölkerung von den Schritten zu überzeugen, die aus wissenschaftlicher Sicht notwendig sind.

**Verschiedene Positionen in der Wissenschaft.** In diesem Zusammenhang wurde kritisch angemerkt, dass immer von „der“ Wissenschaft gesprochen werde, deren Empfehlungen man folgen solle. Es gebe aber nicht *die* Wissenschaft, sondern unterschiedliche Positionen in der Wissenschaft. So könnten sich z.B. auch in Bezug auf den Klimawandel die Empfehlungen von Wissenschaftler\_innen stark unterscheiden – sowohl innerhalb von Disziplinen als auch zwischen den Disziplinen. Die Wissenschaft sei nicht immer so kohärent, dass die Politik einfach nur einer Linie folgen müsste. Bei den Entscheidungsgründen für das Klimaschutzpaket hätten die Bundestagsabgeordneten z.B. auch mitbedacht, wie sich Entscheidungen auf den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft auswirken. Es sei doch wichtig zu fragen, wie eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung für die einzelnen Bürger\_innen bzw. Bevölkerungsgruppen in ihrer jeweiligen Lebenssituation umgesetzt werden kann. Menschen in Großstädten mit genügend Finanzmitteln könnten einen hohen CO<sub>2</sub>-Preis viel leichter stemmen als Geringverdienende, die in einem kleinen Dorf mit schlechtem ÖPNV wohnen.

*Es gibt nicht die Wissenschaft.*

Außerdem würden Sozialwissenschaftler\_innen die Frage der CO<sub>2</sub>-Steuer oft anders bewerten als Klimaforscher\_innen. Man müsse sich immer bewusst machen, dass es verschiedene Empfehlungen aus der Wissenschaft gibt und die Politiker\_innen im Entscheidungsprozess unterschiedliche Dimensionen berücksichtigen müssen, z.B. auch Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatzsicherheit oder europäische Einheitlichkeit. In einer Demokratie müsse dieses Vorgehen akzeptiert werden. Auch die einzelnen Wissenschaftler\_innen sollten sich immer im Klaren darüber sein, dass sie nie für die gesamte Wissenschaft sprechen – genausowenig wie Politiker\_innen für die gesamte Politik. Notwendig wäre hier mehr Selbstreflexion innerhalb der Wissenschaft bzw. ein in-

*Es sollte möglichst ein holistischer und disziplinübergreifender Blick eingenommen werden.*

tensiver wissenschaftsinterner Diskurs. Es sollte möglichst ein holistischer und disziplinübergreifender Blick eingenommen werden.

## Wissenschaft und Politik in der Corona-Krise

In demokratischen Wissensgesellschaften bildet **Expert\_innenwissen** eine elementare Grundlage für informierte politische Entscheidungen. In den letzten Jahrzehnten hat evidenzbasiertes Wissen in der Politik zunehmend an Bedeutung gewonnen, da gesellschaftliche Problemlagen immer komplexer werden und viele verschiedene Aspekte – auch in ihrer Wechselwirkung – in die politische Entscheidungsfindung einbezogen werden müssen.

In der Corona-Krise sind Regierungen wie selten zuvor auf wissenschaftliche Expertise angewiesen, da sie zu einem unbekanntem Phänomen Wissen erhalten müssen und die Bewertung der Lage unsicher ist. In Deutschland waren zu Beginn der Krise vor allem Sachverständige aus den Bereichen Virologie und Epidemiologie gefragt, die schon länger zu ähnlichen Problemen forschen. Sie informierten über mögliche Gefahren, Ansteckungswege des Virus und Chancen zur Eindämmung der Pandemie. Der **Austausch zwischen Politik und Wissenschaft** intensivierte sich.

Im Zuge der Lockerungen und der Bewältigung der Krise, die gravierende ökonomische und soziale Folgen nach sich zieht, brachten neben Mediziner\_innen auch immer mehr Wissenschaftler\_innen aus Ethik, Psychologie, Wirtschafts-, Rechts-, Sozial- oder Geschichtswissenschaften ihre Expertise in die Debatte und Politikberatung ein. In der Krisensituation wurde deutlich, dass große gesellschaftliche Herausforderungen nur im **interdisziplinären Zusammenwirken von Wissenschaftler\_innen** angemessen bearbeitet werden können. Bei globalen Problemlagen sind wirtschaftliche, politische, rechtliche, soziale und ethische Fragen so verwoben, dass eine fächerübergreifende Herangehensweise unerlässlich ist. Notwendig ist aber auch eine Verständigung der Forscher\_innen verschiedener Disziplinen über mögliche Lösungen. Die Politik braucht nicht nur einzelne Expert\_innenmeinungen, sondern auch **fachübergreifend entwickelte**

**Handlungsempfehlungen**, die als Orientierungswissen eine wichtige Grundlage demokratischer Entscheidungsfindung bilden.

Das Ziel einer unabhängigen, **interdisziplinären wissenschaftlichen Beratung** von Politik und Öffentlichkeit verfolgt auch die Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften. Hier bearbeiten Wissenschaftler\_innen aus unterschiedlichen Disziplinen gesellschaftliche Themen und erarbeiten gemeinsame Empfehlungen. Zwischen März und Juni 2020 hat die Leopoldina vier Stellungnahmen veröffentlicht, unter anderem zur Frage, wie die Corona-Krise nachhaltig überwunden werden kann. Dabei wurden die psychologischen, sozialen, rechtlichen, pädagogischen und wirtschaftlichen Aspekte der Pandemie ebenso beleuchtet wie mögliche Strategien zur schrittweisen Rückkehr in die gesellschaftliche Normalität. Auch die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in einer interdisziplinären Expert\_innenkommission zu den Folgen der Corona-Pandemie gearbeitet. Gemeinsam mit Expert\_innen aus Medizin, Psychologie, Bildungswissenschaften, Verwaltungen und Schulpraxis hat sie Empfehlungen zur Gestaltung des Schuljahrs 2020/21 entwickelt. Die Auswirkungen der flächendeckenden Schulschließungen im Frühjahr 2020 hatten und haben insbesondere auf das Bildungssystem, die Schüler\_innen und ihre Familien massive Auswirkungen.

Die Corona-Pandemie hat die **unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten** von Wissenschaft und Politik sehr deutlich gemacht: Wissenschaftler\_innen liefern die möglichen Grundlagen für politische Entscheidungen und beraten nach dem aktuellen Stand des Wissens. Die Politiker\_innen beziehen in Entscheidungsprozessen die wissenschaftliche Expertise aus verschiedenen Bereichen ein, treffen aber – als demokratisch legitimierte Akteure – die Entscheidungen und übernehmen dafür auch die Verantwortung. In der Corona-Krise konzentrieren sich die meisten Expert\_innen auf ihre Funktion als Wissenslieferant\_innen und kommunizieren diese Rolle auch offensiv. So kritisierte der Virologe Prof. Dr. Christian Drosten mehrmals das in den Medien gezeichnete „Bild des entscheidungstreffenden Wissenschaftlers“ und betonte, dass er als wissenschaftlicher Berater der Politik nur Empfehlungen gebe – und die **Entscheidungsmacht bei der Politik** liege.

Zu Beginn der Pandemie entschied sich die Regierung in Deutschland für eine Priorisierung des Gesundheitsschutzes durch Shutdown so-

wie weitgehende Kontakt- und Reisebeschränkungen. Die politischen Maßnahmen wurden mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zur wirksamen Eindämmung des Virus begründet und waren mit einer tiefgreifenden **Beschneidung von Grundrechten** verbunden, z.B. durch das (befristete) Verbot von Versammlungen und Demonstrationen. Manche Bürger\_innen machten die beratenden Virolog\_innen und Epidemiolog\_innen für die gravierenden Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft verantwortlich: Die Wissenschaftler\_innen hätten der Politik „falsche“ Empfehlungen gegeben oder würden eine politisch gewollte „Abschaffung der Demokratie“ legitimieren. Einige der in der Öffentlichkeit stehenden Wissenschaftler\_innen wurden angefeindet und persönlich bedroht. Diese Entwicklung ist mit Gefahren für die **freie Meinungsäußerung** und den offenen Diskurs in der Wissenschaft verbunden. Um so wichtiger erscheint es, die unterschiedlichen Rollen der wissenschaftlichen Erklärer\_innen und der politischen Entscheider\_innen immer wieder zu verdeutlichen.

Auch wenn in Deutschland in Teilen der Bevölkerung wissenschaftliche Ergebnisse zum Coronavirus in Frage gestellt oder sogenannte „alternative Expertisen“ angeboten werden, ist **kein prinzipieller Glaubwürdigkeitsverlust in die Wissenschaft** festzustellen. Nach einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage hat sich im Zuge der Coronakrise das Vertrauen der Bürger\_innen in die Wissenschaft sogar erhöht (siehe Seite 70, Wissenschaftsbarometer Corona Spezial). Das Bewusstsein für die Bedeutung der Wissenschaft ist gewachsen, zugleich sind aber auch die Erwartungen an die Wissenschaft gestiegen (z.B. schnelle Impfstoffentwicklung). In Europa sind jedoch auch andere Tendenzen feststellbar: Laut einer aktuellen europaweiten Studie (Krajev/Leonard) hat die Mehrheit der Bürger\_innen in den Mitgliedsländern kein Vertrauen in die Expert\_innen und ist unsicher, ob Wissenschaftler\_innen wirklich unabhängig arbeiten und sich nicht von politischen Interessen instrumentalisieren lassen.

Um einem Glaubwürdigkeitsverlust entgegenzuwirken, muss Wissenschaft sorgfältig und gründlich arbeiten und die eigenen **Qualitätsmaßstäbe guter wissenschaftlicher Praxis** einhalten. Dazu gehört die Unabhängigkeit von politischen und wirtschaftlichen Interessen, aber auch Ergebnisoffenheit und Objektivität. Nur dann kann Wissenschaft ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen.

Politiker\_innen müssen wiederum in der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür schaffen, dass sie bei ihren Entscheidungen auf wissenschaftliche Expertise angewiesen sind, dabei aber immer verschiedene Aspekte einbeziehen und diese gewichten müssen. Um die Glaubwürdigkeit der Politik zu stärken, muss zudem vermittelt werden, dass es für viele Probleme keine einfachen, eindeutigen oder schnellen Lösungen gibt. Ständiges Lernen und das Revidieren von Entscheidungen gehören nicht nur zum wissenschaftlichen Prozess, sondern auch zu den *Prinzipien einer demokratisch legitimierten Politik*.

Quellen: Interview mit Sabine Kropp: Corona-Krise: Wie wichtig ist Expertenwissen in der Politik? 29.5.2020, Bundeszentrale für politische Bildung, Themenseite Coronavirus, <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/310712/expertenwissen> (10.7.2020); Nationale Akademie der Wissenschaften – Leopoldina: Stellungnahmen der Akademie, <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/ad-hoc-stellungnahme-coronavirus-pandemie/> (20.7.2020); Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Schule in Zeiten der Pandemie. Empfehlungen für die Gestaltung des Schuljahres 2020/21. Stellungnahme der Expert\_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16262.pdf> (9.9.2020);

Beatrice Luggler: Wer kommuniziert denn da? 5. Mai 2020, <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/ad-hoc-stellungnahme-coronavirus-pandemie/> (10.6.2020); Katharine Rydlink: Virologen fürchten um Meinungsfreiheit in der Wissenschaft, Spiegel Online, 11.5.2020, <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/corona-virologen-fuerchten-um-meinungsfreiheit-in-der-wissenschaft-umfrage-a-775f272f-ba4f-4bd7-a8b3-140d2f795bd3> (20.7.2020). Ivan Krastev/Mark Leonard: Policy Brief über Europas Pandemiepolitik: Wie das Virus das Weltbild der Öffentlichkeit verändert hat, 24.6.2020, [https://www.ecfr.eu/publications/summary/europes\\_pandemic\\_politics\\_how\\_the\\_virus\\_has\\_changed\\_the\\_publics\\_worldview](https://www.ecfr.eu/publications/summary/europes_pandemic_politics_how_the_virus_has_changed_the_publics_worldview) (30.7.2020).

**Austausch von Wissenschaft und Politik.** In der Diskussion wurde zudem betont, dass mehr Instanzen der Reflexion und Zusammenarbeit wichtig wären, um eine kooperative Problembearbeitung von Wissenschaft und Politik voranzutreiben und zu verstetigen. Wissenschaftler\_innen und Politiker\_innen mit ihren verschiedenen Perspektiven und Präferenzen sollten Themen gemeinsam diskutieren und bearbeiten, da gesellschaftlich relevante Themen immer von beiden Systemen und auf längere Sicht beleuchtet werden müssen.

In diesem Zusammenhang wurde darauf aufmerksam gemacht, dass mit der Einrichtung der Enquete-Kommissionen bereits Gremien dieser Art im politischen Raum existieren: Diese von der Politik eingesetzten Arbeitsgruppen haben die Aufgabe, politisch und gesellschaftlich bedeutsame Sachfragen zu bearbeiten und dabei verschiedene Aspekte einzubeziehen und abzuwägen. Die Kommissionen, die sich jeweils zur Hälfte aus Politiker\_innen und externen Sachverständigen (meist Wis-

senschaftler\_innen, aber auch Vertreter\_innen von Interessengruppen) zusammensetzen, geben nach dem gemeinsamen Arbeitsprozess Empfehlungen an die Parlamente, die als Grundlage für eine politische Entscheidung dienen. Auch diese Empfehlungen würden von der Politik nicht 1 zu 1 umgesetzt, weil vielfältige Aspekte in die Entscheidungsfindung einbezogen werden müssen.

**Wissenschaftler\_innen in die Politik.** Ernst Dieter Rossmann, MdB und Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestags, fände es wichtig, dass mehr Wissenschaftler\_innen ein politisches Amt übernehmen, um der Logik der

*„Wissenschaft darf sich nicht vereinnahmen lassen, sich aber auch nicht distanzieren.“*

Wissenschaft in der Politik ein größeres Gewicht zu geben. Wissenschaft brauche einerseits Distanz und dürfe sich nicht mit einer Sache gemein machen, aber sie müsse auch genau hinschauen, sich für die Gesellschaft interessieren und sich äußern. „Wissenschaft darf sich nicht vereinnahmen lassen, sich aber auch nicht distanzieren“, sagte Rossmann. Dieser Grundkonsens sollte in Deutschland befördert werden. Zudem müsse zwischen der Wissenschaft als System und einzelnen Wissenschaftler\_innen unterschieden werden. Es sollte legitim sein und auch die Reputation erhöhen, wenn Wissenschaftler\_innen zu Volksvertreter\_innen werden, damit sie in der Politik die Qualität und Maßstäbe der Wissenschaft in der Spannung zu politischen Interessen und Werten direkt einbringen können.

Als großes Hindernis für die Übernahme von politischen Ämtern wurde angeführt, dass Wissenschaftler\_innen durch parteipolitisches Engagement ihre Unabhängigkeit gefährdet sehen könnten, z.B. weil die Ziele der Partei einzelnen wissenschaftlichen Ergebnissen widersprechen – und Wissenschaftler\_innen frei von politischen Vorgaben nach methodischen Regeln „wahrheitsorientiert“ arbeiten müssen. Wenn Wissenschaftler\_innen als Politiker\_innen agieren, könnte das mit dem eigenen Selbstverständnis und den wissenschaftlichen Prinzipien kollidieren – insbesondere weil Politik einer anderen Logik folgt als die Wissenschaft.

Als großes Hindernis für die Übernahme von politischen Ämtern wurde angeführt, dass Wissenschaftler\_innen durch parteipolitisches Engagement ihre Unabhängigkeit gefährdet sehen könnten, z.B. weil die Ziele der Partei einzelnen wissenschaftlichen Ergebnissen widersprechen – und Wissenschaftler\_innen frei von politischen Vorgaben nach methodischen Regeln „wahrheitsorientiert“ arbeiten müssen. Wenn Wissenschaftler\_innen als Politiker\_innen agieren, könnte das mit dem eigenen Selbstverständnis und den wissenschaftlichen Prinzipien kollidieren – insbesondere weil Politik einer anderen Logik folgt als die Wissenschaft.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass Wissenschaftler\_innen, die sich in die praktische Politik begeben, im gegenwärtigen Wissenschaftssystem schnell ihre Reputation verlieren können. Es bestehe die Gefahr, dass sie als einseitig wahrgenommen und aus der wissenschaftlichen Community ausgestoßen werden. Der Beruf Politiker\_in habe im Wissenschaftssystem ein geringes Ansehen. Zudem sei die Übernahme

eines politischen Amtes eine Lebensentscheidung von großer Tragweite, da die Rückkehr in die Wissenschaft kaum noch möglich sei. Statt selbst in die Politik zu gehen, sollten Wissenschaftler\_innen lieber das Gespräch mit der Politik suchen und beratend tätig sein. Dabei wäre es wichtig, dass Politik und Wissenschaft in einen wirklichen Dialog treten.

## Bedeutung der Wissenschaftskommunikation

**Akteure der Kommunikation?** In der Diskussion bestand Konsens, dass Wissenschaftskommunikation von großer Bedeutung ist, um die Beiträge der Wissenschaft für die Gesellschaft zu nutzen und das Vertrauen der Bürger\_innen in die Wissenschaft zu stärken. Kontrovers wurde diskutiert, ob Wissenschaftskommunikation eine originäre Aufgabe der Wissenschaftler\_innen ist oder andere Vermittlungs- und Kommunikationsakteure dafür zuständig sind.

Einigen Diskutant\_innen erschien es wenig sinnvoll, dass Wissenschaftler\_innen neben ihren vielfältigen Aufgaben noch Wissenschaftskommunikation übernehmen sollen. Wissenschaftler\_innen müssten auf hohem Niveau forschen und lehren, und jetzt sollten sie auch noch dazu verpflichtet werden, ihre meist komplexen Forschungsergebnisse verständlich zu kommunizieren. Hier kämen Wissenschaftler\_innen an ihre Grenzen – sowohl in Bezug auf ihre Kompetenzen, als auch im Hinblick auf die verfügbare Zeit. Für die Wissenschaftskommunikation gebe es zum einen die Abteilungen für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in den Hochschulen, zum anderen den Wissenschaftsjournalismus, vor allem der öffentlich-rechtlichen Medien. Wissenschaftsjournalist\_innen hätten bei der Wissenschaftskommunikation eine besonders wichtige Rolle, da sie Expert\_innen dafür seien, die erforderliche „Übersetzungsarbeit“ wissenschaftlicher Ergebnisse zu leisten und die unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft zielgenau zu erreichen.

**Wissenschaftler\_innen als Kommunikator\_innen.** Die Auffassung, dass vor allem Wissenschaftsjournalist\_innen die Kommunikation der wissenschaftlichen Ergebnisse übernehmen sollten, stieß in der Diskussion auf Skepsis. In der Regel müssten die Wissenschaftler\_innen ihre Forschungsergebnisse selbst kommunizieren. Es sei zwar manchmal sinnvoll, wenn der Fachjargon der Wissenschaft in journalistischen Beiträgen verständlich „übersetzt“ bzw. vermittelt werde, doch hätten Wissenschaft und Medien andere Aufgaben und Funktionen. Wissenschafts-

journalist\_innen müssten z.B. Ergebnisse vergleichen und einordnen, analysieren und kritisch bewerten.

Meistens hätten nur Wissenschaftler\_innen – aufgrund ihrer langjährigen Expertise – die erforderlichen Fähigkeiten, ein komplexes Thema „herunterzubrechen“ und dennoch den Kern der Sache zu treffen. Viele Wissenschaftler\_innen hätten auch die notwendigen kommunikativen Kompetenzen und lehnten zusätzliche Aufgaben vor allem aus Gründen der Überlastung ab. Deshalb sei es vor allem wichtig, dass Wissenschaftler\_innen für Kommunikationsaufgaben zeitliche Ressourcen erhalten bzw. von anderen Aufgaben entlastet werden. Nur dann könnten sie Beratungs- oder Vermittlungstätigkeiten in die Gesellschaft übernehmen.

„Wissenschaftskommunikation sollte selbstverständlicher Teil des Berufsbilds von Wissenschaftler\_innen sein“, meinte Rossmann. Für ihn ist es ein „Pflichtmerkmal“ der wissenschaftlichen Ausbildung und Tätigkeit, sich in der Wissenschaftskommunikation zu engagieren.

*„Wissenschaftskommunikation sollte selbstverständlicher Teil des Berufsbilds von Wissenschaftler\_innen sein.“*

## Wissenschaftskommunikation in der Corona-Krise

In der Corona-Krise wird Wissenschaftskommunikation **öffentlich sichtbar**: Virolog\_innen und Epidemiolog\_innen erklären in den Medien das Virus und die Pandemie, schätzen Gefahren ein und geben Empfehlungen. Wissenschaftler\_innen agieren verstärkt als **Wissenschaftskommunikator\_innen**. Manche von ihnen werden zu Medienstars, wie z.B. der Virus-Forscher Prof. Dr. Christian Drosten, Leiter der Virologie in der Berliner Charité. Mit seinem NDR-Podcast „Coronavirus-Update“ war er seit Ende Februar 2020 täglich auf Sendung und beantwortet im Gespräch mit einer Journalistin ausführlich Fragen zur aktuellen Situation, erläutert Zusammenhänge, bewertet neue Studien und wagt wissenschaftsbasierte Prognosen. Immer wieder verweist er auf die Unvollständigkeit des gegenwärtigen Wissens und räumt auch eigene Irrtümer ein. Drosten betreibt Wissenschaftskommunikation auf hohem Niveau und erreicht ein sehr großes Publikum: Die schriftlichen Manuskripte zur Sendung wurden bis Ende Juni

2020 ca. 55 Millionen mal abgerufen und der Podcast wurde mehrfach ausgezeichnet, u.a. mit dem Grimme Online Award.

Die Wissenschaftskommunikation in der Corona-Krise wird von vielen als positiv wahrgenommen, da Wissenschaftler\_innen allgemeinverständlich und transparent über Forschungserkenntnisse und den wissenschaftlichen Prozess informieren. Die Bürger\_innen können „live“ erleben, wie Wissenschaft funktioniert: Durch die Anwendung von strukturierten Methoden wird begründetes und geordnetes Wissen hervorgebracht, das kritisch überprüft – bestätigt oder korrigiert – werden kann. Auf dieser Basis werden evidenzbasierte Aussagen möglich, die zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt als **gesicherte Erkenntnisse** bzw. wissenschaftlicher Konsens gelten können (z.B. Die Erde ist eine Kugel, keine Scheibe). Wissenschaftler\_innen kommunizieren Forschungsergebnisse, suchen die Auseinandersetzung in der Sache und treiben den Erkenntnisfortschritt im Expert\_innenstreit voran. Zweifel und Fragen gehören ebenso dazu wie der Umgang mit unsicherem Wissen sowie das Modifizieren und Revidieren bisheriger Erkenntnisse. Wissenschaft ist **ein ständiger Prozess der Wissenserweiterung**.

In der Corona-Krise findet dieser Prozess auch vor den Augen der Öffentlichkeit statt. Dabei zeigen sich auch Miss- oder (bewusste) Falschverständnisse von Wissenschaft. So wird z.B. – insbesondere von „Corona-Skeptiker\_innen“ – häufig kritisiert, dass Wissenschaftler\_innen ihre Aussagen zurücknehmen oder verändern, obwohl das unerlässlich ist, wenn neue Erkenntnisse gewonnen werden. Zu Beginn der Pandemie sprach z.B. Drost von Covid-19 sei so ähnlich wie eine „milde Erkältung“ und das Robert-Koch-Institut erklärte, es sei unnötig, dass alle Bürger\_innen eine Atemschutzmaske tragen. Wenig später dann die Kehrtwende: Das Virus wurde als globale Gefahr gekennzeichnet und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in bestimmten Situationen zur Pflicht. Viele Medien empörten sich über Widersprüche innerhalb der Wissenschaft, auch Politiker\_innen beschwerten sich über Meinungsänderungen der Wissenschaftler\_innen.

Wissenschaft muss ihre Erkenntnisse jedoch auf der Basis des jeweiligen Wissensstandes entwickeln, der sich kontinuierlich ändern kann. Das bedeutet, dass Wissenschaft **keine endgültigen Wahrheiten und absoluten Gewissheiten** bietet. Vielmehr findet eine Annäherung an

die Wahrheit durch eine ständige Korrektur von Fehlern statt. Die vermeintliche Schwäche der Wissenschaft erweist sich tatsächlich als ihre Stärke: Das wissenschaftliche Weltbild ist jederzeit offen dafür, durch neue, bessere Einsichten korrigiert zu werden.

Gleichzeitig besteht in Zeiten großer Ungewissheit wie der Coronakrise in weiten Teilen der Bevölkerung ein großer Wunsch nach Orientierung und eindeutigen Antworten. **Verschwörungsideologien** können Menschen mobilisieren, da sie vermeintlich einfache Erklärungen und Lösungen bieten. Verschwörungsnarrative richten sich häufig gegen bestimmte (Gruppen von) Menschen, beinhalten ein autoritäres Heilsversprechen und suggerieren exklusive Aufklärung, ohne der Komplexität gesellschaftlicher Phänomene gerecht zu werden. Im Unterschied zur Wissenschaft schotten sich solche Ideologien gegen jegliche Gegenargumente ab und verweigern eine nachvollziehbare, methodische Überprüfung, da sie sich im Besitz der Wahrheit wähnen. Feindbilder sind „die“ Regierung, „die“ Medien oder „die“ Wissenschaft, denen häufig grundsätzlich die Legitimität abgesprochen wird.

Mit der Zunahme von Verschwörungsideologien oder „alternativen Fakten“, die während der Coronakrise unüberprüft auf verschiedenen Kommunikationswegen geteilt werden, ist die wissenschaftliche Expertise unter Druck geraten. Sie muss sich immer wieder aufs Neue bewähren und ihre Position stärken. Das bedeutet zuallererst, ihre Glaubwürdigkeit zu wahren, indem **wissenschaftliche Standards** strikt befolgt werden und die Art und Weise, wie wissenschaftliche Ergebnisse erarbeitet werden, transparent gemacht wird. Wissenschaftler\_innen haben die Verantwortung, ihre Erkenntnisse in einen größeren Kontext einzuordnen, die Bedingungen für die Gültigkeit ihrer Aussagen klar zu benennen und zu verdeutlichen, von welchem Standpunkt aus sie sprechen.

In Krisensituationen wie der Corona-Pandemie erweist sich Wissenschaftskommunikation als besonders wichtig, aber auch als besonders kompliziert, da **Wissenschaft und Medien anderen Logiken** folgen. Medien konzentrieren sich oftmals auf Personen, Story Telling, Konflikte und Skandale, um Aufmerksamkeit zu generieren, Produkte zu verkaufen oder sich im Quotenwettbewerb zu behaupten. Die Komplexität von wissenschaftlichen Ergebnissen geht dabei durch Vereinfachung, Verkürzung und Zuspitzung oftmals verloren.

Wissenschaft hat die Verantwortung, in einen Dialog mit der Gesellschaft zu treten, die **Wissenschaftsmündigkeit der Bevölkerung** zu befördern und den wissenschaftlichen Prozess für die Bürger\_innen zu öffnen (Open Science). Wissenschaftler\_innen müssen kontinuierlich, differenziert und verständlich aufklären – nicht nur über die Ergebnisse der Forschung, sondern auch über die wissenschaftliche Methode und die Bedeutung von Unsicherheiten im Erkenntnisprozess. Wichtig ist aber auch die Unterstützung der Wissenschaftler\_innen durch professionelle Wissenschaftskommunikator\_innen und **Wissenschaftsjournalist\_innen**, die über Kompetenzen verfügen, komplexe wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich und zielgruppengerecht aufzubereiten und zu verbreiten.

*Quellen: NDR: Das Coronavirus-Update mit Christian Drosten, <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcast4684.html> (10.7.2020); Sabine Behrenbeck: Vortrag auf der Fortbildung für DAAD-Lektor\_innen, 7.7.2020; Gudrun Sonnenberg: Gestatten, Wissenschaft. In: DUZ Magazin 04/2020, 24.04.2020, <https://www.duz.de/beitrag/!id/782/gestatten-wissenschaft> (15.7.2020); Stefanie Molthagen-Schnöring: Wissenschaftskommunikation – Impulse in Zeiten der Corona-Krise. E-Paper der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2020, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16765.pdf> (10.6.2020); Corona-Kommunikation: Viel Licht, viel Schatten, Joachim Reitzbach im Gespräch mit dem Medienpsychologen Tobias Rothmund, Wissenschaftskommunikation.de, 13.7.2020, <https://www.wissenschaftskommunikation.de/corona-kommunikation-viel-licht-viel-schatten-40303/> (18.7.2020); Viola van Melis: Rückkehr zu alten Mustern, 20.4.2020, [duz, https://www.duz.de/beitrag/!id/777/rueckkehr-zu-alten-mustern](https://www.duz.de/beitrag/!id/777/rueckkehr-zu-alten-mustern) (22.7.2020); Maximilian Probst/Ulrich Schnabel: Nichts ist in Stein gemeißelt. In: Die Zeit, 30. 7. 2020, S. 25.*

**Neue Rolle des Wissenschaftsjournalismus.** In diesem Zusammenhang wurde erläutert, dass im digitalen Zeitalter grundsätzlich alle Menschen zu Sender\_innen werden können und die klassischen Medien nicht länger als Gatekeeper für die Vermittlung bestimmter Inhalte fungieren. Die neue Rolle der Wissenschaftsjournalist\_innen könnte darin bestehen, Wissenschaftler\_innen im Hinblick auf Kommunikation so zu beraten, dass sie dazu befähigt werden, ihre Ergebnisse angemessen zu vermitteln. Dazu sollten mehr Allianzen zwischen Wissenschaftler\_innen und Wissenschaftsvermittler\_innen gebildet werden. Auch die Wissenschaftsinstitutionen sollten enger mit Medienschaffenden kooperieren und geeignete gemeinsame Formate entwickeln und umsetzen. Ziel sollte es sein, dass Kommunikations- und Medienexpert\_innen Hand in Hand mit Wissenschaftler\_innen zusammenarbeiten. Auf diese Weise könnte die Wissenschaftskommunikation professionalisiert und die Aufgabe der

*Notwendig ist ein neuer Schulter-schluss zwischen Medien und Wissenschaft.*

Vermittlung auf breite Schultern verteilt werden.<sup>29</sup> Notwendig sei ein neuer Schulterschluss zwischen Medien und Wissenschaft. Die Helmholtz-Gemeinschaft sei mit ihren Podcasts zu aktuellen Forschungsthemen ein sehr gutes Beispiel.<sup>30</sup>

**Veränderungen im Reputationssystem.** Um Wissenschaftskommunikation im Austausch mit der gesamten Gesellschaft zu stärken, seien auch Veränderungen im Reputationssystem der Wissenschaft notwendig. Gegenwärtig versprechen vor allem Publikationen in Fachzeitschriften oder Fachverlagen wissenschaftliche Reputation. Künftig sollten Publikationen in unterschiedlichen Formaten (auch Beiträge in Publikumszeitschriften) als Teil der wissenschaftlichen Tätigkeit Anerkennung bringen und auf Publikationslisten als Kommunikationsleistungen präsentiert werden. Grundsätzlich sollten kommunikative Tätigkeiten mit Prestige im Wissenschaftssystem einhergehen und bei Berufungsverfahren entsprechend berücksichtigt werden. Hierfür müsse allerdings ein funktionierendes Anreizsystem entwickelt werden, damit Wissenschaftler\_innen dafür belohnt werden, wenn sie einer größeren Öffentlichkeit Wissen vermitteln und Zusammenhänge darstellen. Wissenschaftler\_innen müssten sich aber auch stärker gegenüber der Gesellschaft und der Politik öffnen wollen, es brauche einen Kulturwandel an den Hochschulen.

*Es braucht einen Kulturwandel an den Hochschulen.*

Günther meinte, dass dennoch eine gewisse Arbeitsteilung und Gewichtung der Leistungen von Wissenschaftler\_innen erforderlich ist. In Berufungsverfahren sollten an Universitäten weiterhin Forschungsleistungen einen hohen Stellenwert haben, in Fachhochschulen Leistungen in der Lehre und im Transfer stärker berücksichtigt werden. Gute Wissenschaft brauche viel Zeit, Muße und Konzentration. „Forschung und Lehre bilden den Kern der wissenschaftlichen Tätigkeit“, sagte Günther. Weitere Leistungen in den Bereichen Transfer und Kommunikation sollten hinzukommen, aber weniger Gewicht haben.

---

29 Vgl. dazu auch die Artikelreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Wissenschaftskommunikation: Jan-Martin Wiarda: Corona – Gelegenheitsfenster für den Wissenschaftsjournalismus? Berlin 2020, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16781-20200403.pdf>; Ernst-Dieter Rossmann: Wissenschaftskommunikation nach der Krise – eine politische Einschätzung, Berlin 2020, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16781-20200403.pdf>; Stefanie Molthagen-Schnöring: Wissenschaftskommunikation – Impulse in Zeiten der Corona-Krise, <http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/16765.pdf> (1.8.2020).

30 Vgl. [https://www.helmholtz.de/aktuell/presse\\_und\\_medien/mediathek/audio/](https://www.helmholtz.de/aktuell/presse_und_medien/mediathek/audio/) (10.3.2020).

**Bedeutung der Sprache.** In der Diskussion wurde die Gefahr angesprochen, dass sich die Wissenschaft über die Sprache gegenüber der Gesellschaft abkapseln könnte, weil sie für die Mehrheit nicht verständlich ist und dadurch eine funktionierende Wissenschaftskommunikation mit der Bevölkerung verhindert. Jede Art des Sprechens über wissenschaftliche Ergebnisse und Beweggründe müsse auf der Alltagssprache aufbauen, was jedoch oftmals nicht der Fall sei. Besonders problematisch sei – so einige Konferenzteilnehmer\_innen – der wachsende Trend zur englischen Sprache. Wissenschaftler\_innen seien teilweise gezwungen, ihre Forschungsergebnisse auf Englisch zu veröffentlichen.

*Forschung und Lehre bilden den Kern der wissenschaftlichen Tätigkeit.*

Diesem Szenario wurde von verschiedenen Seiten widersprochen. Natürlich müsse Wissenschaft bei Kommunikationsaktivitäten die Landessprache sprechen, wenn sie die Bevölkerung erreichen möchte. Nur dann könne sie verstanden werden und ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen. Die englische Sprache sei jedoch als Wissenschaftssprache unverzichtbar, um den internationalen Austausch in der Forschung zu ermöglichen. Die Ausbildung bzw. Lehre an den Hochschulen finde nur in wenigen Fällen auf Englisch statt. Das Publizieren auf Englisch sei disziplinabhängig und nur in manchen Bereichen unerlässlich. Zudem würden viele Wissenschaftler\_innen internationale Mobilität und Zusammenarbeit als selbstverständlichen Bestandteil ihrer Arbeit sehen und sie könnten sehr gut Englisch sprechen. Auch die Wissenschaftskommunikation von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen finde in Deutschland fast ausschließlich auf Deutsch statt. Die größere Herausforderung bestehe darin, die richtige Sprache für die jeweilige Zielgruppe zu finden.

Auch sollte zwischen der Alltagssprache und der Sprache im Wissenschaftsdiskurs unterschieden werden. Wenn sich Wissenschaftler\_innen an eine größere Öffentlichkeit richten, müssten sie eine sprachliche „Übersetzungsleistung“ erbringen, um die Inhalte verständlich an Laien zu vermitteln, etwa in einer Tageszeitung mit größerer Reichweite. Wenn sich Wissenschaftler\_innen innerhalb ihres Faches bzw. innerhalb des Wissenschaftssystems austauschen, müssten sie dagegen den fachlichen Diskurs beherrschen.

Wenn Wissenschaftler\_innen ihre Ergebnisse in Alltagssprache kommunizieren, müsste diese Fähigkeit aber auch als Leistung anerkannt wer-

den. Derzeit würden Vermittlungsaktivitäten in verständlicher Sprache auf die Skepsis der Kolleg\_innen treffen und es stehe der Vorwurf im Raum, sie würden popularisieren bzw. simplifizieren. Im Wissenschaftssystem müsse erkannt werden, dass es einen eigenen Wert hat, wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich darzustellen.

Rebecca Winkels, Leiterin der Strategischen Kommunikation bei „Wissenschaft im Dialog“, betonte, dass es bei Wissenschaftskommunikation nicht nur um eine reine Übersetzungsleistung bei der Vermittlung von wissenschaftlichen Ergebnissen geht. Um das Vertrauen der Gesellschaft in Wissenschaft zu stärken, müsse die Übersetzungsleistung durch eine Erläuterung der Prozesse, Methoden und Prinzipien der Wissenschaft ergänzt werden.

Angesichts der Corona-Pandemie und der herausragenden Stellung von Wissenschaft und Forschung hat die Organisation Wissenschaft im Dialog eine zusätzliche Umfrage beauftragt, um die Einstellungen der Bevölkerung zur Wissenschaft in dieser Ausnahmezeit zu ermitteln.<sup>31</sup>

## Wissenschaftsbarometer Corona Spezial 2020 — Wesentliche Ergebnisse

In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage im April 2020 wurde die Haltung der deutschen Bevölkerung zu Wissenschaft und Forschung in Zeiten der Corona-Pandemie ermittelt.

### Vertrauen in Wissenschaft und Forschung:

Das generelle Vertrauen der Bürger\_innen in Wissenschaft und Forschung ist vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und zum Zeitpunkt der Befragung deutlich gestiegen. Fast drei Viertel der Befragten geben an, eher oder voll und ganz in Wissenschaft und Forschung zu vertrauen (in den vergangenen Jahren waren es rund die Hälfte der Be-

31 Datenbasis des Wissenschaftsbarometers Corona Spezial: 1.009 Telefoninterviews am 15./16. April 2020 von Kantar im Auftrag von Wissenschaft im Dialog; Grundgesamtheit: deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren. Das Wissenschaftsbarometer Corona Spezial ist ein Projekt von Wissenschaft im Dialog, gefördert und unterstützt durch die Robert Bosch Stiftung und die Fraunhofer-Gesellschaft. Vgl. <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/> (20.5.2020).

fragten). Großes Vertrauen hat die Bevölkerung in die Aussagen zu Corona von Ärzt\_innen und medizinischem Personal (79 Prozent der Befragten) und von Wissenschaftler\_innen (ca. 70 Prozent der Befragten).

### Wertschätzung wissenschaftlicher Expertise und Erwartungen an die Forschung:

Die Expertise von Forschenden ist den Befragten in der Corona-Krise sehr wichtig: 89 Prozent sind der Meinung, dass wissenschaftliches Wissen wichtig ist, um die Corona-Pandemie in Deutschland zu verlangsamen. 61 Prozent rechnen damit, dass es Forschenden in absehbarer Zeit gelingen wird, einen Impfstoff oder ein Medikament zu entwickeln. Ein gutes Drittel der Befragten ist der Meinung, dass das Coronavirus zu dem Zeitpunkt der Umfrage von Wissenschaft und Forschung noch gar nicht richtig verstanden wird.

### Wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Entscheidungen:

Politische Entscheidungen im Umgang mit Corona sollten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen: 81 Prozent der Befragten stimmen dieser Aussage eher oder voll und ganz zu. Ein gemischtes Stimmungsbild zeigt sich bei der Frage, ob Wissenschaftler\_innen sich in die Politik einmischen sollten: 39 Prozent sehen dies als Aufgabe der Wissenschaft, 26 Prozent sind unentschieden und 32 Prozent der Befragten sind nicht dieser Meinung.

### Wichtigste Informationsquelle:

Mehr als drei Viertel der Deutschen fühlen sich gut über Corona informiert. Die meisten Bürger\_innen beziehen ihre Informationen über neue Entwicklungen zu Corona aus Wissenschaft und Forschung über die klassischen Medien: Zwei Drittel der Bevölkerung nutzen dazu häufig oder sehr häufig das Fernsehen, fast die Hälfte der Befragten informiert sich häufig oder sehr häufig mittels Zeitungen und Magazinen, 43 Prozent über das Radio. Über Social Media informieren sich knapp 40 Prozent häufig oder sehr häufig, dies gilt besonders für jüngere Menschen.

Quelle: <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/> (20.5.2020)

**Stärkung der Bürgerwissenschaften.** Um die Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft hinein zu stärken, müssten nach Winkels an den Hochschulen auch mehr Anreize gesetzt werden, um Bürgerwissenschaften im Sinne einer stärkeren Einbindung von Bürger\_innen in den wissenschaftlichen Prozess zu befördern. Hier werden bereits niedrigschwellige Ansätze umgesetzt (z.B. Cloud Computing, Vögel zählen), doch sollten die Bürger\_innen noch direkter und nachhaltiger eingebunden werden: Sie sollten nicht nur beim Datensammeln und -auswerten partizipieren, sondern auch an der Formulierung von Forschungsfragen und der Durchführung von Forschungsprojekten beteiligt werden. Die BMBF-Förderrichtlinie zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Gesellschaft sei im Bereich Citizen Science ein guter Ansatz und sollte weiter ausgebaut werden.<sup>32</sup>

## Ökonomisches Handeln im Wissenschaftssystem

**Rationaler Umgang mit Ressourcen.** „‘Ökonomisierung‘ bedeutet, mit knappen Ressourcen rational, d.h. sparsam umzugehen“, sagte Semlinger. Es sei nichts Schlechtes, dieser ökonomischen Rationalität auch im Wissenschaftssystem zu folgen, indem die vorhandenen Ressourcen effizient eingesetzt werden. Problematisch sei nur, wenn eine einseitige Ausrichtung auf klar erkennbare Verwertungsmöglichkeiten dazu führt, dass die kapitalistische Marktlogik in bestimmten Bereichen überhandnimmt, z.B. durch eine steigende Abhängigkeit von privaten Drittmitteln, die Ausrichtung der Forschung an rein quantitativen Kennzahlen und unmittelbaren Verwertungsinteressen sowie die Verengung des Bildungsauftrags auf Employability. Hier müssten Haltepunkte definiert werden – Kritik verdiene nicht der Effizienzgedanke, sondern die la-

---

32 Die Förderrichtlinie zielt darauf, „einen selbstverständlichen und alltäglichen Kontakt zwischen Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürgern“ aufzubauen und dauerhafte Modelle von Citizen Science etablieren. Dadurch soll der Wissenstransfer und das gegenseitige Lernen zwischen Gesellschaft und Wissenschaft gestärkt werden. Gefördert werden vor allem neu initiierte Vorhaben und Kooperationen zwischen organisierter Zivilgesellschaft und wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Förderung ist themenoffen und richtet sich an eine Vielzahl wissenschaftlicher Disziplinen. Mit der Förderung soll die Umsetzung unterschiedlicher Arten von Beteiligungsprozessen unterstützt werden: Bürger\_innen können bei der Gewinnung und/oder Verarbeitung von Daten mitwirken, an der Entwicklung der Forschungsfrage und bei der Auswertung beteiligt werden oder sie konzipieren und führen gemeinsam mit Wissenschaftler\_innen einen Forschungsprozess durch. Das BMBF fördert die Bürger\_innenforschung mit knapp 9 Millionen Euro über 4 Jahre (voraussichtlicher Projektstart: 15. Januar 2021). Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: Richtlinie zur Förderung von bürgerwissenschaftlichen Vorhaben, Bundesanzeiger vom 17.10.2019, <https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-2668.html> (18.5.2020).

tente Verschiebung der Definitionshoheit von Nutzenerwartungen in Richtung ökonomischer Verwertbarkeit.

Ein Diskussionsteilnehmer war der Auffassung, dass Ökonomisierung im Wissenschaftssystem grundsätzlich keine Orientierung bieten könne. Wissenschaft sei „in ihrem eigenen Recht wichtig“, d.h. sie müsse nicht nachweisen, dass sie nützlich ist oder direkte Folgen für Wirtschaft oder Gesellschaft hat. Dieses Verständnis sei lange Zeit unumstritten gewesen, weshalb Wissenschaftsfreiheit auch in der Verfassung festgeschrieben worden sei. Wissenschaftspolitik sollte auf keinen Fall daran ausgerichtet werden, dass Wissenschaft einen Nutzen bringt oder gesellschaftlichen Transfer betreibt. Es sei vielmehr bedenklich, dass inzwischen immer mehr akzeptiert werde, dass Wissenschaft nur dann qualitativ gut ist, wenn sie außerwissenschaftlichen Nutzen bringt, z.B. mehr Arbeitsplätze schafft oder die wirtschaftliche Entwicklung befördert. Auch in den Förderprogrammen, wie z.B. dem European Innovation Council, gehe es immer mehr um Impact, Innovation und Transfer. Dagegen gerate die wichtige Grundlagenforschung zunehmend unter Rechtfertigungszwang, wenn sie in freien Räumen erkenntnisgeleitet forschen möchte. Diese Entwicklung sei mit großen Gefahren für die Wissenschaft verbunden und müsse problematisiert werden.

Semlinger widersprach dieser Auffassung. Es sei nicht richtig, dass die Wissenschaft einfach für sich selbst stehe und gegenüber der Gesellschaft keine Rechtfertigungspflichten habe. Pape habe in seinem Vortrag<sup>33</sup> die Verantwortung der Wissenschaft für die Gesellschaft sehr gut beschrieben. Die Verantwortung der Wissenschaft schließe durchaus Aspekte der gesellschaftlichen Relevanz oder Nützlichkeit ein, auch wenn ihr eigener Wertmaßstab Erkenntnisgewinn sei. Bei den Forschungsarten sei klar, dass sowohl Grundlagenforschung als auch anwendungsorientierte Forschung bzw. Innovationsforschung gebraucht werde. „Hochschulen müssen ihren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben liefern – auch weil hier eine legitime Erwartungshaltung der Gesellschaft an Wissenschaft besteht“, meinte Semlinger.

*„Hochschulen müssen ihren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Aufgaben liefern.“*

**Unabhängigkeit der Hochschulen.** Prof. Günther meinte, der Begriff der Ökonomisierung sei sehr strittig und vielschichtig. Aus seiner Sicht habe

---

33 Siehe Seite 7–19 in dieser Publikation

Semlinger mit „Ökonomisierung“ gutes Management beschrieben, was in seinen Augen aber nicht Ökonomisierung, sondern solides Haushalten mit öffentlichen Mitteln sei. Entscheidend ist für Günther, dass Hochschulen sich nicht privatökonomischen Interessen andienen und nicht von Drittmitteln privater Unternehmen abhängig sind. Zentral sei, dass Forschung und Lehre unabhängig bleiben. Die Erfolgskriterien an Hochschulen seien andere als in Industrieunternehmen, die möglichst viele Produkte verkaufen wollen. „Hochschulen müssen dem öffentlichen Interesse dienen, indem sie möglichst viele interessante Erkenntnisse generieren und eine sehr gute Ausbildung der Studierenden gewährleisten“, sagte Günther. Hochschulen müssten auch nicht kurzfristig gute Kennzahlen erreichen, sondern mittel- und langfristig über Forschung, Lehre und Transfer das Wohl der Gesellschaft befördern. Dennoch seien Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen wichtig, da dadurch Win-win-Situationen entstehen können, bei denen öffentliches Wohl und Wirtschaft gleichermaßen profitieren. Immer müsse bei dieser Zusammenarbeit jedoch dafür gesorgt werden, dass das öffentliche Interesse gewahrt bleibt. Aus Günthers Sicht hat die Wirtschaft in Deutschland

*„Hochschulen müssen dem öffentlichen Interesse dienen.“*

bisher keinen wesentlichen Einfluss darauf, was an den Hochschulen geforscht und gelehrt wird.

In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass der Begriff der „Ökonomisierung“ in der öffentlichen Debatte meist anders verwendet wird als von Semlinger. Mit dem Begriff werde in der Regel eine bestimmte Entwicklung im Verhältnis von Wissenschaft und Wirtschaft beschrieben, die zwei unterschiedliche gesellschaftliche Teilsysteme mit eigenen Logiken darstellen. Mit Ökonomisierung werde die verstärkte Einführung ökonomischer Prinzipien ins Wissenschaftssystem in den letzten beiden Jahrzehnten bezeichnet. Damit einher gehe die Befürchtung unerwünschter Effekte, wenn dem wissenschaftlichen System die Logik des ökonomischen Systems aufgedrückt wird. Deshalb werde auch immer wieder betont, dass die Freiheit von Forschung und Lehre gewahrt bleiben muss und die Ökonomisierung nicht zu Fehlentwicklungen führen darf. Das öffentliche Interesse und die Unabhängigkeit der Hochschulen müssten beim Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft bzw. Wirtschaft immer im Mittelpunkt stehen.

Semlinger betonte die große Bedeutung nachhaltiger und ausreichender öffentlicher Finanzierung: „Den Hochschulen müssen auskömmliche und verlässliche Grundmittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen können.“ Die

Finanzierung von Forschung und Lehre dürfe nicht von Drittmitteln abhängig gemacht werden, die sich an rein quantitativen Output-Kriterien und unmittelbaren Verwertungserwartungen orientieren. Drittmittel sollten nur dafür eingesetzt werden, im System zusätzliche Impulse zu setzen.

*„Den Hochschulen müssen auskömmliche und verlässliche Grundmittel zur Verfügung gestellt werden.“*

**Ressourceneinsatz in der Wissenschaft.** Auch Martin Grund fasst wie Semlinger ökonomisches Handeln als „verantwortungsvolles, sparsames Handeln“ auf, an dem sich auch das Wissenschaftssystem orientieren sollte. Allerdings sei festzustellen, dass die Ressourcen in der Wissenschaft gegenwärtig nicht ökonomisch eingesetzt werden. Ein wichtiger Nutzen der Wissenschaft sei z.B. die Wissensproduktion, doch werde in der Forschung oft nicht gesellschaftlich wichtiges Wissen produziert und veröffentlicht, sondern Wissen, das Reputation verspricht oder öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht. Zentrale Antriebskraft der wissenschaftlichen Tätigkeit sollte aber die Erschließung und Vermittlung neuen Wissens sein, das der Gesellschaft auch Nutzen bringt. Die Indikatoren im Wissenschaftssystem folgten gegenwärtig anderen Kriterien, sodass eine Weiterentwicklung der wissenschaftsimmanenten Bewertung dringend notwendig sei.

**Perspektiven von Wissenschaftler\_innen.** Ein anderer kontraproduktiver Effekt besteht nach Grund darin, dass im Wissenschaftssystem knappe Ressourcen – nämlich kluge Köpfe – nicht sinnvoll genutzt werden, vor allem durch ein Übermaß an befristeten Stellen und mangelnden Karriereperspektiven für Wissenschaftler\_innen. Wissenschaftlich hochqualifizierte Menschen wie Doktorand\_innen und Postdocs seien eine begrenzte Ressource und der Staat habe die Aufgabe, mit diesen Menschen verantwortungsvoll umzugehen.

Dem wurde entgegengehalten, dass Doktorand\_innen gerade keine knappe Ressource seien. Knapp seien vielmehr die unbefristeten Stellen an Hochschulen, da ihre Anzahl mit dem großen Anstieg an Doktorand\_innen und wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen in den letzten Jahren nicht mithalten konnte. Es sei weder möglich noch sinnvoll, dass alle Wissenschaftler\_innen nach der Promotion unbefristete Stellen im Wissenschaftssystem erhalten. Promovierte Wissenschaftler\_innen und Postdocs müssten nicht zwingend an einer Hochschule oder Forschungseinrichtung tätig sein, sondern seien in unterschiedlichen Tätigkeiten und Positionen für die Gesellschaft nützlich. Es wäre somit

wichtig, den Wissenschaftler\_innen verschiedene Perspektiven aufzuzeigen, wie sie ihr Wissen und ihre berufliche Qualifikation in der Gesellschaft einbringen können.

**Vielfältige Zieldimensionen für die Wissenschaft.** Als weiteres wichtiges Thema wurde angesprochen, wie und durch wen die Themenstellungen und Zieldimensionen an Hochschulen bestimmt werden: In welche Sektoren fließen die Fördermittel und wer entscheidet darüber? Wer legt die Themen fest, wenn Fördergelder durch die Politik vergeben werden? Werden die Themen, die im öffentlichen Raum artikuliert werden, ausreichend aufgegriffen?

In der Diskussion wurde deutlich, dass die Zieldimensionen der Wissenschaft eine Schlüsselfunktion für die gesellschaftliche Entwicklung haben. Diese sollten nicht nur von einzelnen Wissenschaftler\_innen oder der Politik festgelegt werden, sondern gemeinsam von Akteuren aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Wissenschaftliche Erkenntnis sei stark davon abhängig, welche Zieldimensionen vorher festgelegt werden, wer diese Dimension festlegt und wie viele Zieldimensionen in die Betrachtung einbezogen werden. Wenn nur eine Zieldimension betrachtet wird, könne es schnell zu einer Schieflage führen. So sei es z.B. bei komplexen wissenschaftlichen Themen wie der Klimafrage unverzichtbar, dass vielfältige Aspekte betrachtet werden – so z.B. die ökonomische Dimension einer Kosten-Nutzen-Analyse, Generationengerechtigkeit, soziale Aspekte und die langfristige Aufrechterhaltung der Natur. Eine Verantwortung der Wissenschaft liege auch darin, die verschiedenen Zieldimensionen zu reflektieren und gemeinsam zu betrachten.

## Politische Debatte und Demokratiebildung an Hochschulen

**Politische Debatte an Hochschulen?** In den letzten Monaten haben sich zu dieser Frage einige Rektor\_innen bzw. Präsident\_innen verschiedener Hochschulen in der öffentlichen Debatte zu Wort gemeldet, unter anderem Prof. Dr. Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg und Prof. Dr. Peter-André Alt, Vorsitzender der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und ehemaliger Präsident der Freien Universität Berlin.

Lenzen vertrat die Auffassung, dass sich Wissenschaft nicht an politischen Debatten beteiligen sollte. Zentrale Aufgabe der Wissenschaft sei

die Suche nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und die Bildung der nachwachsenden Generation, nicht jedoch die Produktion von Meinungen. Politik habe in der Wissenschaft nur Platz als Gegenstand der Forschung und der Lehre.<sup>34</sup> Auch Alt hatte betont, dass Wissenschaft nur durch die von ihr bearbeiteten Fragestellungen Bezug zu den gesellschaftlichen Fragen der Zeit haben sollte. „Wissenschaft benötigt Distanz zur Gesellschaft, um ihren gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen“, meinte Alt. Ihr Auftrag bestehe darin, wissenschaftliche Ergebnisse zu produzieren, über die dann in Politik und Gesellschaft debattiert werden kann. Die Wissenschaftler\_innen selbst sollten sich jedoch nicht an meinungsgestützten Diskursen und politischen Disputen beteiligen. An Hochschulen sollten politische Meinungsäußerungen immer in einen wissenschaftlichen Diskurs eingebettet sein, Auftritte von Politiker\_innen nur im Rahmen von Lehrveranstaltungen oder Forschungscolloquien stattfinden. Dieser Grundsatz Sorge für klare Verhältnisse, da er an Universitäten den Vorrang des Wissenschaftlichen vor Fragen der politischen Positionierung unterstreicht.<sup>35</sup>

Nach Ansicht von Günther haben Lenzen und Alt in dieser Frage etwas zu zurückhaltend argumentiert, was die Präsenz der politischen Debatte auf den Hochschulcampi angeht. Ihre Argumente zielten darauf ab, dass politische Themen an Hochschulen immer nur im wissenschaftlichen Kontext diskutiert werden sollten, d.h. in ein Seminar oder eine Vorlesung eingebettet sein müssen. Auch politisch strittige Fragen könnten demnach nur Teil des wissenschaftlichen Kommunikationsprozesses sein. Eine solch restriktive Auslegung würde es z.B. nicht ermöglichen, Podiumsdiskussionen auf dem Campus durchzuführen oder Politiker\_innen als Politiker\_innen (und nicht nur als Zeitzeug\_innen der Wissenschaft) einzuladen.

Diese Position greift aus Günthers Sicht zu kurz, weil auch der politische Diskurs außerhalb des engen wissenschaftlichen Kontextes Teil des Bildungsauftrags der Hochschulen sein sollte. Natürlich seien Wissenschaft und Politik durch unterschiedliche Paradigmen und Logiken gekennzeichnet, doch sei es nicht sachgerecht, nur in Distanz zur Po-

---

34 Dieter Lenzen: Sieben Thesen zur Freiheit der Wissenschaft. In: Tagesspiegel, 28.10.2019, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/wer-darf-an-der-uni-auftreten-sieben-thesen-zur-freiheit-der-wissenschaft/25163236.html> (10.3.2020).

35 Peter-André Alt: Wissenschaft benötigt Distanz zur Gesellschaft. In: Tagesspiegel, 13.11.2019, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/debatte-um-die-rolle-von-hochschulwissenschaft-benoetigt-distanz-zur-gesellschaft/25221942.html> (20.3.2020).

*„Der politische Dialog gehört zur Ausbildung der Studierenden.“*

litik zu bleiben: „Der politische Dialog gehört zur Ausbildung der Studierenden und hat auf dem Campus

seinen Platz“, sagte Günther.

**Politische Konflikte um Professor\_innen.** Diskutiert wurde auch die Frage, wie Hochschulleitungen auf Auseinandersetzungen um politische Aktivitäten von Professor\_innen reagieren sollten. In den letzten Jahren hatte es z.B. massive Konflikte um rassistische Äußerungen von Prof. Rauscher an der Universität Leipzig und die Lehrtätigkeit des AfD-Mitbegründers Prof. Lucke an der Universität Hamburg gegeben. Könnte es sinnvoll sein, dass Hochschulen ihren Umgang mit solchen Situationen einheitlich handhaben?

Günther verdeutlichte die Leitlinien für die Universität Potsdam: Auf dem Hochschulcampus könnten keine rein parteipolitischen Veranstaltungen stattfinden und die Hochschule stehe auch dann nicht zur Verfügung, wenn Verfassungsfeindlichkeit festgestellt wurde oder die menschliche Würde verletzt wird, z.B. durch rassistische oder sexistische Äußerungen. Aus seiner Sicht habe sich Prof. Rauscher in seinen Tweets klar verfassungsfeindlich geäußert. Auch wenn es sich um einen privaten Twitter-Account handelte, sei die Grenze dessen überschritten worden, was generell politisch geäußert werden könnte, meinte Günther. An der Universität Hamburg liege der Fall jedoch anders, da Prof. Lucke ein Makroökonom mit anerkannter wissenschaftlicher Qualifikation sei, der im Rahmen seines Lehrdeputats eine Standardvorlesung halten wollte. Luckes Rolle bei der AfD habe zu massiven Protesten der Studierenden geführt, die ihn an der Durchführung seiner Vorlesung gehindert haben. Eine solche Lehrveranstaltung müsse von der Hochschulleitung aber genehmigt werden, weil sie Teil des Lehrprogramms ist. Wäre er an der Universität Hamburg Hochschulleiter gewesen, hätte er aus pragmatischen Gründen die gleiche Standardvorlesung von einem anderen Dozenten zur gleichen Zeit anbieten lassen, sodass die Studierenden hätten wählen können, wo sie hingehen wollen. Es sei aber unsinnig, Lucke seine Lehrtätigkeit zu untersagen, weil er AfD-Mitbegründer war, und zudem aus pragmatischen Gründen schlecht, weil ein solches Verbot nur noch mehr Bürger\_innen in diese politische Richtung treiben könnte.

**Auseinandersetzung mit Andersdenkenden.** Auch im Dialog mit den Studierenden betone er immer wieder, dass andere Meinungen auf dem Campus ausgehalten werden müssen und bei Veranstaltungen nicht

nur Personen eingeladen werden können, deren Meinung man teilt. Im Gegenteil: Man müsse sich auch mit gegenteiligen Meinungen auseinandersetzen und die Menschen durch Argumente überzeugen. Oft treffe er bei Studierenden auf die Auffassung, man könne Personen mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Meinungen nicht überzeugen. Er halte dies aber für falsch. So sei z.B. Winfried Kretschmann in den 1970er Jahren der radikalen Linken zugeordnet worden, nun habe er seit vielen Jahren das Amt des Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg inne. „Menschen können sich wandeln und sind anderen Argumenten zugänglich“, sagte Günther. Auch auf den Campi müsse daran gearbeitet werden, Menschen mit Sympathien für rechtsextremes Denken in den Dialog einzubinden und sie davon zu überzeugen, dass ihr politischer Weg nicht der richtige ist.

*Menschen können sich wandeln  
und sind anderen Argumenten  
zugänglich.*

Nach Ansicht von Günther sollten Hochschulleitungen die Debatte und den Austausch mit politisch Andersdenkenden auf den Campi auch aktiv unterstützen, aber immer darauf achten, jenseits persönlicher politischer Sympathien zu agieren. Diese Haltung erläuterte er an einem Beispiel. Vor den Landtagswahlen in Brandenburg hatte die Universität Potsdam die Spitzenkandidat\_innen aller Parteien des Landtags zu einer Diskussion eingeladen, auch Vertreter\_innen der AfD. Die Präsenz dieser Partei an der Hochschule habe zu großen Protesten der Studierenden geführt, die die Äußerungen der AfD-Politiker\_innen niederbrüllten. Als Hochschulleiter habe er daraufhin entschieden, die Störer\_innen des Hauses zu verweisen, weil die Universität Potsdam hier die klare Linie verfolge, dass die Vertreter\_innen aller politischen Parteien zu Wort kommen können, solange nicht eindeutig Verfassungsfeindlichkeit festgestellt wurde oder rassistische, sexistische oder menschenfeindliche Inhalte geäußert werden. Freie Rede sollte für alle gewährleistet sein, solange sich die Äußerungen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen. Den Umgang mit dieser Frage sollte aber jede Hochschule für sich regeln können.

**Umgang mit der AfD.** Ein Diskussionsteilnehmer kritisierte die Abwehraltung gegenüber der AfD an vielen Hochschulen. Die AfD sei eine demokratisch gewählte Partei mit in einzelnen Ländern über 25 Prozent Wähler\_innen. Vertreter\_innen dieser Partei das Gespräch zu verweigern, sei undemokratisch und Ausdruck mangelnder Souveränität. Dadurch käme die AfD in eine Opferrolle und werde letztlich gestärkt. AfD-Anhänger\_innen seien auch an den Hochschulen zu finden und dürften

nicht negiert oder ausgeschlossen werden. Die Hochschulmitglieder müssten sich Diskussionen mit der AfD öffnen und die Ideen und Argumente dieser Partei überzeugend entkräften. Nur dann könnten AfD-Sympathisant\_innen wieder gesellschaftlich integriert werden. Eine demokratische politische Kultur sollte stark genug sein, allen politischen

*Ein wichtiges Ziel der  
Hochschulausbildung ist es,  
junge Menschen zu verantwortungsvollen Demokrat\_innen zu bilden.*

Meinungen Raum und Gehör zu geben und sich argumentativ auseinanderzusetzen. Die Hochschulen sollten es auch als ihren Auftrag verstehen, das Phänomen AfD zu erforschen und zu analysieren.

An dieser Stelle kam deutlicher Widerspruch: AfD-Politiker\_innen seien nicht einfach Personen mit einer „anderen Meinung“, mit denen man diskutieren könne, sondern zum Teil rechtsnationalistische und faschistische Kräfte, die nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik stünden.

**Grundordnung der Hochschule.** In der Diskussion wurde vorgeschlagen, über die Grundordnung der Hochschule zu regeln, welche Personen oder Meinungen an einer Hochschule präsent sein dürften. In der Grundordnung könnte eine Hochschule ihre Werte festhalten, z.B. dass sie sich als dezidiert antifaschistisch begreift. Dies könnte dann auch ausschließen, dass Mitglieder der AfD ein Forum an der Hochschule erhalten, da die Partei auch aus rechtsextremen und faschistischen Kräften bestehe. Der Akademische Senat und die Hochschulleitung könnten dann bei solchen Entscheidungen entsprechend agieren und müssten sich nicht immer gleich auf die Verfassung beziehen.

**Politische Einflussnahme aus dem Ausland?** Thematisiert wurden auch mögliche Auswirkungen politischer Konflikte in anderen Ländern auf deutsche Hochschulen, etwa indem auf Lehre und Forschung oder die Studierenden politisch Einfluss genommen wird. So sei es z.B. teilweise schwierig, in Seminaren oder Veranstaltungen politische Konflikte zu behandeln, etwa zwischen Hongkong und Festlandchina oder der türkischen Regierung und den Kurden. Oftmals würden dann die Konfliktparteien die jeweiligen Hochschulgruppen mobilisieren oder Vertreter\_innen autokratischer Systeme Druck auf die Hochschulleitungen ausüben. Problematisch agierten auch die Konfuzius-Institute, die dem chinesischen Bildungsministerium zugeordnet sind. Sie agierten direkt in den Hochschulen und stellten Lehrmaterialien und finanzielle Mittel zur Verfügung. Aus den Hochschulen mehrten sich die Stimmen, dass

diese Institute die akademische Freiheit nicht immer wahren und direkt politisch Einfluss zu nehmen versuchen. Diese Entwicklung sei mit großen Gefahren für die Wissenschaftsfreiheit und die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung verbunden. Sollten in solchen Fällen die einzelnen Hochschulleitungen zwischen wissenschaftlicher Kollaboration und akademischer Freiheit abwägen, oder sei hier eine geschlossene Haltung aller Hochschulen in Deutschland notwendig?

Günther meinte, dass die einzelnen Hochschulleitungen nach der jeweiligen Sachlage agieren sollten. Bisher sei ihm nicht bekannt, dass aus Konfliktregionen oder von bestimmten Regierungen politischer oder finanzieller Druck auf die Hochschulen in Deutschland ausgeübt werde. Diese Fragen seien Teil der Hochschulautonomie, d.h. sie sollten von jeder Hochschule selbst entschieden werden. Sinnvoll sei jedoch der Austausch mit anderen Hochschulen, welcher Umgang geeignet sein könnte.

**Gesellschaftspolitische Debatten an Hochschulen.** Eine Diskussions Teilnehmerin merkte an, dass gesellschaftspolitische und ethische Debatten auch in der Lehre dringend notwendig seien, um das politische und demokratische Bewusstsein der Studierenden zu stärken. Ein Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen stimmte zu, dass solche Debatten auch in den Lehrveranstaltungen ihren Platz haben sollten. Bisher sei das vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften der Fall. Hier gelte der Grundsatz, Fakten zu erarbeiten, sich auf Wahrheitsuche zu begeben, sich der Subjektivität von Positionen und der Verschiedenheit von Perspektiven bewusst zu werden, Objektivität zu hinterfragen. Dadurch werde auch vom Prinzip abgerückt, eine Meinung als die einzig richtige darzustellen, und es werde gelernt, verschiedene Positionen zu begründen und in den Kontext zu stellen. Das ermögliche Debatte und Gespräch. Ziel sollte es sein, in allen Studienfächern die Frage der gesellschaftspolitischen Verantwortung der Wissenschaft – auch anhand aktueller Fragen – zu thematisieren.

**Politische Bildung an Hochschulen.** Unter den Diskutierenden bestand Einigkeit, dass Hochschulen grundsätzlich Orte politischer Diskussionen sein sollten. Notwendig sei eine konstruktive Auseinandersetzung mit politischen Themen innerhalb und außerhalb von Lehrveranstaltungen auf dem Campus. Hochschulen hätten in ihrem (Aus-)Bildungsauftrag auch einen bildungspolitischen Auftrag, der politische Bildung bzw. Demokratiebildung einschließt. Studierende müssten lernen, zu debattieren und sich mit anderen Meinungen und kontroversen Positionen auseinanderzusetzen.

*Hochschulen sollen ein emanzipatives Bildungsideal verfolgen.*

Hochschulen sollten ein emanzipatives Bildungsideal verfolgen, das Bildung nicht nur als Selbstzweck sieht,

sondern auch die Entwicklung der Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Verantwortung einschließt. Hochschulbildung müsse somit sehr viel mehr leisten, als Sachthemen oder Fachwissen zu vermitteln. Letztlich sollte es auch Ziel der Hochschulen sein, ihre Absolvent\_innen als demokratisch denkende und handelnde Bürger\_innen in die Gesellschaft zu entlassen. „Ein wichtiges Ziel der Hochschulausbildung ist es, die Entwicklung junger Menschen zu verantwortungsvollen Demokrat\_innen zu unterstützen“, meinte Semlinger.

## Verantwortung der Wissenschaft für Politik und Gesellschaft

**Wissenschaft in Verantwortung.** Welche Verantwortung hat Wissenschaft? Nach Ansicht von Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Senator a.D. und Vorstand der Stiftung Charité, hat Wissenschaft eine herausragende Bedeutung und eine besondere Verantwortung, weil sie eine Schlüsselfunktion in der Wissenschaftsgesellschaft einnimmt. Zwar sei neues Wissen auch schon vor vielen tausend Jahren konstitutiv für die gesellschaftliche Entwicklung gewesen, doch folge das in der Wissenschaft generierte Wissen bestimmten Regeln. Dies habe eine zuverlässige Art des Wissens ermöglicht, das für Gesellschaften besonders gut nutzbar ist und es ermöglicht hat, dass es der Menschheit – trotz vieler Nachteile und Sorgen – seit etwa 400 Jahren in exponentiellem Maße immer besser geht.

Dies gelte auch aktuell: Die Wissenschaft könne insbesondere für die Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen, wie z.B. die Bekämpfung des Terrorismus, die Energie- und Umweltfrage, Gesundheitsfragen und die Frage, ob die Menschheit auch in Zukunft noch über genügend Ressourcen verfügen wird, wichtige Lösungsvorschläge entwickeln.

**Verantwortung der Wissenschaft.** Verantwortungsvolles Handeln der Wissenschaft setze Qualität voraus. Sehr wichtige Punkte sind nach Zöllner deshalb zum einen die Qualitätssicherung in der Wissenschaft und zum anderen die Transparenz über die Methoden und Prinzipien der Wissenschaft.

„Die Wissenschaft kann ihre Verantwortung nur wahrnehmen, wenn ihre Qualität sichergestellt ist und sie ihren eigenen Regeln folgt“, sagte Zöllner. Un-

*„Die Wissenschaft kann ihre Verantwortung nur wahrnehmen, wenn ihre Qualität sichergestellt ist.“*

verzichtbar sei deshalb die Einhaltung von Prinzipien wie Falsifikation und Reproduzierbarkeit. Allerdings zeigten sich hier massive Probleme: So habe z.B. die Zeitschrift Nature im Jahr 2018 50 ihrer Spitzenautor\_innen gebeten, ihre Experimente und ihre Ergebnisse zu reproduzieren, und die Hälfte davon sei nicht dazu in der Lage gewesen. Dies werfe ein schlechtes Licht auf die Zuverlässigkeit wissenschaftlicher Aussagen und schade dem Ansehen der Wissenschaft allgemein. Deshalb müsse in der Wissenschaft mehr für Qualitätssicherung getan werden.

Die Verantwortung der Wissenschaft zeige sich auch darin, dass sie klar macht, immer nur vorläufiges Wissen zu generieren und nicht zur endgültigen Wahrheit führt. Wissenschaftliche Ergebnisse seien nicht gut oder schlecht, sondern nur richtig oder falsch – und das im Bewusstsein der Subjektivität der Fragestellung und der Beschränktheit der Methode. Wissenschaft müsse das auch deutlich kommunizieren. Sie müsse transparent machen, mit welcher Methode gearbeitet wird und wie das Ergebnis dadurch einzuordnen ist. Dass manche Teile der Bevölkerung der Wissenschaft nicht glauben, hänge auch damit zusammen, dass sie die Methoden nicht versteht bzw. die Ergebnisse nicht richtig bewerten kann.

**Verantwortung der Wissenschaft für Politik und Gesellschaft.** Wissenschaft hat nach Zöllner auch die Verantwortung, politische Entscheidungsträger\_innen zu beraten. Dann verfügten die Politiker\_innen über Bausteine, um im politischen Abwägungsprozess zu Entscheidungen zu gelangen und einzuschätzen, welche Risiken damit verbunden sind. Es liege aber nicht in der Verantwortung der Wissenschaft, der Politik Entscheidungen abzunehmen. „Die Wissenschaft kann nur an die Politik appellieren, ihre Vorschläge zu berücksichtigen und erklären, welche Gründe dafür sprechen“, meinte Zöllner. Und Wissenschaft sollte auch Fragen, die von Politiker\_innen möglicherweise noch nicht erkannt wurden, von sich aus zu stellen und Antworten entwickeln, wenn sie der Meinung ist, es sei von der Sache her geboten.

*„Die Wissenschaft kann nur an die Politik appellieren, ihre Vorschläge zu berücksichtigen.“*

So sei im Bereich Klima vieles unsicher, aber es gebe auch große Sicherheiten, etwa dass die Erderwärmung in den nächsten Jahren stark steigen wird, wenn das menschlich produzierte CO<sub>2</sub> nicht gesenkt wird. Zwar wisse man nicht genau, welche exakten Folgen dann eintreten werden, aber es bestehe ein weitgehender Konsens in der Wissenschaft, dass sie katastrophal sein werden, wenn eine bestimmte Grenze überschritten wird. Es gebe für dieses Problem keine einfachen Lösungen, da im politischen Entscheidungsprozess die verschiedenen Folgen möglicher Maßnahmen abgewogen werden müssen (z.B. ein angemessener CO<sub>2</sub>-Preis, soziale Verträglichkeit, ökologische und ökonomische Auswirkungen). Hier sei die Wissenschaft gefragt, Lösungen vorzuschlagen und zu diskutieren. Dabei dürfe es keine Tabus geben. Nur dann könne die Wissenschaft ihre Verantwortung für die Gesellschaft wahrnehmen und auch Standpunkte, die gegenwärtig nicht populär sind, in die Analysen mit aufnehmen.

# WESENTLICHE ERKENNTNISSE

Im Rahmen der Konferenz „Wissenschaft in Verantwortung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung wurden verschiedene Aspekte und Thesen diskutiert. Einige der daraus folgenden und mehrheitlich Unterstützung findenden Erkenntnisse und Empfehlungen sind nachstehend dokumentiert:

## Wissenschaft und Gesellschaft

Es sollte ein **breiter gesellschaftlicher Diskurs** über die Frage geführt werden, was unter gesellschaftlichem Fortschritt – im Sinne eines positiven sozialen Wandels – verstanden wird und welchen Beitrag Wissenschaft dazu leisten kann.

Es muss eine intensive öffentliche Debatte über gesellschaftliche Werte und Ziele geführt werden, bei der auch die Frage beleuchtet wird, welche **Verantwortung Wissenschaft** hat, etwa in der Forschung zu Künstlicher Intelligenz (KI). Nur dann kann die Gesellschaft wissenschaftliche Prozesse verantwortungsvoll und aktiv begleiten.

Damit Wissenschaft in die ganze Gesellschaft wirken kann, muss die **gemeinwohlorientierte Wissenschaftskommunikation** gestärkt werden. Wichtig ist, wissenschaftliche Ergebnisse durch einfache Sprache verständlich zu vermitteln und dabei an die Alltagssprache der Bürger\_innen anzuschließen. Vermittelt werden sollten nicht nur wissenschaftliche Inhalte und Ergebnisse, sondern auch die Prinzipien, Hintergründe, Wertentscheidungen und Methoden der Wissenschaft. Es geht darum, die **Wissenschaftsmündigkeit der Bürger\_innen** zu befördern.

Wissenschaftler\_innen sollten stärker mit gesellschaftlichen Gruppen kommunizieren, die bisher noch nicht erreicht wurden. Damit könnten

auch Menschen mit nichtakademischem Hintergrund **Verständnis für Wissenschaft** und ihre Funktionsweise entwickeln bzw. ausbauen.

In der Öffentlichkeit auftretende Expert\_innen sollten wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich vermitteln und zugleich die besondere Logik der Wissenschaft vertreten – nämlich kommunizieren, dass Wissenschaft durch eine relativierende, suchende Bewegung nach Wahrheit gekennzeichnet ist. Wissenschaft produziert keine endgültige Wahrheit, sondern **vorläufige Wahrheit**, indem in den einzelnen Disziplinen spezifische Methoden zur Anwendung kommen und auf dieser Basis Aussagen getroffen werden, die jederzeit der weiteren Prüfung standhalten müssen und revidiert werden können.

Wissenschaft nimmt ihre Verantwortung wahr, wenn sie auch über **Unsicherheiten**, kritische Punkte, Dispute innerhalb der Wissenschaft spricht.

Wissenschaftler\_innen und **Wissenschaftsjournalist\_innen** sollten neue Formate der Zusammenarbeit entwickeln, um durch eine Kombination der Fähigkeiten Wissenschaftskommunikation professionell zu gestalten.

Tendenzen von Wissenschaftsfeindlichkeit und -skepsis in der Gesellschaft muss entgegengewirkt werden, indem das **Vertrauen der Bürger\_innen** in die Wissenschaft gestärkt wird. Unverzichtbare Voraussetzung dafür ist das Sicherstellen der **Qualität** von Wissenschaft (Replizierbarkeit, Integrität, gute wissenschaftliche Praxis etc.).

In der Bevölkerung muss mehr Bewusstsein für die **unterschiedlichen Logiken von Wissenschaft und Politik** geschaffen werden.

Im **gesamten Bildungssystem** muss ein Verständnis für die Bedeutung von Wissenschaft und ihre besonderen Prinzipien befördert werden. Wissenschaft sollte möglichst früh in der Bildungsbiografie erfahrbar werden und stärker in der **Schule** präsent sein, z.B. durch Vorträge von Wissenschaftler\_innen.

Bürger\_innen sollten verstärkt Akteure von Wissenschaft werden bzw. sich qualifiziert an Wissenschaft beteiligen können, z.B. im Rahmen von **Bürger\_innenwissenschaften, lokaler Forschung, Citizen Science**. Die Intensität der Beteiligung kann unterschiedlich sein (Datensammeln und -auswerten, Mitbestimmung bei Forschungsfragen, Durchführen eines Forschungsprozesses).

Es sollten mehr und innovative **Begegnungsräume und Kommunikationswelten** zwischen Wissenschaft und Gesamtgesellschaft geschaffen werden.

## Wissenschaftssystem

In den einzelnen Disziplinen, aber auch disziplinübergreifend sollte ein **kontinuierlicher Diskurs über die Verantwortung** der Wissenschaft für ihre Ergebnisse etabliert werden.

**Inter- und transdisziplinäre Ansätze**, aber auch die **Geistes- und Sozialwissenschaften** mit ihrer traditionellen Reflexionsfunktion sollten in der Wissenschaft ein größeres Gewicht erhalten, sowohl in der Forschung wie auch in der Lehre.

Fragen der Ethik spielen eine wichtige Rolle, wenn Wissenschaft ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen soll. Wissen muss mit moralischem Handeln in Einklang stehen. Deshalb sollte in der wissenschaftlichen Arbeit die **ethische Dimension** stärker reflektiert und auch kommuniziert werden.

Wissenschaft sollte ihren Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen leisten. Dafür müssen bei Forschungsfragen **vielfältige Zieldimensionen** einbezogen werden. Im gesamten Wissenschaftssystem bedarf es einer institutionellen Stärkung der Vielfalt von Zieldimensionen, z.B. bei der Forschungsförderung, in der disziplinären Kultur, bei den Berufungspolitiken und in Akkreditierungsverfahren, aber auch in den öffentlichen Diskursen. Sinnvoll wären auch **neue Foren** von Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um adäquate Zieldimensionen in einzelnen Wissenschaftsbereichen zu diskutieren und festzulegen.

**Wissenschaftskommunikation** ist als integrativer Bestandteil von wissenschaftlicher Arbeit zu verstehen und sollte deshalb aufgewertet und ausgebaut werden. Zur Verantwortung der Wissenschaft gehören auch der Transfer in die Gesellschaft und die direkte Kommunikation mit den Bürger\_innen.

Im Wissenschaftssystem muss ein **Anreizsystem** geschaffen werden, damit Wissenschaftler\_innen zur Kommunikation mit der Gesellschaft motiviert werden. Auch Kommunikationsaufgaben sollten im Wissenschaftssystem Reputation bringen.

Wissenschaftler\_innen müssen für Kommunikationsaufgaben die **erforderlichen Ressourcen** erhalten, vor allem Zeit bzw. eine Entlastung von anderen Aufgaben.

Es sollten öffentlich finanzierte **Plattformen** geschaffen werden, auf denen sich Wissenschaftler\_innen mit kontroversen Auffassungen über ein Thema austauschen und verständigen können.

Die **Bewertung von Forschungsleistungen** sollte stärker **qualitative Kriterien** einbeziehen und nicht vorrangig auf quantitativen Kriterien wie Publikationszahlen, Zitierhäufigkeit etc. beruhen. Es sollten verschiedene Parameter berücksichtigt werden, z.B. auch Kommunikationsleistungen und die gesellschaftliche Relevanz der Forschung. Das **Indikatorensystem** zur Bewertung der Qualität von Forschung und Forschenden muss weiterentwickelt werden.

**Englisch als Wissenschaftssprache** ist unerlässlich, um den internationalen Austausch und grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Wissenschaftler\_innen zu ermöglichen. Darüber hinaus sollte die **Vielfalt der Landessprachen** in der Wissenschaft erhalten bleiben, insbesondere in der Lehre und bei der Wissenschaftskommunikation (Vermittlung von Wissenschaft, Citizen Science).

Hochschulen sollten ein **emanzipatives Bildungsideal** verfolgen. Neben der Vermittlung von Fachwissen und wissenschaftlichen Methoden sollte auch die Entwicklung der Persönlichkeit und die gesellschaftliche Verantwortung der Studierenden eine wichtige Rolle spielen. Ziel sollten **reflektierte, mündige und verantwortungsvolle Bürger\_innen** sein.

Bei der Besetzung von Stellen bzw. bei Berufungen an Hochschulen sollte **Vielfalt** stärker berücksichtigt werden. Auch Quoten könnten hier eine Lösung sein (z.B. im Hinblick auf Frauen und Arbeiterkinder). Das Wissenschaftssystem muss **inklusiver** werden.

Um ihre Verantwortung für den wissenschaftlichen Nachwuchs wahrzunehmen, sollten Hochschulen die **Beschäftigungsbedingungen und Karriereperspektiven** für Doktorand\_innen und Postdocs verbessern. Dazu gehört, mehr unbefristete Stellen zu schaffen und eine größere Planbarkeit von Karrierewegen zu ermöglichen, etwa durch die Ausweitung von Tenure-Track-Modellen und eine kontinuierliche Personalentwicklung an Hochschulen.

Das Wissenschaftssystem sollte mehr **Mitgestaltungsmöglichkeiten** für Studierende und Nachwuchswissenschaftler\_innen bieten, z.B. durch die Einrichtung von Promovierendenräten.

## Finanzierung von Wissenschaft

Wissenschaft muss ihre Verantwortung unabhängig wahrnehmen können. Dafür braucht es eine **ausreichende und verlässliche Grundfinanzierung** sowie eine Pluralität von Mittelgebern. Die Abhängigkeit von Drittmitteln sollte reduziert werden bzw. nach Möglichkeit erst gar nicht entstehen.

Projektmittel sollten dazu dienen, zusätzliche Impulse in das Wissenschaftssystem zu geben. Dauerhafte Zusatzaufgaben an Hochschulen erfordern **langfristige Finanzierungsmodelle**, die eine Kontinuität der Problembearbeitung und nachhaltige Strukturen ermöglichen.

Über eine entsprechende Förderpolitik sollte dafür gesorgt werden, dass **Bürger\_innen** stärker und langfristig in wissenschaftliche Prozesse eingebunden werden.

Es braucht mehr Raum für **themenoffene und innovative Forschung** – was in den Förderprogrammen entsprechend berücksichtigt werden sollte.

**Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung** sollten gleichermaßen gefördert werden, da beide gebraucht werden, um gesellschaftlichen Fortschritt zu befördern.

## Wissenschaft und Politik

Wissenschaft und Politik folgen unterschiedlichen Logiken und Zielen. Für die Weiterentwicklung und den Fortbestand einer demokratischen Gesellschaft ist der **Dialog von Politik und Wissenschaft** von großer Bedeutung. Es sollten mehr Reflexionsinstanzen in der Sphäre zwischen Wissenschaft und Politik geschaffen werden, um eine gemeinsame Problembearbeitung voranzutreiben.

Bei komplexen politischen Entscheidungen sollten **interdisziplinäre Teams** aus Wissenschaftler\_innen durch Beratung und Vermittlung dafür sorgen, dass die politisch Verantwortlichen ihre Entscheidungen fundiert und reflektiert auf wissenschaftlicher Basis treffen können.

Auch wenn wissenschaftliche Erkenntnisse bekannt sind und von der Politik einbezogen werden, müssen in **politischen Entscheidungsprozessen** immer verschiedene Aspekte gegeneinander abgewogen werden, z.B. mögliche soziale, ökonomische und politische Folgen. Politiker\_innen sind demokratisch gewählt und legitimiert, politische Entscheidungen zu treffen.

Wissenschaft hat die Verantwortung, **politische Entscheidungsträger\_innen zu beraten**, damit die Politiker\_innen über Bausteine verfügen, um im politischen Abwägungsprozess auf fundierter Basis zu Entscheidungen zu gelangen und einzuschätzen, welche Risiken damit verbunden sind.

Viele Fragen, die Wertentscheidungen beinhalten und an die Wissenschaft als „Sachfragen“ delegiert wurden, sollten wieder zu **politischen Fragen** werden, die auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen bearbeitet werden.

Damit sich die Kompetenzen von Wissenschaft in politischen Entscheidungen stärker wiederfinden, sollten mehr Wissenschaftler\_innen zu **politischen Akteuren** werden – sei es als qualifizierte Politikberater\_innen oder als verantwortliche Politiker\_innen.

Zur gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft gehört auch, **neue Fragen zu stellen und Diskussionen anzustoßen**, Lösungen vorzuschlagen und zu diskutieren.

An Hochschulen sollten **kontroverse Perspektiven und Debatten** über gesellschaftspolitische Fragen gestärkt werden. Politik sollte auf Hochschulcampi ihren Platz haben, reine Parteiveranstaltungen sind anders zu bewerten. Die **politische Debatte** gehört mit zur Ausbildung der Studierenden.

An Hochschulen gelten **Wissenschaftsfreiheit und Redefreiheit**. Bei politischen Veranstaltungen müssen die Teilnehmer\_innen die freiheitlich-demokratische Grundordnung respektieren. Schranken sollten auch dann gesetzt werden, wenn Verfassungsfeindlichkeit festgestellt wurde und rassistische, sexistische, antisemitische oder menschenfeindliche Inhalte vertreten werden.

Die Entscheidung, welche politischen Kräfte an Hochschulen ein Forum erhalten und welche Formate möglich sind, sollte in der **Autonomie der jeweiligen Hochschule** liegen – in einer gemeinsamen Entscheidung von Hochschulleitung und Akademischem Senat bzw. der breiteren Hochschulöffentlichkeit. Entsprechende Leitlinien und Werte könnten in der Hochschulordnung festgehalten werden.

Teil des Ausbildungsauftrags der Hochschulen sollte es sein, politische Debatten mit Andersdenkenden zu befördern und demokratisches Bewusstsein zu stärken. Politische Diskurse sollten deshalb nicht nur im Rahmen von Lehrveranstaltungen oder Forschungscolloquien stattfinden, sondern auch Formate wie z.B. Podiumsdiskussionen oder Streitgespräche einschließen. Die **politische Streitkultur** auf den Campi sollte weiterentwickelt werden.

**#14** Angela Borgwardt: **Bit für Bit in die Zukunft – Künstliche Intelligenz in Wissenschaft und Forschung** (2020)

**#13** Angela Borgwardt: **Digitalisierung in der Wissenschaft** (2018)

**#12** Angela Borgwardt: **Impulse für die strategische Debatte in der Wissenschaft** (2017)

**#11** Angela Borgwardt: **Neuer Artikel 91B GG – Was ändert sich für die Wissenschaft** (2015)

**#10** Angela Borgwardt: **Wissenschaftsregionen – Regional verankert, global sichtbar** (2015)

**#09** Angela Borgwardt: **Wissenschaft auf Abwegen? Zum drohenden Qualitätsverlust in der Wissenschaft** (2014)

**#08** Angela Borgwardt: **Leitlinien des zukünftigen Wissenschaftssystems – Grundforderungen, Gemeinsamkeiten und Widersprüche** (2014)

**#07** Angela Borgwardt: **Europäische Forschungsallianzen – Regionale Verbünde und EU-Förderung** (2013)

**#06** Angela Borgwardt: **Internationaler, besser, anders? – Die Strukturen des Wissenschaftssystems nach 2017** (2012)

**#05** Angela Borgwardt: **Internationalisierung der Hochschulen – Strategien und Perspektiven** (2012)

**#04** Angela Borgwardt: **Rankings im Wissenschaftssystem – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit** (2011)

**#03** Angela Borgwardt: **Der lange Weg zur Professur – Berufliche Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler/innen** (2011)

Das **Netzwerk Wissenschaft** entwickelt Beiträge und Empfehlungen zur künftigen Gestaltung des deutschen Wissenschaftssystems.

Die Publikationen können Sie per E-mail nachbestellen bei: [marion.stichler@fes.de](mailto:marion.stichler@fes.de)

Digitale Versionen aller Publikationen:

<http://www.fes.de/themen/bildungspolitik/index.php>



Besuchen Sie unseren Bildungsblog  
[www.fes.de/bildungsblog](http://www.fes.de/bildungsblog)

ISBN: 978-3-96250-715-2

1. Auflage

Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin

Abt. Studienförderung

Redaktion: Dr. Martin Pfafferoth, Theresia Müller vom Berge, Lucca Pizzato

Satz & Umschlaggestaltung: minus Design, Berlin

Coverbild: © Johannes Beck

Druck: Druckerei Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2020



Committed to excellence

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality Management): Committed to Excellence